Nr. 225. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 25. September 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

An die Partei!

Parteigenossen! Der Parteitag in Nürnberg hat sich in gründlicher Verhandlung mit der Frage der Budgetbewilligung in den Landtagen beschäftigt. Einer Frage von großer grundsätzlicher Bedeutung, die schon vor dem Parteitag in der Presse und in Versammlungen lebhaft diskutiert worden ist. Nachdem nun der Parteitag in der Sache entschieden hat, darf erwartet werden, daß der Beschluß von allen Genossen beachtet wird und die Genossen von Süd und Nord nach wie vor in der alten, geschlossenen und sturmerprobten Phalanx den gemeinsamen Kampf gegen die herrschenden Klassen weiterführen werden.

Große Anforderungen stellt die nächste Zukunft an die Tätigkeit der Parteigenossen. In der Reichspolitik werden Fragen erörtert und entschieden, die das Interesse der Arbeiterklasse auf das stärkste berühren. Die Finanznot des Reichs ist eine notwendige, immer wiederkehrende Erscheinung des von der Sozialdemokratie bekämpften Militarismus. Die von Bismarck eingeleitete Blut- und Eisenpolitik braucht Kriegshetzereien um den Militarismus steigern zu können. Während die arbeitenden Klassen aller Länder in mächtigen Demonstrationen ihre Friedensliebe und ihren Abscheu gegen den Massenmord zum Ausdruck bringen, behaupten die Vertreter der herrschenden Klassen, daß die Völker blutgierig seien und treiben unter diesem Vorwand die Rüstungen weiter. Die ins maßlose gesteigerten Rüstungen zu Wasser und zu Lande müssen mit Notwendigkeit den Bankrott des Reiches herbeiführen! Der Arbeiterklasse, die immer gegen die Kriegshetzereien und Rüstungen Front gemacht hat, will man jetzt weitere Lasten aufbürden, indem neue Steuern geschaffen, und alte Steuern erhöht werden sollen, die in erster Linie die Arbeiterklasse treffen. In der Bekämpfung dieser neuen Steuerpläne muß die Sozialdemokratie die Führung übernehmen!

Es gilt die Massen aufzuklären über die Reichspolitik, die eine Politik zur Förderung der Interessen der Reichen ist. Auf dem Handelstage behauptete der Staatssekretär Dernburg 1907 in einer Wahlrede, daß das „Nationalvermögen", d. h. das Eigentum der Besitzenden in zwanzig Jahren um 30 Milliarden gestiegen sei. Die Veranlagung zur Ergänzungssteuer in Preußen beweist, daß diese Behauptung keine Uebertreibung war. Die Besitzer dieser Milliarden will man aber nicht mit direkten Reichssteuern belasten! Sie sollen geschont werden. Zahlungsfähig sind nach Ansicht der Herrschenden nur die Armen, aus deren Taschen man durch den 1902 geschaffenen Wuchertarif die Summen zur Bereicherung der Großgrundbesitzer nimmt. Den Armen will man in dieser Zeit der Teuerung und der Arbeitslosigkeit abermals 400 bis 500 Millionen Mark neuer Steuern auferlegen.

Daß eine Regierung, die so die Interessen der Reichen vertritt, unfähig ist, eine ernsthafte Sozialpolitik zu treiben, beweisen die Novellen zur Gewerbeordnung, der Entwurf des Gesetzes über die Arbeitskammern usw. In der Zeit der rapiden wirtschaftlichen Entwickelung, in der die Unternehmer sich zu machtvollen Verbänden zusammenschließen, um den Arbeitern und Angestellten die brutale Macht der Kapitalisten fühlen zu lassen, muß der Mangel jeglichen Fortschritts in der Sozialreform auch von den Leuten schwer empfunden werden, die unserer Partei noch fernstehen.

Es gilt daher auch die Gleichgültigsten aufzurütteln, damit sie teilnehmen an dem Kampf gegen die Bedrückung der Armen mit neuen Steuern; es gilt alle Arbeiter zu begeistern für die Idee des Fortschritts der sozialen Gesetzgebung.

Parteigenossen! Es muß in die Tat umgesetzt werden, was der Parteitag nach eingehenden Beratungen beschlossen hat. Unablässig muß an dem Ausbau der Organisation gearbeitet werden; es gilt die Einigkeit des Proletariats zu fördern und dessen Macht zu erhöhen!

Viele Arbeiter stehen dem Befreiungskampfe des Proletariats noch fern. Sie aufzuklären über unsere Grundsätze und Forderungen und sie als Mitglieder unserer Organisationen zu werben, muß das Streben aller Sozialdemokraten sein! In allen Bundesstaaten des Deutschen Reiches können nun die Frauen Mitglieder der politischen Vereine werden; sie als gleichberechtigte Streiter in unsere Reihen einzugliedern ist eine der vornehmsten Aufgaben der nächsten Zukunft!

Die Zeit der wirtschaftlichen Krise, in der Hunderttausende fleißiger Arbeiter brotlos sind, ist besonders geeignet, neue Anhänger für unsere Partei zu gewinnen, weil die Mängel der kapitalistischen Produktion mehr sichtbar werden und der Charakter des Staates als Staat der Besitzenden, als Klassenstaat unverhüllt zutage tritt. Wenn in solchen Zeiten die Ausgebeuteten und Unterdrückten die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie kennen lernen, dann erfassen sie nicht nur deren Richtigkeit, sondern begeistern sich auch für die Durchführung unserer Forderungen!

Darum vorwärts Genossen!
Frisch auf ans Werk! Agitiert! Organisiert!

Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, im September 1908.

Der Parteivorstand.

Bebel, Eberhardt, Ebert, Gerisch, Molkenbuhr, Müller, Pfannkuch, Singer, Wengels, Ziet.

Parteigenossen! Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Die Adresse des Parteivorstandes ist wie bisher

W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

An diese Adresse sind sämtliche für den Parteivorstand bestimmte Zuschriften und Drucksachen zu richten.

Alle Geldsendungen sind nur an den Parteikassierer

A. Gerisch, Berlin SW 68, Lindenstr. 69,

zu adressieren.

Alle Zuschriften betreffend die Frauenagitation sind an

D. Baader, Berlin SW 68, Lindenstr. 3,

zu richten.

Die Adresse des Bildungsausschusses lautet wie seither:

H. Schulz, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerdeinstanz ist die aus neun Personen bestehende, im § 24 unseres Organisationsstatuts vorgesehene Kontrollkommission gewählt. Dieselbe hat sich im Anschluß an den Parteitage in Nürnberg konstituiert und sind alle Zuschriften und Beschwerden für dieselbe an

A. Kaden, Gohlis bei Dresden,

zu richten.

Der Parteivorstand.

Die Ergänzung des Sydowschen Steuerbuketts.

Fast scheint es, als solle von den in die Steuerpläne des Reichsschatzamtes Eingeweihten ihr Wissen dazu benutzt werden, von Revuen und Zeitungen schöne Schriftstellerhonorare herauszuschinden und auf diese Art sich kleine Nebenverdienste zu verschaffen. Nachdem der Reichsschatzsekretär es für angebracht gehalten hat, einen Artikel mit allerlei ein- und zweideutigen Angaben über die neuen Steuervorlagen in der „Deutschen Rundschau" zu veröffentlichen, bringt heute die „Köln. Ztg." eine Ergänzung zum Sydowschen Artikel aus „parlamentarischen Kreisen" — allem Anschein nach von einem der nationalliberalen Parlamentarier, der an den Konferenzen im Reichsschatzamt teilgenommen hat, und nicht nur gut über die projektierte Reichsfinanzsanierung unterrichtet ist, sondern auch genau weiß, wie die Regierung ihre Vorlagen zu begründen gedenkt, denn seine Erläuterungen und seine politischen Ermahnungen riechen sehr stark nach der offiziellen Garküche.

Der Verfasser des Artikels der „Köln. Ztg." bestätigt zunächst, daß geplant ist, aus Branntwein, Bier und Tabak ein Mehr an Steuer-Mehrerträgen von 280 Millionen Mark pro Jahr herauszuziehen. Eine Absicht, meint er, gegen die sich „vom Standpunkte des Konsums" nichts einwenden lasse, da es sich doch nur um Genußmittel handle. So seien z. B. beim Bier, das einen Mehrertrag von 100 Millionen Mark liefern solle, die Einwendungen, daß schon heute die Mehrzahl der Brauereien sich nicht gut rentiere, hinfällig, da ja nicht beabsichtigt ist, die Brauereien die Steuer zahlen zu lassen, vielmehr die Abwälzung auf den Konsumenten vorausgesetzt sei. Und was den Tabak anlange, so liege eine veränderte Lage vor. Die großen Bedenken, einer so dezentralisierten Industrie mit einer Menge kleiner und mittlerer Produzenten, die besonders schonungsbedürftig sind und mit einer großen Zahl von Arbeitern ein neues Steuersystem und eine große Mehrbelastung aufzuerlegen, müsse schwinden vor der Größe der nationalen Aufgabe, die Finanzen des Reiches zu sanieren, wobei ein Bedarf von 50 Millionen Mark neuer Einnahmen an dem Tabak nicht vorübergehen könne.

Schwieriger dünkt dem Verfasser die Frage, wie aus dem Spiritus mehr herausgepreßt werden könne, denn, wie er verrät, ist das Rohspiritusmonopol geplant. Wörtlich heißt es in dem Artikel:

„Das Rohspiritusmonopol wird von den verbündeten Regierungen vorgeschlagen werden. Die Produzenten werden sich mit dem Monopol, wie anzunehmen ist, einverstanden erklären oder abfinden; wie es bezüglich der politischen Parteien steht, ist schwieriger zu beantworten. Wird der Block das Monopol akzeptieren? Soll das Monopol Gesetz werden, so ist die Zustimmung der Blockparteien notwendig, denn Zentrum und Sozialdemokratie stimmen gegen das Monopol, das ist sicher. Versagt sich der Freisinn dem Monopol und sucht er die Mehrerträgnisse aus dem Branntwein auf anderem Wege, so trifft er sich auf diesem Wege nicht mit dem Zentrum, sondern er isoliert sich vollständig. Das Zentrum dagegen wird, sobald feststeht, daß der Block in der Frage des Monopols versagt, versuchen, die ausschlaggebende Stellung in der zweiten Finanzreform zu gewinnen, die es bei der ersten einnahm. Es wird zu diesem Behufe die Kooperation mit den Konservativen in der Frage der Branntweinbesteuerung herstellen, die Nationalliberalen in die Zwangslage versetzen, sich dieser Aktion anzuschließen, falls überhaupt etwas zustande kommen soll, und dann ist unter Ausschaltung des Freisinns die Lage vor der Reichstagsauflösung wiederhergestellt. Wird der Freisinn dazu die Hand bieten, wird er sich ausschalten lassen und entgegen den Rezepten bei Vereinsgesetz und Börsenreform dem Zentrum wieder in den Sattel helfen oder wird er seine theoretischen Bedenken überwinden und das Monopol akzeptieren?"

Wie für jeden, der die übliche offizielle Argumentationsweise kennt, aus diesen Ausführungen hervorgeht, ist das Rohspiritusmonopol so beschaffen, daß die Spiritusbrenner und die Agrarier dagegen nichts Wesentliches einzuwenden haben, d. h. das Monopol sichert den Brennern ihre bisherigen hohen Profite und vermehrt sie vielleicht noch!

Nur von den Freisinnigen befürchtet der Verfasser Einspruch und droht deshalb dem Freisinn mit dem Verlangen des Zentrums, wieder Regierungspartei werden zu wollen.

Neben der enormen Besteuerung des Bieres ist auch eine geringe Flaschenweinsteuer geplant; aber nur eine kleine Steuer — lediglich zum Ausgleich, damit auch die Weintrinker nicht ganz leer ausgehen.

Wichtiger ist, was der Verfasser über die Erhöhung der Erbschaftssteuer mitteilt:

„Die Nachlaßsteuer, als Ausgleich gegenüber der Heranziehung des Massenkonsums ist angekündigt; zusammen mit der Einschränkung des Intestaterbrechts soll sie wohl 100 Millionen einbringen. Eine Heranziehung des wohlfundierten Besitzes liegt darin. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat

früher nicht eine Reichseinkommensteuer, wohl aber eine Reichsvermögenssteuer vorgeschlagen. Kommt es über die Finanzreform zu einer Reichstagsauflösung, so wird man erstaunen, wie populär eine Reichsvermögenssteuer ist. Heute findet sie keine Mehrheit im Reichstag, keine Annahme bei den Regierungen. Wird die Nachlaßsteuer eine Mehrheit im Reichstage finden? Das Zentrum lehnt ab. Werden die Konservativen einsehen, daß eine Heranziehung des Besitzes eine politische Notwendigkeit ist? Das Zentrum wird es den Konservativen sehr schwer machen, der in der Nachlaßsteuer liegenden Besteuerung der Deszendenten und Ehegatten zuzustimmen. Man wird von Zentrumsseite alles versuchen, um auch in dieser Steuerfrage den Block zu sprengen. Die Befürchtung liegt nahe, daß der Bund der Landwirte, dem die Verbindung mit dem Liberalismus ein Dorn im Auge ist, hier die Zentrumsflöte blasen wird. Fällt die Nachlaßsteuer, dann wird aus der Erbschaftssteuer nicht viel herauszuschlagen sein, denn die Einschränkung des Intestaterbrechts und die Ausschließung derjenigen, deren Verwandtschaft über Geschwisterkinderrang hinausgeht, von der gesetzlichen Erbfolge, wird mehr als 20 Millionen kaum bringen und die Erhöhung der Sätze der jetzigen Reichserbschaftssteuer dürfte nicht leicht fallen."

Ueber die Art dieser Nachlaßsteuer sagt der Artikelschreiber nichts — und zwar aus Berechnung; denn es liegt ihm klar ersichtlich daran, die Konservativen als die Leidtragenden bei dieser Steuer hinzustellen. Das läßt sich aber nur solange machen, als die einzelnen Bestimmungen unbekannt bleiben; denn wie in Anbetracht der völligen Abhängigkeit der Regierung von den Junkern ganz selbstverständlich ist, wird der immobile Besitz durch die Nachlaßsteuer viel weniger herangezogen, als das mobile Kapital, und außerdem werden sicherlich noch allerlei Ausnahmen für die Landwirtschaft statuiert werden.

Um die 500 Millionen Reichsbedarf voll zu machen, wird zugleich eine Steuer auf Gas und Elektrizität, ferner auf Inserate vorgeschlagen. Was erstere Steuer anlangt, so soll sie 50 bis 55 Millionen bringen, während die Inseratensteuer mit 25 Millionen Mark angesetzt wird. Und zuguterletzt enthält das Sydowsche Steuerbündel auch noch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge, mindestens auf 80 Pf. pro Kopf (heute entfällt auf den Kopf nur ein Betrag von 40 Pf.), wenn das aber nicht reichen sollte, auf 1,20 oder 1,50 M. pro Kopf. Je mehr, je lieber!

Zum Schluß wird nochmals der Freisinn aufgefordert, Order zu parieren; denn „der Blick auf die Zukunft, die Wiederkehr der Zentrumsherrschaft, der dann eintretende Rücktritt des Kanzlers mahnen alle, welche die Blockpolitik als eine Erlösung vom Zentrumsübel betrachten und deshalb ihr anhängen, zur Vorsicht und zur Mäßigung."

Eine „Reichsfinanzreform", die genau denselben agrarischen Stempel trägt, wie die ganze Wirtschaftspolitik des neuen Deutschen Reiches preußischer Nationen! Die Agrarier werden in jeder Hinsicht geschont. Zaghaft wird ihnen lediglich zugemutet, eine geringe Nachlaßsteuer zu akzeptieren. Dafür aber bleiben ihnen ihre Profite aus der Spiritusbrennerei erhalten; vielleicht werden sie gar noch erhöht. Etwas schwerere Lasten werden der Industrie aufgebürdet, doch die Hauptsumme aufzubringen, überläßt man großmütig der breiten Volksmasse. Sie ist ja dafür da, die Kosten des „Patriotismus" und des „vaterländischen Opfermutes" der Besten und Edelsten zu bestreiten.

Preußische Preßverhältnisse.

Ein Fall unerhörter Vergewaltigung der Presse, der selbst in Preußen einzig dastehen dürfte, wird uns aus Kiel gemeldet. Dort war, wie seinerzeit berichtet worden, im Dezember vorigen Jahres Genosse Brecour, Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Uetersen vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden; die Berufungsinstanz hatte dann die Strafe auf einen Monat ermäßigt. Es handelte sich um eine Korrespondenz aus Uetersen, in der dem dortigen Bürgermeister allerlei zweifelhafte Manipulationen vorgeworfen worden waren, und der Wahrheitsbeweis war nach Ansicht des Gerichts nicht geglückt. Genosse Brecour verzichtete auf das sogenannte Rechtsmittel der Revision und saß seine Strafe im März dieses Jahres ab.

Nunmehr, über neun Monate nach der ersten Verhandlung, am Mittwoch dieser Woche mußte Brecour in derselben Angelegenheit vor dem Untersuchungsrichter erscheinen, der an ihn das Ansinnen stellte, den Urheber jener Uetersener Korrespondenz namhaft zu machen. Genosse Brecour lehnte das natürlich mit derselben Entschiedenheit ab, mit der er seinerzeit in der Gerichtssitzung sich geweigert hatte, den Verfasser der Justiz zu überliefern. Der Untersuchungsrichter machte ihn nun darauf aufmerksam, daß er als Zeuge vernommen werde, und daß bei fortgesetzter Weigerung das Zeugniszwangverfahren gegen ihn eröffnet wurde. Als die Drohung ohne Wirkung blieb, wurde Brecour auf der Stelle zu 25 M. Geldstrafe verurteilt. Es ergab sich, daß in derselben Sache, in der Brecour verurteilt worden war, aufs Geratewohl gegen einen Parteigenossen aus Uetersen als vermutlichen Verfasser der Notiz ein Strafverfahren eingeleitet worden war, und daß Brecour jetzt dem Staatsanwalt helfen sollte, dem Verdächtigen den Strick zu drehen.

Weiter wurde unserem Genossen durch den Untersuchungsrichter eröffnet, er solle sich darauf gefaßt machen, daß gegen ihn auf die gesetzlich zulässige Haftstrafe, sechs Monate, werde erkannt werden. Der Staatsanwalt werde voraussichtlich einen derartigen Antrag stellen, und wenn dann auch er, der Untersuchungsrichter, nicht darauf eingehen würde, so würde doch der Staatsanwalt ohne Zweifel Beschwerde einlegen, und diese Beschwerde werde nach einer vorliegenden Reichsgerichtsentscheidung wahrscheinlich erfolgreich sein.

Soweit die bis jetzt vorliegenden Tatsachen. Ueber die sittliche Verwerflichkeit des Zeugniszwangverfahrens brauchen wir uns hier nicht näher auszulassen. Alle verständigen Menschen sind sich längst einig in der Verurteilung dieser Folterprozedur, die die preußisch-deutsche Justiz aus dem Mittelalter „glücklich" ins zwanzigste Jahrhundert gerettet hat, diese zudem sinnlose Quälerei, denn sie führt erfahrungsgemäß nie zum gewünschten Ziel. In diesem neuesten Fall ist das Verfahren umso abscheulicher, als nicht nur ein Vertrauensmann der Oeffentlichkeit für Verletzung seiner obersten Berufspflicht, sondern das Opfer noch dazu gezwungen werden soll, seinen Gesinnungsgenossen der Anklagebehörde ans Messer zu liefern.

Aber noch in anderer Hinsicht und ganz abgesehen von der Barbarei des Zeugniszwanges ist dieser Fall eine drastische Illustration zu dem in Preußen-Deutschland grassierenden Justizbetrieb. Einer der fundamentalsten modernen Rechtsgrundsätze, daß nämlich gegen einen Angeschuldigten nicht zweimal in derselben Sache vorgegangen werden soll, wird hier offensichtlich mißachtet. Genosse Brecour ist nach allen Regeln der Kunst abgeurteilt worden, hat die Strafe verbüßt und wird nun noch einmal wegen derselben Affäre herangeholt. Es ist juristische Silbenstecherei, wenn behauptet wird, damals sei er als Angeklagter gestraft worden und jetzt werde er als renitenter Zeuge verurteilt. Diese Argumentation unterstreicht im Gegenteil das Widersinnige und Empörende des Falles. Hier wird das wichtigste gesetzliche Recht des Angeklagten, daß er nämlich nicht zum Zeugnis gezwungen werden kann, auf Umwegen illusorisch gemacht. Der Zusammenhang mag durch die zeitliche Trennung, dadurch, daß Brecour vor neun Monaten als Angeklagter und heute als Zeuge gepackt wird, verschleiert werden, aber tatsächlich und in seinem Effekte liegt der Fall offenbar so, daß hier ein und dieselbe Person in derselben Sache als unverantwortlicher Angeklagter mit allen nach der Strafprozeßordnung ihm zustehenden Rechten als solcher vernommen wird, und daß ihr danach als verantwortlichem, zur Wahrheit gezwungenen Zeugen dieselbe Aussage noch einmal abgenötigt werden soll. Ob dieses starke Stück neupreußischen Gerechtigkeitstriebes bis zu Ende gedeichselt werden kann, wird ja das Ergebnis des Einspruchverfahrens, das Genosse Brecour sofort eingeschlagen hat, dartun.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. September 1908.

Die „Post" und ihre Mäcene.

Die „Post" versendet unter dem Motto: „Deutsche Unternehmer, steht fest und geschlossen zusammen", eine Einladung zum Abonnement, in der es heißt:

„. . . . Von allen Berliner Zeitungen ist die „Post" diejenige, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie von jeher mit besonderer Energie geführt hat und die auch für die Zukunft die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen als ihre Hauptaufgabe betrachtet. Für gerechte Wünsche und Forderungen der Arbeiter ist auch die „Post" stets eingetreten, gegen demagogische Gelüste aber zieht sie schonungslos zu Felde. Da auch viele Zeitungen, um die Gunst der Massen buhlend, der Sozialdemokratie gegenüber nicht die nötige Festigkeit zeigen, ist speziell in der Reichshauptstadt ein Organ doppelt nötig, das der Regierung und den bürgerlichen Kreisen das Gewissen schärft gegenüber der das Vaterland und hiermit auch das Unternehmertum aller Gewerbe- und Industriezweige so schwer bedrohenden sozialdemokratischen Gefahr.

Die „Post" will für nationale Kreise das sein, was der „Vorwärts" für alle umstürzlerischen Elemente ist. Darum ist es auch Pflicht aller Vaterlandsfreunde, den schärfsten Gegner des „Vorwärts" durch Abonnements und Inserate zu unterstützen und der „Post" so eine noch umfassendere Durchführung ihrer Aufgabe zu ermöglichen. Was die Arbeiter opferwillig für ihren „Vorwärts" tun, müssen auch die weit besser situierten Arbeitgeber für den Antipoden des „Vorwärts", die „Post" tun. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage haben der Verein für bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund und der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein, die Oberschlesische Kohlen-Konvention, der Zentralverband Deutscher Industrieller sowie der Wirtschaftliche Verein der Saarindustrie ihren Mitgliedern das Abonnement auf die „Post" und die Ueberweisung von Inseraten an uns auf das dringlichste empfohlen." . . .

Für den Fall, daß es Unternehmer gibt, die dem Anreißen der „Post" nicht glauben sollten, hat der Zentralverband deutscher Industrieller, gezeichnet H. Bueck, dem Werbeschreiben einen Geleitbrief mitgegeben, der es ebenfalls verdient, hier wörtlich wiedergegeben zu werden. Er lautet:

Berlin W. 35, 17. März 1908.
Am Karlsbad 4a.

Mit lebhaftem Bedauern ist von den Mitgliedern des Zentralverbandes häufig genug darauf hingewiesen worden, daß die Vertretung ihrer Interessen in der Presse durchaus unzureichend sei. Ganz besonders ist zu beklagen, daß die in der Hauptstadt des Reiches erscheinenden Zeitungen dem Zentralverbande in den von ihm vertretenen Interessen gegenüber eine unfreundliche, in nicht wenigen Fällen sogar feindliche Stellung einnehmen. Eine dankenswerte Ausnahme macht die Zeitung „Die Post". Sie steht von allen in Berlin erscheinenden Blättern der Industrie am nächsten und vertritt in besonders energischer Weise die Interessen der Arbeitgeber der Sozialdemokratie und ihren Organisationen gegenüber. Im Hinblick auf die damit den Bestrebungen des Zentralverbandes gewährte Förderung möchte ich unseren Mitgliedern dringend empfehlen, die „Post" durch Abonnements und Inserate zu unterstützen.

Hochachtungsvoll
gez. H. Bueck,
Geschäftsführendes Mitglied im Direktorium
des Zentralverbandes Deutscher Industrieller."

Eine weitere Beilage gibt die Firmen an, die die „Post" unterstützen, sei es durch Abonnements mehrerer Exemplare, sei es durch Inserate. Unter den 131 Firmen fehlt keiner der bekannten Scharfmacher, trotzdem die „Post" bekanntlich bestreitet, daß sie von den Scharfmachern ausgehalten wird. Sie vertritt daher auch nicht „nationale" Interessen, sondern lediglich die Profitinteressen des Großkapitals.

Nebenbei bemerkt, scheint seit der Formatverkleinerung der Größenwahnsinn des Blattes noch gestiegen zu sein; sonst könnte es sich schwerlich in kurioser Selbstüberschätzung nicht für den schärfsten Gegner des „Vorwärts" halten. Angerempelt hat es uns ja zur genüge, oft spaltenlang; aber da trotz Kronsbeinscher Auffassung die Quantität die Qualität nicht zu ersetzen vermag, stand die Länge stets im Mißverhältnis zum Inhalt. An Anstrengungen, die Wünsche ihrer Gönner und industriellen Mäcene zu befriedigen, hat es, wie wir anerkennen, die Redaktion der „Post" nicht fehlen lassen, aber niemand vermag „Geist" zu produzieren, wenn er keinen hat, und die Mitarbeiter, die die Direktion mit vieler Mühe in Kropp und anderen durch ihre gemeinnützigen Anstalten bekannten Ortschaften für den Zweck der Sozialistentötung heranzog, vermochten nur zum Teil das geistige Manko der Redaktion auszugleichen. —

Krach in der medizinischen Akademie in Düsseldorf.

Die Unzulänglichkeit in der praktischen Ausbildung der Aerzte hatte sich in dem letzten Jahrzehnt mit immer größerer Deutlichkeit ergeben. Es wäre nun Pflicht des Staates gewesen, zur Abhilfe dieses Uebelstandes an den Universitäten die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Aber so etwas kostet Geld, bei dem heutigen Stande der medizinischen Wissenschaft sogar sehr viel Geld. Nun ist daran in Preußen zwar kein Mangel, aber wir brauchen das Geld für andere Zwecke, als für Kulturaufgaben. Anstatt dann nun an den Ausbau der medizinischen Anstalten an den Universitäten zu gehen, halste die Regierung die Pflicht für die praktische Ausbildung der jungen Aerzte den Städten auf, indem sie diese zur Errichtung von Akademien für praktische Medizin veranlaßte. Solche bestehen im Rheinland in Köln und in Düsseldorf. Man erzählt sich, daß beide Städte anfangs an die Sache nicht herantwollten, daß es aber schließlich Herrn Althoff im Kultusministerium gelungen sei, die Herren Oberbürgermeister der beiden Städte für seinen Plan zu gewinnen und sogar — was bei der Eifersucht der beiden Städte begreiflich — zu einem Wettbewerb im Entgegenkommen zur Regierung zu veranlassen, so daß schließlich, während ursprünglich nur eine Akademie für das Rheinland vorgesehen war, deren zwei, in Köln und Düsseldorf, entstanden. Es scheint, daß die beiden Städte ihre Bereitwilligkeit der Regierung gegenüber schwer zu bereuen haben werden. In Düsseldorf hat der Leiter der Akademie Geheimrat Dr. Wibel sein Amt niedergelegt; die Ursache dazu ist auf finanziellem Gebiete zu suchen. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde von liberaler Seite ein Antrag eingebracht, durch einen Ausschuß prüfen zu lassen, wie weit die ungünstigen finanziellen Ergebnisse der städtischen Krankenanstalten und der Akademie auf deren Organisation zurückzuführen sei. Von Zentrumsseite wurde erklärt, daß man beabsichtigt habe, einen gleichen Antrag einzubringen, es sei vielleicht am besten, zugleich in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die Akademie für praktische Medizin nicht ganz aufzuheben sei.

Die finanziellen Lasten, die der Stadt Düsseldorf aus den Krankenanstalten erwachsen, die in Verbindung mit der Akademie errichtet worden sind, haben eine derartige Vermehrung erfahren, daß für das Finanzgebahren der städtischen Verwaltung eine ernste Gefahr vorliegt. Die beiden im vorigen Jahre eröffneten Anstalten haben einen Gesamtaufwand von über sieben Millionen Mark erfordert, im laufenden Haushalt beanspruchen sie 745 000 Mark an Lasten, 358 000 Mark an Zinsen und 387 000 Mark an städtischem Zuschuß. Im vergangenen Frühjahr wurde fast eine Million Nachtragskredit und für 650 000 Mark Indemnität bewilligt. Aller Voraussicht nach stehen weitere Nachforderungen und Belastungen bevor. —

Zu den Landtagswahlen in Oldenburg.

Aus Eversten (Oldenburg) wird uns in Ergänzung unserer Mitteilungen über die Wahlmännerwahlen im Großherzogtum Oldenburg geschrieben:

Ihre Angaben über den Wahlausfall in Nr. 222 des „Vorwärts" stimmen nicht ganz. Im 1. Wahlkreise, Stadt und Amt Oldenburg, haben wir erhalten:

Stadt Oldenburg . . .	317 Stimmen	(1905:	389)
Gemeinde Oldenburg . .	394 „	„	390)
„ Eversten . . .	307 „	„	212)
„ Ohmstede . .	288 „	„	250)
	1306 Stimmen	(1905:	1181)

Außerdem sind noch einige Stimmen in den ländlichen Gemeinden Rastede und Wardenburg sowie Wiefelstede abgegeben. Die Konstellation ist folgende: Stadt Oldenburg 57 Wahlmänner, die allen möglichen liberalen Richtungen angehören; Gemeinde Oldenburg 5 bürgerliche und 10 sozialdemokratische Wahlmänner; Gemeinde Eversten 15 sozialdemokratische Wahlmänner; Gemeinde Ohmstede 14 bürgerliche (agrarische) Wahlmänner. Ebenso stellen Rastede und Wardenburg agrarische Wahlmänner, während Wiefelstede freisinnig gewählt hat. Den 57 Wahlmännern der Stadt stehen also 78 im Amte gegenüber. Bisher stellte der Wahlkreis 6 Abgeordnete, jetzt 7. Dieser siebente Abgeordnete kommt nach dem Bevölkerungszuwachs dem Amte zu gute, da das Amt 38 000 Einwohner gegen 28 000 der Stadt hat. Die Stadt hat nun aber schon vier Kandidaten aufgestellt und wird versuchen, diese auch durchzubringen. Ihre 57 Wahlmänner allein können dies aber nicht. Sind die Wahlmänner der Stadt, unter denen sich eine ganze Anzahl Nationalsozialer befindet, einsichtig genug, so werden sie den Sozialdemokraten zwei Sitze, nämlich Osternburg und Eversten, und den Freisinnigen Wiefelstede überlassen. Dann geht ihre Kandidatenliste glatt durch; der Einzug von Agrariern wird verhütet. Fraglich ist allerdings, ob die Oldenburger Liberalen nicht doch lieber einen wahlrechtsfeindlichen Agrarier, der zudem auch noch Gegner des neuen Schulgesetzes ist, wählen, als einen Sozialdemokraten.

Ferner ist noch keineswegs sicher, daß das Mandat im Fürstentum Lübeck verloren ist. 1905 wurden dort 2 Freisinnige, 1 Agrarier und 1 Sozialdemokrat gewählt, und das alles von denselben Wahlmännern. Es waren damals 8—10 Wahlgänge dazu notwendig. —

Sexuelle Aufklärung in der Schule.

Der Rektorentag der Provinz Sachsen, der dieser Tage in Halle tagte, nahm nach einem Vortrage des Universitätsprofessors Dr. v. Drygalski über die sexuelle Aufklärung der zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen folgende Leitsätze an:

1. Die heutigen Verhältnisse lassen eine Aufklärung der abgehenden Knaben wie Mädchen erwünscht, in Großstädten notwendig erscheinen. 2. Sie soll die erzieherische Einwirkung der Schule ergänzen; der Schulunterricht hat natürliches Denken zu fördern (biologischer Unterricht) und die in Betracht kommenden Dinge (Geburt usw.) unbefangen und zugleich zurückhaltend zu behandeln. 3. Die Aufklärung, die am Schluß des letzten Schuljahres erfolgt, muß a) auf eine Hörerschaft von verschiedenen Entwickelungsstufen berechnet sein; b) sie hat die Empfindungen der Hörer nach ethischer und menschlicher Seite hin zu berücksichtigen und darf die Sinnlichkeit nicht erregen; sie muß wirksam und nach Möglichkeit nachhaltig sein. 4. Deshalb hat sie durch den Fachmann, einen Arzt, zu geschehen, der mit dem Vorstellungsleben der Kinder Fühlung haben muß — am besten der Schularzt. 5. Das Bestreben, der Frühreife keinen Vorschub zu leisten, hat die betreffenden Regungen des Pubertätsalters zu berücksichtigen; sie sind vorzugsweise Neugierde und event. vorzeitige Begierde nach dem Geschlechtsgenuß. Die eigentlichen Zeugungs- und Entwickelungsvorgänge sind diesem Alter noch ziemlich gleichgültig. 6. Die Besprechung hat sich von übertriebenen Forderungen frei zu halten und bewegt sich nicht nur in Ermahnungen. Sie knüpft zweckmäßig an den natürlichen Wunsch nach Lebensfreude an, behandelt die Wirkung des Alkohols und ferner die Gefahren vorzeitigen und unreinen Geschlechtsverkehrs. 7. Insbesondere die Zerstörungen durch die betreffenden übertragbaren Krankheiten sind als Tatsachen zu verwerten, welche einen wirksamen und möglicherweise länger haftenden Eindruck machen können und die Berechtigung der Schulermahnungen am lebenden Beispiel erweisen. 8. Die Aufklärung betrifft also im wesentlichen gesundheitliche Erfahrungen; so kann sie wohl abschrecken, aber nicht reizen; bei lediglich sachlicher Grundlage hat sie ethischen Wert. 9. Es ist wünschenswert, daß die abgehenden Mädchen diese Warnung durch geeignete Lehrerinnen (Klassenlehrerinnen) erhalten. 10. Fehlt es an diesen, so ist eine taktvolle Besprechung des Gegenstandes durch den Arzt besser als eine unsichere, unzulängliche oder gar keine Aufklärung bezw. Warnung. Von der mittelbaren Belehrung durch die Eltern (Mütter) ist im allgemeinen keine Besserung zu erwarten.

Fürst Eulenburg in Liebenberg.

Mit der Krankheit des Fürsten Eulenburg ist es allem Anschein nach etwas seltsam bestellt. Die Haftentlassung hat so günstig auf seinen Zustand eingewirkt, daß ihn plötzlich seine Aerzte für transportfähig erklärt und ihm die Abreise nach Liebenberg gestatteten. Donnerstag mittag, also genau 48 Stunden nach der Bekanntgabe des richterlichen Enthaftungsbeschlusses, fuhr in der Charité ein Krankenautomobil vor, das dazu bestimmt war, den „kranken" Fürsten nach seinem komfortablen Heim in der Mark zurückzutransportieren. Kurz nach ½12 Uhr verließ das Krankenauto, in dem neben dem hohen Patienten auch die Fürstin Eulenburg, der Hausmeister von Liebenberg, Gehritz, und der Stabsarzt

Dr. Ritter Platz genommen hatten, den Hof der Charité durch die nördliche Ausfahrt am Alexander-Ufer.

Als dem Fürsten von ärztlicher Seite vorgeschlagen wurde, daß er zunächst nicht nach Liebenberg, sondern nach seiner Berliner Wohnung übersiedeln möge, um seine Kräfte infolge einer langen Fahrt nicht allzu sehr anzustrengen, soll er geäußert haben: „Nur gleich nach Liebenberg, nur dort werde ich mich erholen." ...

General v. Liebert als Verbreiter einer „nichtswürdigen Erfindung".

Herr v. Liebert hat kürzlich anläßlich einer Festrede auf dem Sedankommers des „Alldeutschen Verbandes" in Potsdam auch an das berüchtigte angebliche Wort der Kaiserin Eugenie: „c'est ma guerre, ma potite guerre" (das ist mein Krieg, mein kleiner Krieg) erinnert, um die Schuld der ultramontanen Eugenie am deutsch-französischen Kriege zu erweisen. Dazu schreibt die „Kölnische Volkszeitung":

„Kein Geringerer als Heinrich v. Sybel, der über diese Dinge für sein siebenbändiges Werk „Die Begründung des Deutschen Reiches" die eingehendsten Studien gemacht hat, schreibt im Jahre 1895 in der „Historischen Zeitschrift" (Band 75, Seite 66): Und nun vollends ihre (der Kaiserin Eugenie) tausendmal berufenen geflügelten Worte „c'est ma guerre, ma potito guerre". ... Sie selbst hat stets dagegen protestiert; ihre Palastdame Carette hat es ebenso wie der treffliche Forscher Girandeau als eine nichtswürdige Erfindung bezeichnet, und auch Herrn von Parieu werden wir diesen Zeugen beifügen können. Anderseits fragt man vergebens nach einem Gewährsmann, der jene Worte aus dem Munde der Kaiserin vernommen, oder nach einem Zeugen, dem sie jener berichtet hätte."

Wir begreifen nicht, wie die „Köln. Volksztg." sich darüber aufregt, daß Herr v. Liebert den einfältigsten Geschichtsklatsch kolportiert. Sie scheint in dem Augenblick, als sie sich mit seiner historischen Weisheit beschäftigte, gar nicht daran gedacht zu haben, daß er Generalissimus des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie" ist und die Lektüre der von diesem Verbande herausgegebenen Korrespondenzen und Broschüren unmöglich ohne Einfluß auf die Entwickelung seines Wissens bleiben konnte. —

Die deutsche Mittelstandsvereinigung

hat vom 19. bis 22. September in Düsseldorf ihre fünfte Generalversammlung abgehalten. Die Verhandlungen drehten sich im wesentlichen um die Frage, ob die Vereinigung unter Umständen, namentlich bei den Wahlen zum Reichstag und zum Landtag, eine selbständige politische Tätigkeit entfalten soll und ob weiter die Tätigkeit der Vereinigung sich auf den gesamten Mittelstand einschließlich der Beamten oder nur auf die selbständigen Kaufleute und Handwerker erstrecken soll. Nach langen und zum Teil sehr erregten Verhandlungen kam eine Einigung auf der Grundlage zu stande, daß die Mittelstandsvereinigung einen unpolitischen Charakter haben und ihre Tätigkeit auf das Gebiet der wirtschaftlichen und beruflichen Interessenvertretung beschränken soll; im übrigen sollen die Beamten zur Mitgliedschaft zugelassen werden, nur dem rheinisch-westfälischen Landesverbande soll es vorbehalten bleiben, seine Fürsorge auf die selbständigen Kaufleute und Handwerker zu beschränken.

Der Reichskanzler, der Minister für Handel und Gewerbe sowie der Regierungspräsident waren durch einen Regierungsrat vertreten, außerdem waren einige Abgeordnete des Zentrums und der Nationalliberalen zugegen, die im Namen ihrer Partei dem deutschen Mittelstand ihre Sympathie ausdrückten. —

Das Gemeindeproportionalwahlsystem, das im November zum erstenmal in Bayern zur Anwendung kommt, wird seine Wirkungen nach verschiedenen Richtungen hin äußern. Es wird nicht nur die Gemeindevertretungen stark verändern, sondern auch dem Wahlkampf ein ganz anderes Bild geben. Die Wahlbündnisse werden jedenfalls viel seltener werden, die einzelnen Parteien, die sich bisher stets vereinigten, um eine bestimmte Partei von der Vertretung in der Gemeinde auszuschließen, werden nun selbständig in die Wahl eintreten. In Nürnberg standen zuletzt die sämtlichen bürgerlichen Parteien zusammen gegen die Sozialdemokratie. Seit vier Jahrzehnten nahm der Freisinn in der Gemeinde die dominierende Stellung ein. Anfangs herrschte er ganz allein, aber nach und nach in dem Maße, wie die Sozialdemokratie wuchs und ihr Augenmerk immer mehr auch der Gemeindevertretung zuwendete, mußte der Freisinn immer mehr darauf bedacht sein, sich Hilfstruppen zu sichern, um den sozialdemokratischen Ansturm abzuschlagen und seine Position zu behaupten. So vereinigte er sich zuerst mit den Nationalliberalen, dann kamen nach und nach die Konservativen, Mittelständler und Demokraten an die Reihe. Allen diesen Parteien mußte eine bestimmte Anzahl Sitze zugestanden werden. Nur diesem Bündnis hat es der Freisinn zu verdanken, daß er nicht schon längst vom Rathaus fortgefegt worden ist. Das Zusammengehen lag auch im Interesse der kleineren Parteien, denn bei einem selbständigen Vorgehen hätten sie nur an der Beseitigung des Freisinns mitgeholfen, für sich selbst aber nichts erreicht. Das wird nun anders; bei dem Proportionalwahlsystem haben auch die kleinen Gruppen Aussicht, in der Gemeinde zum Wort zu kommen, und sie zeigen deshalb starke Neigung, aus dem freisinnigen Heerlager zu desertieren. Mit dem Abmarsch haben die Demokraten bereits den Anfang gemacht. Der Demokratische Verein faßte den Beschluß, mit einer eigenen Vorschlagsliste vorzugehen. Diesem Beispiel werden nun wohl bald auch die Mittelständler folgen, eine starke Gruppe, die den Freisinn schon zweimal herausgehauen hat, die aber bei einem selbständigen Vorgehen mehr zu erwarten hat, als ihr ihr seitheriger Bundesgenosse bieten kann. Vielleicht bekommen auch die Nationalliberalen wieder einmal Lust, ihre Stimmen zu zählen. Auf jeden Fall wird die kommende Gemeindewahl zeigen, wie problematisch die dominierende Stellung des Freisinns bisher gewesen ist. —

Das Polen-Enteignungsgesetz verfehlt.

Am Sonnabend hielt der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins in Posen seine Versammlung ab, auf der lebhaft darüber geklagt wurde, daß das Enteignungsgesetz wider die Polen zu einer erfolgreichen deutschen Bodenpolitik in den Ostmarken nicht ausreiche. Einmal werde durch das Gesetz die Aufteilung großer polnischer Güter an benachbarte polnische Insassen nicht gehindert, und ferner werde auch nicht verhindert, daß auch die enteigneten polnischen Besitzer anderwärts wieder ankauften. Auf Grund dieses Gesetzes sei deshalb eine wesentliche Mehrung des deutschen Grundbesitzes nicht herbeizuführen. Da das Ausnahmegesetz sich nun schon jetzt als völlig verfehlt erwiesen hat, wird nicht etwa seine Aufhebung, sondern eine weitere Verschärfung verlangt und zwar fordern die „Deutschtümler", daß „jede Aufteilung von Grundbesitz im Geltungsbereich des Ansiedelungsgesetzes von 1904 durch Private von der Genehmigung der Staatsbehörden abhängig gemacht wird, wobei alle Unternehmungen, die auf die Mehrung des Grundbesitzes in deutscher Hand abzielen, zu fördern sind" und sprechen ferner die Ueberzeugung aus, daß „zur Erreichung des Endzieles ostmärkischer Bodenpolitik ferner ein Einspruchsrecht des Staates bei Verkäufen von Grundbesitz nicht zu umgehen" sein werde. —

Würdelos.

Zweihundertfünfzig Journalisten, die hier beim Pressekongreß weilen, sind auf den Einfall gekommen, an den Zaren eine Eingabe zu richten um Begnadigung der wegen Preßvergehen verurteilten russischen Redakteure. Der Kongreß selbst hat sich angeblich aus formalen Gründen mit der Sache nicht befaßt. Diese Adresse gehört mit zu dem Schlimmsten, was an kriechender Schweifwedelei und würdeloser Unterwürfigkeit geleistet werden kann. Diese Journalisten — Anstifter ist ein Budapester Journalist namens Ferenyi — byzantinern folgendermaßen:

„Wir haben beschlossen, Seiner Majestät dem russischen Zaren Nikolaus II. den tiefgefühltesten Dank (!) für die dem russischen Volke durch das Oktobermanifest gewährte freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift (!) und gleichzeitig die ehrerbietigste Bitte zu Füßen zu legen, diesen hochherzigen Willensakt (!) huldvollst krönen zu wollen durch den Gnadenerlaß einer Amnestie für alle Preßorgane und deren Vertreter, welche für Vergehen und Verstöße wider die Vorschriften und Forderungen der Zensur strafrechtlich verurteilt worden sind, soweit solche als durch das Allerhöchste Manifest aufgehoben zu gelten haben. Die Unterzeichneten haben die hohe Ehre und das Glück (!), diesen Beschluß an den Stufen des Thrones Eurer Kaiserlichen Majestät niederzulegen mit der ehrerbietigen Bitte, Eure Kaiserliche Majestät wolle in Gnaden (!) diese Bitte anhören, deren Gewährung wohl begeisterten Widerhall in der gesamten Presse der Welt zu erwecken geeignet wäre."

Das ekelhafteste an dieser Schweifwedelei ist, daß diese Schmöcke berufsmäßig alle Schandtaten des blutigen Zaren und seiner Schergen können müssen und daß nicht einmal die Weigerung der russischen Pressevertreter, diese Selbstentwürdigung zu unterzeichnen, diese aufdringlichen Wichtigtuer von ihrer Speichelleckerei zurückhalten konnte. Auf so einem Pressekongreß scheinen ja wirklich nette Leute zusammenzukommen. —

Aus dem hamburgischen Geldsackparlament.

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Am Mittwochabend beschäftigte sich unsere illustre „Volks"-vertretung mit einem Antrag der Vereinigten Liberalen, den auf dem Lande wohnenden Abgeordneten zur Bürgerschaft die in Ausübung ihrer Mandatspflichten erwachsenen Auslagen zu erstatten. Der für sich selbst sprechende Antrag wurde von unseren Genossen Köhnke und Paul Hoffmann mit guten Gründen unterstützt, aber von den Vertretern der großen Geldsäcke mit verfassungsrechtlichen Bedenken bekämpft. In Wirklichkeit vertreten die Wahlrechtsumstürzler den Standpunkt, daß Volksvertreter nur Personen mit großem Portemonnaie sein dürfen; arme Teufel gehören nicht in eine so prominente Gesellschaft.

In namentlicher Abstimmung wurde denn auch der Antrag mit 87 gegen 41 Stimmen abgelehnt. —

Mit einem blutigen Soldatenexzeß

hatte sich gestern das Oberkriegsgericht des Gardekorps zu beschäftigen. Eines Abends passierten die beiden Jäger Eichenberg und Laue vom Garde-Jägerbataillon in angeheitertem Zustande die Karlstraße in Berlin. Die beiden lärmten, und als zwei Füsiliere vom 2. Garderegiment, die nach der Kaserne wollten, hinzukamen, riefen diese ihnen zu, sie sollten sich doch ruhig verhalten. Eichenberg erwiderte hierauf mit beleidigenden Aeußerungen. Nun wollte einer der Füsiliere den Namen und die Kompagnie, der die beiden angehörten, feststellen. Er griff einem der beiden an das Seitengewehr und in diesem Augenblick zog Eichenberg seinen Hirschfänger und schlug wild damit um sich. Inzwischen hatte sich eine größere Menschenmenge um die Gruppe herum angesammelt und der Füsilier Hirschelmann, der ebenfalls nachsehen wollte, was los sei, erhielt in dem Augenblick, als er ahnungslos an E. herantrat, mit dem Hirschfänger einen heftigen Schlag gegen die Stirn. Er erlitt eine klaffende blutende Wunde und eine Gehirnerschütterung, so daß er längere Zeit im Lazarett zubringen mußte. Als die beiden Jäger sahen, daß die Situation für sie recht bedenklich wurde, ergriffen sie die Flucht. Am Schiffbauerdamm wurden sie von einem Unteroffizier gestellt und als dieser den Hirschfänger des Laue festhalten wollte, entriß ihm L. diesen und widersetzte sich. Das Ende vom Liede war, daß sich beide Jäger L. und E. vor dem Kriegsgericht wegen verschiedener Delikte zu verantworten hatten. Sie wurden jedoch so milde verurteilt, daß der Gerichtsherr Berufung einlegte und das Oberkriegsgericht erkannte gegen L. auf sechs Monate und einen Tag und gegen E. auf drei Wochen Gefängnis. Der letztere legte Revision ein und die Sache wurde durch das Reichsmilitärgericht an das Oberkriegsgericht des Gardekorps zur nochmaligen Verhandlung zurückgewiesen. Diesmal aber wurde gegen E. ein noch höheres Strafmaß angewandt. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Oesterreich.

Obstruktion.

Die deutschbürgerlichen Abgeordneten im böhmischen Landtag haben die nationalistischen Angriffe sowie ihre Ausschließung aus dem Bureau des Landtags mit Obstruktion beantwortet. Ein Telegramm berichtet:

Prag, 24. September. Vor der heutigen Sitzung des Landtages verlangten die deutschen Abgeordneten, daß das Haus nicht in die Tagesordnung eintrete. Der Oberstlandmarschall lehnte dies ab. Daraufhin erklärten die Deutschen, sofort mit der Obstruktion einzusetzen. Während der Sitzung verhinderten die Deutschen das Eintreten in die Tagesordnung und ließen die tschechischen Redner nicht zu Worte kommen. Der Oberstlandmarschall vermochte die Ruhe nicht wiederherzustellen und verließ unter andauerndem Lärm den Saal. Die tschechischen Abgeordneten hielten die Estrade besetzt. Als der Oberstlandmarschall wieder im Saale erschien, drangen die Deutschen gegen den Präsidententisch vor und schleuderten Aktenstücke in den Saal. Der Oberstlandmarschall erklärte darauf diese Vorgänge des Landtages für unwürdig und schloß unter andauerndem Lärm des Hauses die Sitzung. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Die Deutschen scheinen entschlossen, die Obstruktion fortzusetzen. —

Unermüdlich.

Budapest, 24. September. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Pester Arbeiter hatten gestern Gelegenheit zu einer eigenartigen Demonstration. Am Abend fand in der Oper eine Festvorstellung statt, die der österreichische Kaiser zu Ehren des Fürsten von Bulgarien gab. Plötzlich erschienen große Züge von Arbeitern vor der Oper und veranstalteten eine Demonstration für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Die Polizei war völlig überrascht. Erst nach einer Stunde gelang es ihr, den Platz zu räumen. Die Demonstration machte starken Eindruck.

Dänemark.

Fleißig gefälscht.

Kopenhagen, 24. September. Bekanntlich gestand Alberti gleich am 9. September dem Chef der Geheimpolizei, er habe eine falsche Quittung der Privatbank über augenblicklich daselbst deponierte 9 Millionen Mark Sparkassenwerte angefertigt und die Namen der beiden Direktoren gefälscht. Nunmehr gestand Alberti, daß er auch Quittungen der Butter-Exportgesellschaft fortwährend gefälscht habe. Er habe dem Butter-Exportverein auch falsche englische Kontokorrenten mit nachgeschriebenen englischen Namen unterbreitet.

Frankreich.

Einberufung der Kammer.

Rambouillet, 24. September. Im heutigen Ministerrat wurde der Termin für die Einberufung der Kammer auf den 13. Oktober festgesetzt. Die Regierung wird darauf bestehen, daß unter den ersten zur Verhandlung stehenden Gegenständen sich der Gesetzentwurf über den Schulzwang befindet.

Rußland.

Ein Attentat.

Helsingfors, 23. September. Während der Manöver in der Nähe von Tawastehus wurde heute Oberst Retschai, der Kommandeur eines Bataillons, von einer Kugel tödlich getroffen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Türkei.

Der Eisenbahnkonflikt.

Sofia, 23. September. Die heute überreichte türkische Protestnote enthält die Erklärung, daß die Pforte die Besetzung der Orientbahnstrecken auf bulgarischem Territorium nicht zugebe und unverzügliche Rückgabe derselben an die Orientbahnen verlange. Dem hiesigen Vertreter der Orientbahnen, welcher heute zum zweiten Male gegen die Besetzung der Bahnstrecken Einspruch erhob, sind bisher keine Forderungen der bulgarischen Regierung zugekommen, daher haben noch keine Verhandlungen begonnen.

Sofia, 24. September. Die gestern von den türkischen Kommissaren überreichte, die Orientbahn betreffende Note wird von der bulgarischen Regierung in kurzer Weise dahin beantwortet werden, daß es sich hierbei ausschließlich um eine innere Angelegenheit Bulgariens handele. Die Frage der Zurückgabe der besetzten Eisenbahnlinien sei und bleibe ein Gegenstand der Verhandlungen zwischen der bulgarischen Regierung und der Orientbahngesellschaft.

Die Wahlen.

Konstantinopel, 23. September. Die Parlamentswahlen werden erst nach Ablauf des am Sonnabend beginnenden Ramasanmonats ihren Anfang nehmen. Die persische Botschaft unternahm gestern neue Schritte wegen Zurückziehung der türkischen Truppen von persischem Gebiet; der Großwesir versprach, diesem Wunsche nachzukommen.

Serveti Funun veröffentlichte das definitive jungtürkische Programm, welches die Erhaltung der kirchlichen Privilegien, dagegen die Aufhebung des Artikels 113 der Verfassung bezüglich des Standrechts und der Exilierung verlangt.

Persien.

Der störrische Schah.

Auf die englisch-russische Note, die die Einberufung des persischen Parlaments spätestens zum 1. November vorschlägt, hat der Schah bisher keine Antwort gegeben. Daß jene Note auf den Schah keinen großen Eindruck gemacht hat, beweist schon sein Befehl, den Krieg gegen die Nationalisten weiterzuführen und Täbris um jeden Preis zu unterwerfen. Ganz deutlich drückte der Schah seine Absichten auch in einer Ansprache aus, die er an seine höheren Beamten und Offiziere gehalten hat. Veranlassung zu dieser Rede gaben Schießübungen mit den neuen aus Frankreich angekommenen Kanonen. Die Uebungen wurden von der Kosaken-Artilleriebrigade unter Leitung des berühmten Ljachow ausgeführt, auch der Schah selbst trug die Uniform dieser Brigade (also die Uniform eines russischen Kosakenoffiziers). Mit den Uebungen war der Schah sehr zufrieden, befahl sogar, unter der Mannschaft kleinere Geldgeschenke zu verteilen, und erklärte, daß er jetzt „voller Zuversicht" der Zukunft entgegenblicke und keine Veranlassung habe, „den Umstürzlern Konzessionen zu machen". „Mit meiner Brigade, die unter Leitung des russischen Instrukteurs steht und mit den neuen Kanonen ausgerüstet ist — führte der Schah weiter aus — habe ich nichts zu befürchten und werde die Täbriser Empörer niederwerfen. So lange aber die ganze Provinz Azerbedjan nicht beruhigt ist, kann von einer Einberufung des Medjilis keine Rede sein."

Wie verlautet, beabsichtigen die englische und russische Regierung eine neue diplomatische „Vorstellung" zu machen; in den dem Schah nahestehenden Kreisen behauptet man aber, daß der politische Herrscher auch dieser keine Bedeutung beimessen werde. Und dies aus ganz einfachen Gründen: der Schah wisse bestimmt, daß alle britisch-russischen Noten und Vorstellungen keine weiteren Folgen haben werden, da die russische Regierung am wenigsten geneigt sei, die Sache der persischen Revolutionäre zu fördern.

Daß die russische Regierung in Persien ein zweideutiges Spiel spielt, unterliegt keinem Zweifel: Hand in Hand mit der englischen tritt sie offiziell als Vermittlerin zwischen dem Schah und dem persischen Volke, ja sogar als Beschützerin der persischen Konstitution auf; zur selben Zeit aber unterstützt sie den Schah in seinem Kampf gegen die Freiheitsbewegung. Zur Charakterisierung des Verhaltens der russischen Regierung in dieser Hinsicht ist schon die Tatsache bemerkenswert, daß der berüchtigte Ljachow bisher nicht aus dem russischen Dienste ausgeschieden, nicht einmal beurlaubt ist, sondern in einer dienstlichen Abkommandierung sich befindet. Weitere sehr interessante Enthüllungen über die russische Politik in Persien bringt Professor Brown in den „Times". Professor Brown, der als bester Kenner Persiens gilt, teilt u. a. mit, daß der Schah das Geld zum Staatsstreich aus der russischen Bank in Persien bekommen habe, daß noch vor der Bombardierung des Parlaments Mitglieder der russischen Gesandtschaft in Persien den persischen Nationalistenführern erklärt hätten, daß im Falle eines Sieges des Parlaments über den Schah Rußlands Einmischung unvermeidlich wäre und daß auch die englische Regierung Rußlands Einmischung genehmigt habe. Interessant ist die auch von einigen russischen Zeitungen bestätigte Mitteilung Browns, daß unmittelbar nach der Bombardierung des Parlaments der russische Konsul in Resicht dem Gouverneur dieser Provinz befohlen habe, den Ortsmedjilis sofort aufzulösen, widrigenfalls er, der russische Konsul, selber „diese Bande" auseinandertreiben werde. Der persische Gouverneur führte auch diesen Befehl des russischen Konsuls sofort aus.

Man sieht, bei solchen Diensten der russischen Regierung, die augenscheinlich mit der englischen im Einverständnis war, hat der Schah wirklich keine Veranlassung, irgend welche Bedeutung den feierlichen, offiziellen britisch-russischen diplomatischen Vorstellungen beizulegen. Unter solch energischer Mitwirkung der russischen Regierung und passiver Unterstützung der englischen darf er wirklich „voller Zuversicht der Zukunft entgegenschauen". Allein auch unter diesen Umständen wird er den Sieg über das Volk nicht leicht erreichen. Täbris bleibt bis jetzt in den Händen der Nationalisten, deren Führer laut den „Times" neulich den ausländischen Konsuln erklärt haben, daß die ganze Provinz bereit sei, sich vom persischen Reiche zu trennen und sich dem Schutze einer der Großmächte zu unterstellen.

Die Antwort des Schahs.

London, 24. September. Wie das „Reutersche Bureau" erfährt, ist die Antwort des Schahs auf die englisch-russische

Note in London eingetroffen. Die Note stimmt der Aufforderung, neue Wahlen auszuschreiben und ein neues Parlament zusammen zu berufen, zu, deutet aber an, daß der Schah angesichts der zerrütteten Verhältnisse in einer seiner Provinzen hierfür den geeigneten Zeitpunkt auswählen müsse. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man jedoch, daß dieser Vorbehalt dem Wunsche der persischen Regierung zuzuschreiben ist, nicht den Anschein zu erwecken, als ob sie einem fremden Zwange weiche und man ist nicht der Ansicht, daß darin ein Versuch des Schahs zu erblicken sei, der Erfüllung seiner Versprechungen auszuweichen. Ebensowenig besteht andererseits auf seiten Rußlands und Englands die Absicht einen solchen Zwang auszuüben, vielmehr will man lediglich Ratschläge erteilen zur Wiederherstellung der Ordnung und einer geregelten Verwaltung. Es sind ferner amtliche Nachrichten eingetroffen über den Angriff persischer Kosaken auf die indischen Wächter der britischen Gesandtschaft, bei welchem Angriff der britische Befehlshaber der Truppen bedroht und zwei Inder verwundet wurden. Durch die abgegebenen Erklärungen und durch die von dem Befehlshaber der Kosaken unternommenen Schritte zur Bestrafung der Schuldigen wird der Zwischenfall jedoch als erledigt betrachtet.

Man sieht, die in unserem, vor Eintreffen der Depesche geschriebenen Artikel ausgedrückten Vermutungen werden durch die offiziöse englische Meldung vollauf bestätigt. England und Rußland sind durch ihre gegenseitige trotz des Vertrages weiter bestehende Rivalität in Persien, sowie durch den gemeinsamen Verrat an dem persischen Volk so gebunden, daß sie ruhig den Hohn des Schahs einstecken müssen. —

Eine Drohung.

Täbris, 23. September. Ain ed Dauleh teilte den Konsuln amtlich mit, daß, falls die Revolutionäre die Waffen nicht ausliefern sollten, morgen früh eine Strafaktion beginnen werde. Gleichzeitig bat er, die unter den Kämpfenden befindlichen Ausländer aufzufordern, die Reihen zu verlassen, widrigenfalls er für die Folgen nicht einstehen könne.

Der Endschumen schrieb den Konsuln, daß er infolge des Mangels von Garantien für die Erfüllung seiner an die Regierung gerichteten Forderungen genötigt sei, Widerstand zu leisten.

Marokko.

Die Anerkennungsfrage.

Die deutsche Note ist von der englischen und französischen Presse im allgemeinen günstig aufgenommen worden, da man erwartet, daß die Diplomatie die Frage jetzt endlich zum Abschluß bringen wird. So schreibt der „Temps“:

„Man glaubt, es werde nicht unmöglich sein, den Boden für eine Verständigung zu finden, da die französische Regierung ihrerseits durchaus bereit sei, die Mittel zur Verwirklichung dieser Verständigung zu suchen.“

Auch die Meldungen über den französischen Ministerrat lauten günstig. Die Minister erkannten einmütig den versöhnlichen Charakter der deutschen Antwort auf die Marokkonote an. Es scheint über alle prinzipiellen Fragen ein Einvernehmen erzielt zu sein. Einer Regelung werden nur Detailfragen bedürfen, über die eine Verständigung wahrscheinlich ist. Hoffentlich braucht also die Diplomatie zur Erledigung dieser Detailfragen nicht allzulange.

Unterdessen hat auch Mulay Hafid selbst seinen Standpunkt dargelegt. Darüber wird aus London telegraphiert:

„Wie Reuters Bureau meldet, hat Mulay Hafid in Fez sich einem Korrespondenten des Standard gegenüber über die Zurückhaltung Englands und dessen Nichtbeachtung seiner Gesandschaften beklagt. Auf eine Frage Hafids, ob der Korrespondent Deutschland für einen treuen Freund Marokkos halte, erwiderte dieser, daß die meisten deutschen Blätter anscheinend stets Partei für Mulay Hafid nähmen, worauf der Sultan befriedigt nickte. Hafid sprach seine völlige Bereitwilligkeit aus, sich nach der Akte von Algeciras zu richten, vorausgesetzt, daß die Akte auch von den Signatarmächten beachtet werde. Ferner sagte er, Marokko würde die Mitwirkung der Europäer bei der Entwickelung des Landes willkommen heißen und ihnen einen redlichen Anteil an dem gewonnenen Nutzen nicht mißgönnen, es würde aber niemals eine fremde Herrschaft dulden. Der Korrespondent meint, daß der Sultan sobald er die Dienste von Europäern brauche, solche auch heranziehen werde, und zwar vornehmlich Engländer.“

Jedenfalls scheint auch in Marokko der Unabhängigkeitssinn der Eingeborenen, dem Mulay Hafid seine Erfolge verdankt, stark genug, um die beliebten Methoden europäischer Kolonialpolitik unmöglich zu machen, zum Vorteil nicht nur der Untertanen, sondern auch der europäischen Arbeiter.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung in Lancashire.

London, 23. Sept. (Eig. Ber.)

Der gegenwärtige Kampf in Lancashire ist der größte seit dem Jahre 1893. Damals handelte es sich um einen Abwehrstreik gegen eine versuchte Lohnherabsetzung von 10 Proz., die von den Unternehmern durch den Hinweis auf die schlechte Geschäftslage begründet wurde. Der Streik währte 20 Wochen und wurde durch den berühmten Tarifvertrag, den sogenannten „Brooklands Agreement“, der das Muster der Kollektivverträge bildet, beendet. Einer der wichtigsten Punkte dieses Vertrages besteht darin, daß von einer Lohnänderung zur anderen ein Jahr verstreichen muß. Während dieser Zwischenzeit soll der Gottesfriede herrschen. Der Vertrag hat sich in den letzten 15 Jahren einigermaßen bewährt, aber — wie es sich jetzt zeigt — nur deshalb, weil dort das wirtschaftliche Leben keinen großen Schwankungen unterworfen war. Lancashire sah wohl vor einigen Jahren schlechte Zeiten, aber sie waren durch die Manipulationen amerikanischer Baumwollspekulanten verursacht. Jetzt aber befindet sich das wirtschaftliche Leben Englands in einer allgemeinen Krise, und eine ihrer Folgen ist der Zusammenbruch des Brooklands-Kollektivvertrages. —

Die Entwickelung Lancashires in den letzten 50 Jahren war etwa folgende. Im Jahre 1860 gab es dort 350 000 Webmaschinen; jetzt 770 000. Die Zahl der Spindeln stieg von 21 Millionen auf 56 Millionen. In den Spinnereien sind dort gegenwärtig 140 000 Personen beschäftigt; in den Webereien 260 000, insgesamt 400 000. Der Kampf im Jahre 1893 betraf 14 Millionen Spindeln, jetzt betrifft er 40 Millionen Spindeln, die teils vollständig, teils partiell stillgelegt werden. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter beläuft sich vorläufig auf 120 000; etwa 400 Textilfabriken stehen still. An Unterstützungsgeldern werden sie etwa 50 000 Pfund Sterling (1 Million Mark) wöchentlich brauchen.

Im gegenwärtigen Augenblick herrscht die Ansicht vor, daß der Kampf nicht langwierig sein wird.

Berlin und Umgegend.

Ein Protest.

Die in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Mittwoch in der Kronen-Brauerei, Moabit, zwei starkbesuchte Betriebsversammlungen ab, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband. Die Arbeiter, die früher Feierabend machten, versammelten sich nach 3 Uhr, die anderen nach 5 Uhr. Arbeitersekretär Bauer referierte über den Wert von Betriebskrankenkassen, mit besonderer Berücksichtigung der Betriebskrankenkasse der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik. Die Entwickelung des Krankenkassenwesens verdiene die eingehendste Aufmerksamkeit aller Arbeiter, so erklärte der Redner. Für jeden Arbeiter handele es sich darum, über seine Rechte bei der Krankenversicherung gründlich informiert zu sein, denn jeder komme wohl wenigstens einmal in die Lage, seine Rechte auf Versicherung geltend machen zu müssen. In Betracht kommen die Ortskrankenkassen, die Innungs- und die Betriebskrankenkassen. Der Redner trat der Meinung entgegen, daß die Betriebskassen den Ortskassen gleichgestellt werden könnten. Die Ortskrankenkassen verdienen immer den Vorzug, sie sind am leistungsfähigsten, und in der Verwaltung haben die Arbeiter ein entscheidendes Wort mitzureden. Je stärker die Zentralisation, desto stärker die Leistungsfähigkeit. Für die Metallarbeiter gibt es 14 Ortskrankenkassen und beinahe ebenso viele Betriebskrankenkassen in Berlin. Durch den Wechsel von einer Kasse zur anderen entstehen allein schon mancherlei Schädigungen für die Arbeiter. Formell haben die Arbeiter dasselbe Recht in der Verwaltung der Betriebskrankenkassen, wie es bei den Ortskassen besteht, aber in Wirklichkeit haben sie nicht viel dreinzureden. Das werden die Arbeiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik am leichtesten begreifen. Hier bestimmt die Firma, sie ernennt den Vorsitzenden und den Kassenführer, sie hat eine Menge Bestimmungen eingeführt, die nicht im Interesse der Arbeiter liegen, und der Geist, der in der Verwaltung herrscht, ist den Arbeitern durchaus nicht günstig. Darauf kommt es aber hauptsächlich an, denn wer darauf ausgeht, den Leuten möglichst wenig aus einer Versicherung zu gewähren, kann dies mit Leichtigkeit so einrichten. Die Kasse gewährt nur den Mindestsatz, den das Gesetz verlangt, wenn auch auf 52 Wochen. Während der ersten sechs Monate Anstellung wird nur ein halbes Jahr Unterstützung geleistet. Ist der Versicherte im Krankenhause, so erhält die Familie nur einen Teil des Anspruches des Versicherten. Bei Doppelversicherungen werden die Unterstützungen gekürzt. Im Falle von Geschlechtskrankheiten oder aus Trunksucht oder Schlägereien herrührenden Krankheiten wird die Unterstützung verweigert. Im allgemeinen sind die Versicherten also schlechter gestellt als bei der Ortskrankenkasse. Und die Mitglieder haben keinen Einfluß, die Verhältnisse zu verbessern; alle Beschwerden sind nutzlos. Die Kasse ist finanziell schlecht gestellt, die Beiträge werden niedrig gehalten und die Kasse kann größeren Anforderungen nicht genügen. Dann versucht man, die kranken Arbeiter loszuwerden, und die Kassenärzte stehen unter einem gewissen Druck und einer Abhängigkeit, die sie beeinflussen muß. Teure Heilmittel werden nicht gewährt. Durch ärztliche Untersuchung wird vorher festgestellt, ob der Arbeiter auch gesund ist, ehe er eingestellt wird. Immer herrscht das einseitige Unternehmerinteresse vor. Einem Gichtkranken wurde eine Brunnenkur verweigert, weil dies zu teuer sei. (Pfuirufe.) In letzter Zeit hat man alte Arbeiter entlassen, weil man wahrscheinlich ihre Gebrechlichkeit fürchtete. Aus Aeußerungen des Kassenführers entnehmen die Arbeiter, daß es sich bei diesen Maßregeln nicht um Zufälligkeiten handelt, sondern um eine Methode, die geübt werden soll, und sie protestieren dagegen. Im Betriebe laufen Leute herum, die sich fürchten, sich krank zu melden, und leiden lieber Schaden an ihrer Gesundheit, ehe sie die drohende Entlassung auf sich nehmen. Diese Zustände wollen sich die Arbeiter nicht länger gefallen lassen, dagegen erheben sie Protest. (Lebhafter Beifall.)

Bauers Ausführungen wurden von Behrendt noch weiter gesponnen, der auf die mangelhaften sanitären Zustände des Werkes hinwies. Die Ventilation ist miserabel, die Waschräume, die Klosetts, die Garderobenräume, alles ist mangelhaft. An Schutzvorrichtungen fehlt es. In der Schmiererei ist ein Kurzsichtiger angestellt worden, der sich durch einen Fall schwere Verletzungen zugezogen hat; die Schmierer werden sehr schlecht bezahlt, sie erhalten 40, 42 und 45 Pf. pro Stunde.

Der Vorsitzende betonte die Wichtigkeit der Organisation der Arbeiter und forderte dazu auf, die Ueberstunden möglichst zu vermeiden. Abzüge am Lohn werden vielfach gemacht, Arbeiterinnen werden eingestellt, um die Preise zu drücken. Die Direktion stellt die Geduld der Arbeiter auf eine harte Probe, die Arbeiter aber müssen aus allen Vorkommnissen die rechte Lehre ziehen, sich nach Möglichkeit wehren und eifrig für die Stärkung ihrer Organisation agitieren. Die Verhältnisse in der Betriebskrankenkasse der Firma fordern jedenfalls den schärfsten Protest der Arbeiter heraus.

Maßregelungen in der Zigarettenfabrik „Garbaty“ in Pankow-Berlin.

Mit vorstehender Tagesordnung beschäftigten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen obiger Firma in einer gestern abgehaltenen Betriebsversammlung. Schon wiederholt mußten sich die Arbeiter damit beschäftigen, welche Schritte sie gegen die mehr als sonderbaren Entlassungen fast ausschließlich solcher Kollegen, welche Vertrauensposten der Arbeiter und ihrer Organisation innehatten, unternehmen könnten.

Auch diesmal handelte es sich wieder um eine Zigarettenarbeiterin, die seit 1 Jahr 4 Monaten bei der Firma zur vollsten Zufriedenheit beschäftigt war, welcher sogar bessere Sorten ausnahmsweise zur Anfertigung gegeben wurden. Ganz plötzlich änderte sich die Ansicht der Fabrikleitung. Am 22. September wurde die Arbeiterin gerufen und ihr von 2000 Zigaretten 800 Stück, das sind 40 Proz., als Ausschuß, weil es angeblich zu schlechte Arbeit sei, gezeigt; sie wurde infolgedessen sofort entlassen.

Die Arbeiter sind allgemein der Ansicht, daß das bei dieser Arbeiterin nicht zutrifft. Sie erblicken den wahren Grund der Entlassung in ihrer Tätigkeit für die Organisation, und glauben, daß nicht zuletzt die Werkstattbesprechung am 17. September den Anlaß dazu abgegeben hat, in der diese Kollegin dafür zu sorgen hatte, daß nicht unbefugte Personen den Beratungen beiwohnten. Der Leiter der Versammlung wurde von ihr darauf aufmerksam gemacht, daß soeben der Meister Schollin in den Saal eingetreten sei, welcher bis zur Eröffnung der Besprechung vor dem Eingang zum Lokal Posto gefaßt hatte. Derselbe wurde vom Leiter veranlaßt, den Saal zu verlassen. Nach seinem Fortgang fanden sich sofort zwei andere Meister der Firma ein, welche trotz der Beteuerung, daß sie Arbeiterinteressen verträten, ebenfalls veranlaßt wurden, den Saal zu verlassen. Die fragliche Arbeiterin soll also ein Opfer ihrer Pflichttreue werden, wie es vor ihr schon so viele andere wurden.

Wie so oft schon, wird auch diesmal die Organisation bei der Firma vorstellig werden, um zu versuchen, diesem schikanösen Treiben ein Ende zu machen. Das ganze Gebaren der Leitung der Fabrik erscheint darauf angelegt, das von den Arbeitern so schwer erkämpfte Koalitionsrecht zunichte zu machen. Die Organisation ist aber nicht gewillt, ihre Mitglieder zum Spielball der Firma „Garbaty“ herzugeben; sie wird ihre Mitglieder in jeder Weise schützen. Sollte die Zigarettenfirma „Garbaty“ durchaus den Kampf wollen, so soll sie ihn haben.

Arbeiterklagen in Spandau.

Die Arbeiter der Firma für Tiefbauten, Dorn aus Schlawe in Pommern, die bei dem Bau des Berlin-Stettiner Schiffahrtskanals bei Haselhorst beschäftigt sind, führen Klage über schlechte Behandlung, schlechte Löhne und unpünktliche Lohnzahlung. Während in Spandau genug Arbeitslose vorhanden sind, hat die Firma Galizier angestellt. Diese sind sehr bedürfnislos und lassen sich viel gefallen, aber wenn sie ihren Lohn nicht zu der erwarteten Zeit erhalten, dann werden sie mißtrauisch und ungemütlich. So war letzten Sonnabend große Aufregung unter den Leuten, als das Kontor geschlossen wurde und sich niemand sehen ließ, der den Lohn auszahlte. — Die Leute behaupten, daß ihnen 40 Pf. Stundenlohn versprochen worden ist, daß sie aber nur 38 Pf. bekommen. Das ist immer noch mehr, als bei den Regierungsarbeiten an der Schleuse in Spandau bezahlt wird, wo die Arbeiter 36 Pf. Stundenlohn erhalten, und dabei wird noch erwartet, daß sie „sparen“, denn in der Arbeitsordnung, die jeder Angestellte erhält, ist eine Rubrik für „Ersparnisse“ vorgesehen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter bemüht sich eifrig, die Leute zur Organisation zu bewegen, stößt aber noch auf große Schwierigkeiten, und doch ist dieser Verband die zuständige Stelle, um Beschwerden der Arbeiter entgegenzunehmen und da einzugreifen, wo ihnen Unrecht geschieht. Er kann aber seine Aufgabe nur erfüllen, wenn die Arbeiter Mitglieder des Verbandes werden. Von den Galiziern ist in dieser Beziehung wenig zu erwarten, aber die deutschen Arbeiter sollten wissen, daß sie der Organisation angehören müssen, um nicht dem Unternehmertum bedingungslos ausgeliefert zu sein. Gerade mit den Arbeitern, die die schwersten und niedrigsten Arbeiten verrichten müssen, geht man am rücksichtslosesten um und entlohnt sie am schlechtesten. Zu ihrer Hilfe und ihrem Schutz ist der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen gegründet worden.

Deutsches Reich.

Stukkateure und Rabitzer! Die Differenzen bei der Firma Gerschel im Schloßbau Posen sind zugunsten der Arbeiter erledigt.

Für die Gauleitung: Aug. Dieterich.

Streik der Möbeltransportarbeiter in Hannover.

Seit Montag streiken die Möbeltransportarbeiter in Hannover, nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, wegen Neuregelung der Lohnfrage mit der Organisationsvertretung der Arbeiter in Verhandlungen einzutreten.

Ausland.

Als Streikunterdrücker

empfiehlt sich ein Dorfpolizist von Grellingen (Berner Jura). Dort brach ein Maurerstreik aus. Jeder die Arbeit verweigernde Italiener wurde von dem Polizisten durchgeprügelt und nach zwei Stunden hätten alle die Arbeit wieder aufgenommen und waren wieder mit Lohn- und Arbeitsbedingungen zufrieden. — Das wäre sicherlich ein Mann nach dem Herzen der deutschen Unternehmer, aber er ist im Berner Jura noch nicht entbehrlich bei den dortigen Unternehmern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die schwarzen Pocken in Berlin.

Wegen eines Falles von schwarzen Pocken ist das Haus Kniprodestraße 116 unter Quarantäne gestellt. In einer in dem betreffenden Hause auf Besuch weilenden brasilianischen Familie ist ein Kind an den Pocken erkrankt. Es wurde mittels Sanitätswagens abgeholt und sofort nach Feststellung der Krankheit vom Polizeipräsidenten die Quarantäne verfügt. Das Haus ist von Schutzleuten umstellt. Kein Bewohner darf sich aus ihm entfernen. Heute (Freitag) sollen sich sämtliche Bewohner des Hauses einer Schutzimpfung unterziehen. —

„Die Blüte der Nation“.

München, 24. September. (W. H.) In Eglfing ist das siebzehnjährige Mädchen, das von bezechten Studenten im „Englischen Garten“ vor einiger Zeit vergewaltigt worden war, gestorben.

Eine Musterlehrerin.

München, 24. September. (W. H.) Die 23jährige Hilfslehrerin Wittenföldner war beschuldigt, unter Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes den Tod eines 6½jährigen (!) Schulkindes verschuldet zu haben. In der heutigen Verhandlung vor dem Schwurgericht sprachen die Geschworenen die Angeklagte von dem Vergehen im Amte frei und nahmen als nicht erwiesen an, daß der Tod des Kindes durch die Körperverletzung verursacht wurde. Wegen zweier anderer Verfehlungen im Amte erhielt die Lehrerin eine Gesamtstrafe von einem Monat Gefängnis.

Militärjustiz.

Darmstadt, 24. September. (W. H.) Das Kriegsgericht der 25. Division verurteilte heute den zur Uebung eingezogenen Gardisten Christian Schütz vom Infanterieregiment 115 in Darmstadt wegen einer Reihe von Verfehlungen, die er sich während des Manövers gegen Vorgesetzte in angeheitertem Zustande zuschulden kommen ließ, zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Arbeiterrisiko.

Ottmachau, 24. September. (W. H.) Beim Auflegen eines Treibriemens wurde der Mühlenarbeiter Jaisch von einer Welle des Hauptrades am Arme erfaßt und mit herumgedreht. Als zerstückelte Leiche wurde er zur Seite geschleudert.

Borysław, 24. September. (W. T. B.) In dem Wygodaschacht ist heute aus unbekannter Ursache ein Brand ausgebrochen, der den Schacht gänzlich einäscherte. Vier Personen erlitten Brandwunden.

Die letzten Waldbrände in Amerika.

New York, 24. September. (W. H.) Der Forstdienst schätzt den durch die Waldbrände verursachten Verlust auf 10 Millionen Dollars.

Feuersbrünste.

Lissabon, 24. September. (W. H.) Das frühere Palais des Grafen Soura, das jetzt in eine Mietskaserne umgewandelt ist und von zirka 300 Familien bewohnt wird, wurde heute durch eine Feuersbrunst zerstört. Die Bewohner mußten schleunigst flüchten, mehrere unter Lebensgefahr. Ueber 100 Familien sind obdachlos.

Neusohl (Ungarn), 24. September. (W. T. B.) Das Dorf Tajo ist vollständig niedergebrannt. Nur die Kirche, das Pfarrhaus und das Wirtshaus sind unversehrt geblieben.

Pest.

Port Said, 24. September. (W. T. B.) Hier ist ein Pestfall festgestellt worden.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der Parteitag von Florenz.

Florenz, 20. September.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Der Korreferent Longobardi, ist ein Anhänger der revolutionären Richtung. Er wisse wohl, daß ihm keine sympathische Aufgabe zugefallen sei. Er müsse hier Illusionen bekämpfen und zwar Illusionen der Praktiker, die noch viel schlimmer wären, als die der Theoretiker.

Die Reformisten wollen alle Organisationen nötigen, der Konföderation der Arbeit beizutreten und suchen nur in ihr die berufenen Vertreter des Proletariats. Nun umfasse aber die Konföderation nur 3,95 Proz. der organisierbaren Masse und 56 Proz. der Organisierten. Wenn ein Teil des Proletariats sich von der Konföderation fern halte, so sei daran nicht seine Unreife schuld, vielmehr Verhältnisse, die mit den Jahren immer stärker hervortreten müssen. Die Konföderation mit ihrer Politik der hohen Beiträge wolle eine Arbeiteraristokratie schaffen. Die Masse könne nicht zu ihr kommen, weil sie sich immer mehr von der Masse entferne. Wir brauchen eine höhere Einheit als die Konföderation, eine Einheit, die das ganze kämpfende Proletariat umfasse, auch Syndikalisten und Anarchisten. (Zustimmung.) Aber wenn ihre Zusammenfassung in eine Organisation nicht möglich wäre, so müsse doch die Partei immer allen ihre Solidarität bewahren, die gegen das Unternehmertum kämpfen.

Man täte unrecht, in dem Mißlingen des Streiks von Parma eine Folge syndikalistischer Methode zu sehen. Es gibt keine Methode, die die Niederlage ausschlösse. Haben die Reformisten im Parlament vielleicht keine Niederlage zu verzeichnen?

Zur Frage des Generalstreiks meint Longobardi, daß er etwas ebenso Unvermeidliches sei, wie ein Naturereignis. Man könne ihn leiten und stärken, wie man ihn verwirren und schwächen könne. Aber ihn heraufzubeschwören wie ihn zurückzuhalten, sei man außer stande. Die italienische Arbeiterbewegung brauche jetzt Ruhe und die Kraft der Selbstbeherrschung. Durch sie wird der Marxismus seine Auferstehung feiern. Nur in diesem Glauben, in dieser Gewißheit sind wir in der Partei geblieben, nur in dieser Gewißheit grüße ich Euch noch als Brüder und Mitkämpfer. (Beifall und Unruhe.)

Zur Diskussion spricht zuerst Genosse Chiesa, ein Lackierer, früher Abgeordneter für Sampierdarena. Obwohl Reformist, ist er der Ueberzeugung, daß die Differenzen zwischen Reformisten und Integralisten so minimal seien, daß sie keine Trennung rechtfertigen. Die Reformisten wollen durchaus nicht die Konföderation zur alleinigen Trägerin der Arbeiterbewegung machen. Gerade, sobald die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, empfindet er intensiv das Bedürfnis, sich auf eine Partei zu stützen. Auch könne der Proletarier der Ideale des Sozialismus nicht entraten, weniger als je, wenn er erst eine Besserstellung seiner Lage erreicht hat. Solange er ganz gedrückt ist, hat er ohnehin nicht Raum für irgendwelche Idealität. Sobald er aber wirtschaftliche Eroberungen gemacht hat, braucht er sozialistische Ideale, sonst schlagen die Verbesserungen in Nachteile für den Fortschritt unserer Bewegung aus. (Beifall.) Zu dem, was wir zu tun haben — Partei und Konföderation gemeinsam — brauchen wir mehr moralische als finanzielle Kraft. Wir finden ja den schlimmsten, den verderblichsten Feind in den Arbeitern selbst. Wer schindet denn den Arbeiter schlimmer als der reich gewordene Klassengenosse? Warum arbeiten die Leute gut beim Kapitalisten und schlecht in den eigenen Betrieben ihrer Genossenschaften? Wer neidet den zu etwas Bildung und Freiheit gekommenen Arbeiter mehr als sein Mitarbeiter? Und geht nicht ein Teil der Lohnerhöhungen in den Wirtshäusern drauf, anstatt der geistigen Erziehung der Arbeiter zu dienen? Es fehlt da eben noch an sozialistischem Bewußtsein. Auf diesem Gebiete sei für Partei und Gewerkschaften noch eine ungemessene Arbeit zu leisten. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Salvemini, ein sizilianischer Professor, spricht zum Thema Wahlprogramm. Er will dartun, daß keine andere Reform heute für Italien so dringend sei, als die des allgemeinen Wahlrechts. Weder die Aufhebung des Kornzolles, noch des Zuckerzolles, noch die Schulreform sei so dringend. In Süditalien sei das Proletariat politisch völlig rechtlos. Die Zahl der Wahlberechtigten ginge zurück, anstatt zuzunehmen. Bei der ungeheueren wirtschaftlichen Ausbeutung und Verelendung sei das schlimmste für den Süden zu befürchten, wenn man ihm nicht einen legalen Weg öffne, um sich aus einer unerträglichen Lage zu retten. In Süditalien liefere die Regierung die Arbeiter rechtlos einer herrschenden Klique aus und erhielte als Gegenleistung unbedingte Regierungstreue. So würde der Süden Italiens in zweifacher Form zum Hemmnis der Entwickelung. Für das Proletariat des Südens habe die Partei noch nichts getan. Sie helfe ihm jetzt zum Wahlrecht, dann würde das Proletariat selbst das weitere tun.

Auch der nächste Redner Franja ist ein Süditaliener. Er bemerkt, daß die Frage der Tendenz den Kongreß nicht mehr erwärme. Der Integralismus habe eine große Fusionsarbeit vollzogen; er sei keine Tendenz, repräsentiere aber ein wichtiges Uebergangsstadium im Leben unserer Partei. Redner schlägt auch vor, den Wahlrechtskampf in den Vordergrund zu rücken, ohne jedoch zu vergessen, aus dem Wahlrecht, wie es heute ist, den größtmöglichen Nutzen zu ziehen.

Die Verhandlungen werden sodann vertagt.

Heute abend finden vier Sonderversammlungen statt: der Reformisten, der Integralisten, der Revolutionäre und der Intransigenten. Zwischen den beiden ersten und den beiden letzten Gruppen sind Einigungsversuche im Gange.

Florenz, den 22. September.

Vierter Verhandlungstag.

Nachdem ein Begrüßungstelegramm von Enrico Ferri aus Santa Fè zur Verlesung gekommen und mit Beifall aufgenommen worden ist, nimmt als erster Redner Garibatti als Vertreter der Integralisten das Wort. Die Integralisten wollen, daß zwischen Konföderation und Partei die herzlichste Beziehung bestehe. Aber es sei zweckmäßig, die Arbeit zu teilen. Für die wirtschaftlichen Probleme sei die Konföderation zuständig, für die politischen die Partei. Der Partei fiele vor allem die Erziehungsarbeit im Proletariat zu. Sie muß im Namen unseres Ideals den Egoismus bekämpfen, an dem Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung kranken. (Beifall.)

Dugoni als Redner der intransigenten Fraktion bemerkt, daß er und seine Freunde mit Sorge die Tendenz sehen, im Anschluß an die Konföderation der Arbeit einen reformistischen Syndikalismus zu schaffen, der gefährlicher sei als der revolutionäre Syndikalismus. (Zustimmung.) Sogar die klassischen Organe des Nurgewerkschaftlertums, die Trade-Unions, lämen jetzt von dieser Richtung ab. Sei doch der Idealismus eine gewaltige Kraft in der Geschichte und ein gewaltiger Erziehungsfaktor. Ohne sozialistische Idealität würde man nicht den Klassenkampf verstärken, sondern den Kampf der Kategorien, der eine Arbeitergruppe gegen die andere kehrt.

Wir lehnen auch den revolutionären Syndikalismus ab wegen seines nicht sozialistischen Endzwecks. Der Syndikalismus will die Produktionsmittel den Syndikaten, nicht der Gesamtheit aushändigen.

Ueber den Generalstreik müsse er sagen, daß man in seiner Anwendung zu weit gegangen und ihn als Waffe diskreditiert habe. Aber man dürfe doch nicht, wie Rigola, aussprechen, daß für die nächsten zehn Jahre in Italien an einen Generalstreik nicht zu denken sei. Das hieße die Reaktion zu Vorstößen ermutigen.

Für den Wahlkampf wollen die Intransigenten keine Bündnisse, höchstens könne man bei Stichwahlen für demokratische Kandidaten stimmen. Die Bündnispolitik verwischt die Eigenart der Partei. Auch könnte seine Fraktion nicht die Unterstützung der Regierung dulden. Es können sich Situationen ergeben, in denen die Verteidigung der elementaren Volksrechte auch die sozialistische Fraktion nötige, einem Ministerium ihre Stimme zu geben, aber es handle sich hierbei um so seltene Ausnahmssituationen, daß man sie nicht vorzusehen braucht.

Ueber das Wahlprogramm beständen keine Gegensätze. In der Verwerfung obligatorischer Schiedsgerichte seien alle einig.

Unsere Tagesordnung stellt dem reformistischen Syndikalismus einen Damm entgegen, gibt der im Opportunismus schwankenden Partei feste Regeln. Wer noch zu dem Sozialismus steht, in dem wir erzogen wurden, der stimme für sie. (Beifall.)

Genosse Graziadei, Professor der Volkswirtschaft an der Universität Cagliari, der als Vertreter des reformistischen Syndikalismus angezogen worden war, erklärt: Wir wollen nicht unpolitische Arbeiterorganisationen. Wir wollen, daß die Arbeiter selbst ihre eigene Klassenpolitik treiben. Dazu zwingen uns vor allem technische Erwägungen: die Gewerkschaften sind sozial einheitlich aus Vertretern einer Klasse zusammengesetzt. In der Politik dagegen sind die Menschen je nach ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung gruppiert. Klassenpolitik treibe man, indem man sich in den Dienst keiner Partei stelle, aber sich aller Parteien bedient, die sich in unserer Richtung bewegen. Viele meinen, daß die Partei ihre Daseinsberechtigung verlieren würde, wenn die Organisation ihre eigene Klassenpolitik treibe. Das sei ein Irrtum. Es gebe gewisse Probleme — so z. B. die der äußeren Politik — für deren Lösung die politische Partei notwendig sei.

Als Redner der Reformisten nimmt darauf Turati das Wort, von großem Beifall begrüßt. Die proletarische Bewegung bewegt sich zwischen zwei verschiedenen Grundauffassungen: Auf der einen Seite haben wir die Richtung, die immer mit geballter Faust fortschreitet, keine soziale Solidarität anerkennt und sich einer einzigen reaktionären Masse gegenüber glaubt. In der Arbeiterpolitik sieht diese ein geradliniges Fortschreiten gegen alle Hindernisse, um sie niederzurennen, ohne Rücksicht auf Kraftersparnis und Opportunität. In dieser Richtung seien die Syndikalisten, die Revolutionäre, die Intransigenten.

Die andere Strömung empfindet dagegen die innere Solidarität, die die Gesellschaft vereint. Sie will die Gegensätze abschwächen, nicht hervorkehren, sucht den Punkt des geringsten Widerstandes und will ihre Sache von denen führen lassen, die sich auf Vermeidung der Ecken und Kanten verstehen.

Die heutige Arbeiterbewegung will diese beiden Strömungen vereinen. Wir wollen z. B. alles von Grund auf erneuern, aber wollen auch gleichzeitig schrittweise die Lage der Arbeiter verbessern. Warum haben wir uns denn vom Integralismus getrennt? Der Integralismus von gestern verwirklichte die Formel: heute mit dem einen, morgen mit dem andern. Er erschien so halb in einer Farbe, halb in der anderen. Morgari selbst hat das Beispiel der Wage gewählt, deren beide Wageschalen einander das Gleichgewicht halten. Die Wage ist die Negation der Tat, sie ist das Instrument der Kritik, nicht des Kampfes. Die Revolutionäre, so scheine ihm, seien überhaupt nicht zugegen, ihre bedeutendsten Vertreter hätten gar nicht das Wort ergriffen auf dem Kongreß. Das käme aber daher, weil sie fühlen, daß die Masse der Arbeiterschaft nicht mehr hinter ihnen stehe. Es widerstehe ihm, Turati, gegen die Unterlegenen hart zu sein. Uebrigens sei nicht gesagt, daß ihnen nicht eine Auferstehung beschieden sein könnte. Auch der anarchistische Sinn habe eine Funktion in der Geschichte. Wenn wir unserer Aufgabe nicht genügen, könne er noch immer in den Vordergrund der Ereignisse treten.

Auch die Integralisten wolle er nicht bekämpfen. Sie stellten eine Extendenz dar. Mit zu viel Worten, zu viel Ideen hätten sie vorgehen wollen. Damit könne man kein Programm machen, damit könne man wohl eine Unzahl von Einzelfällen berücksichtigen, aber keine Richtlinie geben. Deshalb habe sich auch der Integralismus gespalten. Die eine Hälfte sei zu den Reformisten, die andere zu den Revolutionären gegangen. Die Arbeiterbewegung kenne nur zwei Tendenzen: revolutionär oder reformistisch.

Es beruhe auf einen Irrtum, wenn man fürchte, der Sozialismus könne zu sehr zur Arbeiterbewegung werden. Die Arbeiterbewegung ist die einzige sozialistische Realität in der Geschichte. Wir können nie genug Arbeiterbewegung sein. Der Sozialismus ist nichts anderes als die Arbeiterbewegung mit offenen Augen.

Nicht nur die Integralisten, auch die Intransigenten und Revolutionäre werden den Generalstreik auf das äußerste beschränken. Der Unterschied liegt nur in der Chronologie. Was ihr jetzt sagt, das haben wir eben schon vor Jahren gesagt. Wenn einer, der eine tüchtige Tracht Prügel bekommen hat, sagt: Prügel tun weh, so zeigt er dadurch nicht eben viel politischen Sinn. Der Politiker soll gerade voraussehen können, um unnütze Opfer zu vermeiden.

Ueber Teilnahme an der Regierung wolle man jetzt nicht streiten. Das sei, wie wenn ein armer Teufel, der nicht das Geld hätte, eine Droschke zu bezahlen, sich den Kopf darüber zerbricht, was er mit einem Automobil anfangen sollte.

Wenn die Reformisten ihre Tagesordnung als die der sozialistischen Konzentration bezeichnen, so geschieht das, um dadurch zu zeigen, daß ein wesentlicher Unterschied mit den Integralisten nicht besteht. So wie der Integralismus heute geworden ist, ist er der zu sich selbst gekommene Sozialismus. Wir wollen keine Apotheke für alles sein, wie die integralistische Tagesordnung. Wesentlicher sei, daß man etwas tue: Die Hauptunterscheidung zwischen den Menschen ist die zwischen Wirkenden und Parasiten. Die Tat ist der große Prüfstein, in der Tat liegt die Versöhnung. Möge dieser Parteitag, der vielen nicht interessant und sensationell genug scheint, die Grundlage schaffen für eine neue Periode fruchtbaren Wirkens. (Beifall.)

Kleines Feuilleton.

Wieland über das Gottesgnadentum. Gegenüber der gerade in unseren Tagen wieder so sehr beliebten Betonung des Satzes: „Daß die Fürsten von Gottes Gnaden seien und deshalb nur Gott allein Rechenschaft zu geben hätten", dürfte es von einigem Interesse sein zu hören, wie über diesen Punkt vor mehr als hundert (!) Jahren in Deutschland öffentlich geurteilt wurde. Der gefeierte Schriftsteller und Dichter C. M. Wieland, der von 1760 an als Kanzleidirektor in Biberach, von 1769 an als Professor und Regierungsrat in Erfurt und von 1772—1775 gar als Prinzenerzieher in Weimar amtiert hat, also gewißlich eher alles andere denn ein „blutiger Demokrat" gewesen ist, — dieser C. M. Wieland also schreibt im Jahre 1789 in einer Anmerkung zu seinem ersten „Aufsatz über die französische Revolution" (31. Band seiner sämtlichen Werke, Leipzig, Göschen 1857, Seite 3 und 529) wörtlich:

„Nur Gott allein Rechenschaft zu geben — man würde sich, Dank sey dem Himmel, in unseren Tagen lächerlich machen, wenn man es noch für nötig fände, alle die Ungereimtheiten zu entwickeln, die in dieser unaussprechlichen Absurdität liegen, die nur von einem Menschen, der gar nichts bei seinen Worten denkt, ausgesprochen werden kann. Ich begnüge mich also nur soviel davon zu sagen, daß nach dieser Maxime der König von Frankreich noch despotischer und willkürlicher mit seinen Untertanen verfahren dürfte als der Großsultan selbst, der seinen Türken für die Art, wie er seine höchste Gewalt ausübt, sogar mit seinem Kopfe stehen muß."

So geschrieben im August 1789!

Theater.

Schiller-Theater O. „Julius Cäsar" von William Shakespeare. Eine Aufführung mit wenig Strichen, das soll anerkannt sein, die sich innerhalb eines dreieinhalbstündigen Zeitraums erledigte und auch als Ganzes manches Gute bot. Ueberbleibsel veralteter Regiekunst, die jede große Poesie auf das Niveau der Kauppachiade hinunterdrücken, beeinträchtigten allerdings die Wirkung. Dahin gehören die Manipulationen mit dem Schwert als Mordinstrument. Das sind lächerliche Kasperliaden, statt erschütternde Tragödien, wenn man sehen muß, wie der Todeskandidat sich stets um seine Axe drehen muß, um, abgewendet vom Zuschauerraum, die vermeintlichen Stiche zu empfangen. Brutus wickelt sich, nachdem er durchstoßen worden ist, erst recht gemütlich in seinen Mantel; dann legt er sich hin, zu sterben. Cassius, Cäsar machten's ähnlich. Man wird Zeuge einer schauspielerischen Unbeholfenheit, die eher alles andere, denn den geübten und gewohnten Umgang mit der Waffe vermuten läßt — und schmunzelt. Aus ist's mit dem tragischen Effekt, den der Dichter erzielen will, und den der Zuschauer davon haben sollte! Es liegt lediglich an der Regie, ob solche Verstöße vermieden werden oder nicht. Anderes ist dagegen wieder lobenswert: so das nächtliche Gewitter und das Arrangement der Volksszene vor Cäsars Leiche. Hier wurde lebendige Realistik erzielt. Hier herrschte Einheitlichkeit und Plastik. Hier erhielt aber auch alles durch die schauspielerische und oratorische Glanzleistung Georg Paeschkes als Marc Anton eine kräftige Konzentration. Vorher stand Max Pategg als Cäsar im Mittelpunkte der Handlung; namentlich bei der Senatorenszene. Höchst dramatisch gestaltete sich der leidenschaftliche Zusammenprall zwischen Brutus (Richard Wirth) und Cassius (Hans Gerhard). Die Portia wurde durch Anna Feldhammer eindrucksvoll im Geiste einer republikanischen Römerin gegeben. Die Kostüme und Dekorationen erzeugten eine geschlossene Stimmung. e. k.

Neues Schauspielhaus. „Der Kolonialskandal", Schwank von Fedor v. Zobeltitz und Wolf v. Metsch-Schilbach. Von den drei Akten sind die beiden letzten nur ungeschickt und öde, der erste verbindet diese Vorzüge noch überdies mit Ansätzen frivol-reaktionärer Stimmungsmache. Wirkliche Kolonialskandale, Vergewaltigung und Mißhandlung der Eingeborenen, so etwas — gibt's ja gar nicht in Deutsch-Afrika, das alles ist nur made in Germany! Ein nach Babidonyo verschlagener deutscher Journalist, der seinem Blatte Mitteilungen über derlei Dinge machen soll, klagt in dem ersten Akte sehr beweglich, daß er beim besten Willen nichts entdecken kann. Und der Herr Unteroffizier, der einem Trupp von schwarzen Brüdern den preußischen Drill beibringt, bestätigt ihm authentisch, daß, wenn jemand Schutz braucht, es nicht die Neger sondern die deutschen, unausgesetzt vom Kolonialamt inquirierten, kontrollierten, schikanierten Beamten seien! Geist und Gesinnungstüchtigkeit ergänzen sich. In dieser peinlichen Verlegenheit des Journalisten erscheint ein Zoologieprofessor, der seine Beute — ausgestopfte Schlangen usw. —. im Reisekoffer mit sich führt, als Retter aus der Not. Der Mann der Wissenschaft plaudert, nachdem er sich die nötige Stimmung dazu angetrunken, aus der Schule. Und so erfährt man denn, daß sein früherer Schüler, ein junger Legationssekretär, den der Vater nach Afrika geschickt, statt dorthin, heimlich mit der Liebsten nach Paris gefahren ist. Dafür ist der Professor nach Afrika gegangen, um an seiner Stelle die gewünschten Kolonialberichte zu schreiben. Der Journalist hat, was er suchte: ein Skandälchen für die Zeitung. Ein paar Verlobungen sind für die Zukunft angedeutet. Die Spannung erfährt noch eine weitere Steigerung, da bei der Abfahrt eine der Verlobungsdamen ihren Koffer mit dem amphibienhaltigen des Herrn Professors vertauscht. Welche Ueberraschungen, welcher Schrecken, wenn sie zu Hause auspacken wird! Das giebt den Hauptclou für den zweiten Akt, wo man die lieben Leute alle wiederfindet. Die Zusage des Zettels, daß das Stück um 10 Uhr aus sein würde, erwies sich als hochgradige Schönfärberei. Je weniger den Autoren eingefallen, um so eifriger schienen sie bestrebt, die mageren Späße endlos in die Länge zu ziehen.

Ein meist recht flottes Spiel milderte soweit als möglich die Langeweile der Szene. Brillant war Herr Ernst Arndt, der aus der nutzlosen Verlegenheitsfigur des Professors eine lustige Karikatur im echten Wilhelm-Busch-Stil machte. Eine Komik kulminierte in den Momenten cholerischer Erregung, wenn der kleine, dicke Körper mit dem von einer mächtigen blonden Struwelpetermähne umgebenen Haupt in wilde Zuckungen des Zorns geriet. dt.

Humor und Satire.

Schückings Anklage.

„Leichtfertig und gewissenlos
ist dieses Ihr Benehmen,
Sie stellen sich nur selber bloß
und sollten sich was schämen.

Nichtswürdig war von A bis Z
Ihr Vorgeh'n, Ihr verdammtes;
Sie sind der Menschheit zum Gespött,
unwürdig Ihres Amtes . . ."

— Gelesen hatt' ich's, laut und schlicht,
als meine Frau mich fragte:
Spricht so der Kläger? Oder spricht
vielleicht der Angeklagte?

Franz.

Notizen.

— **Was kostete der russisch-japanische Krieg?** Nach offiziellen Angaben beliefen sich die Ausgaben Rußlands für den Krieg mit Japan im ganzen auf 2322,4 Millionen Rubel. Die Kriegskosten Japans beliefen sich nach den Angaben im Budgetentwurf für 1907/08 auf zirka 5 Milliarden Frank. Insgesamt wurden also für den Krieg verausgabt zirka 4½ Milliarden Rubel oder 9 Milliarden Mark.

— **Leistungsfähigkeit moderner Geschütze.** Ein Weltrekord der Marinegeschütze ist nach dem Bericht des „English Mechanic" bei einem gefechtsmäßigen Manöver der englischen Zerstörerflotte bei den Orkney-Inseln geliefert worden. Die Uebung wurde besonders zur Prüfung im Richten der Geschütze veranstaltet. Den Rekord schlug ein Richtkanonier bei der Bedienung eines Zwölfpfünders. Bei einer Fahrt mit 14 Knoten Geschwindigkeit in Richtung auf ein schwimmendes Ziel, das eine Fläche von sechs mal acht Fuß bot, wurden in 55 Sekunden 14 Schüsse abgegeben und 14 Treffer verzeichnet. Die Entfernung vom Ziel betrug während dieser Zeit zwischen 1000 und 500 Meter. Ein anderer Rekord wurde von dem Schiff „Argonaut" mit sechszölligen Schnellfeuerkanonen aufgestellt, die 137 Schüsse abgaben und 105 Treffer hatten; der Durchschnitt belief sich auf 6½ Treffer in der Minute. Eins dieser Geschütze brachte es auf 11 Schüsse in einer Minute, die sämtlich das Ziel trafen.

— **Die Lunge des Porzellanarbeiters.** Im Heft 8 der „Therapeut. Monatsberichte" lesen wir:

Die Lunge eines verstorbenen Porzellanarbeiters wurde auf Veranlassung von Prof. Müller im Nahrungsmitteluntersuchungsamt Jena auf Mineralbestandteile untersucht, da dieselbe in solchem Maße damit durchsetzt war, daß sie nur unter großer Kraftanwendung mit Messer und Scheere zerkleinert werden konnte. In 40 Gramm Asche wurden 0,7343 Gramm Kieselsäure, 0,8524 Gramm Aluminiumoxyd und 0,0888 Gramm Kaliumoxyd gefunden.

Als zweiter Redner der Intransigenten ergreift jetzt Genosse Ratti das Wort, ein Mailänder Arbeiter. Seine Fraktion bliebe dabei, daß der Reformismus eine Entartung darstelle. Ja, da hätte Chiesa gestern über den Egoismus und die schlechten Eigenschaften der Arbeiter geklagt. Woran liegt es denn, daß in der so gepriesenen Provinz Genua solche Verhältnisse vorliegen? Das liegt an der Propaganda der Reformisten. Ihr habt Angst gehabt, den Sozialismus in den Gewerkschaften zu predigen. Und so habt Ihr den Arbeitern ihre früheren Ideale, religiöse und patriotische, genommen und habt ihnen nichts dafür gegeben. Früher waren die Wirkungen unserer Propaganda anders. Wo wir den Sozialismus propagierten, da sank die Zahl der Verbrechen und des Alkoholismus. Unsere Arbeiter waren die besten Arbeiter, was auch die reaktionärsten Unternehmer zugaben. Heute ist das nicht mehr. Heute muß der Unternehmer, um eine angemessene Arbeitsleistung zu erzielen, den Akkordlohn einführen, weil die Arbeiter lässig sind. Was wundert Ihr Euch über Eure Erziehungsresultate in Genua, wenn Ihr Eure stärkste Organisation, die der Kohlenverlader, zu einer Huldigung dem Könige gegenüber veranlaßt habt?

Redner führt dann aus, daß es die Arbeiter verwirren und irre machen müsse, wenn man in einem Orte Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien schließt, um sie an anderen Orten auf das schärfste zu bekämpfen.

Ihr, sagt Ratti zu den Reformisten gewendet, habt den revolutionären Syndikalismus geschaffen. (Zustimmung.) Eure Fraktion im Parlament ist der größte Agitator gegen den Parlamentarismus. Jetzt wollt Ihr mit den bürgerlichen Klassen zusammenarbeiten. Da kommen die Mittelschullehrer und werden Sozialisten, weil sie bei uns Vertretung ihrer Interessen finden. Allen Leuten soll unsere Partei die Hühneraugen kurieren.

Ueber den Generalstreik, meint Ratti, er habe einen wirklichen Generalstreik in Italien noch nicht gesehen. Das seien Protestistreiks, die jetzt an stelle anderer Demonstrationen getreten seien. Ein wirklicher Generalstreik, wie man ihn in Rußland gemacht habe, wiege aber an Wirksamkeit alle Einzelaktionen auf. Einen solchen Generalstreik müsse man propagieren, müsse das Proletariat lehren, daß er eine mächtige Waffe sei.

Wenn wir die Mitarbeit mit einem Ministerium annehmen, so decken wir mit unserer Verantwortung alle Regierungsakte, so stimmen wir auch für Heer- und Marinebudget. Wie soll da das Proletariat eine klare Vorstellung der Klassengegensätze behalten? Nichts hat den Sozialismus in Genf so auf den Hund gebracht, wie das Ministerium Thibaut.

Als Turati uns Arbeitern den Sozialismus lehrte, sagte er, daß keine Partei außer der sozialistischen die Interessen der Arbeiterklasse fördere. Ist das heute nicht mehr so? Wir werden weiter ausgebeutet und vergewaltigt, genau wie zuvor. Wir wollen wohl die Reformen, aber nicht die Mitarbeit an der Regierung. Auch die Reformen haben nur Wert, soweit ein klassenbewußtes Proletariat sie geltend zu machen versteht.

Ihr Reformisten werdet hier die Mehrheit haben, aber wir wollen es uns nicht nehmen lassen, die Fahne unserer Ueberzeugung zu entfalten, um die, wie wir fest vertrauen, die Partei sich wieder scharen wird, wenn Ihr den Weg Eures Experiments durchlaufen habt. (Beifall.)

Ehe die Mittagspause eintritt, teilt Costa mit, daß zwar gestern abend die Versuche einer Einigung zwischen Reformisten und Integralisten gescheitert seien, daß aber die beiden Tagesordnungen so große Verwandtschaft zeigten, daß die Unterzeichner beider sich wieder über eine mögliche Verschmelzung ins Einvernehmen setzen wollten.

Nachmittagssitzung.

Der Verschmelzungsversuch zwischen Reformisten und Integralisten ist nur zum Teil geglückt. Morgari will von einer reformistisch-integralistischen Kammerfraktion nichts wissen, während der größere Teil seiner Anhänger sich mit den Reformisten auf eine Tagesordnung geeinigt haben. Diese Tagesordnung, die auch an ungeheuerer Länge krankt, konstatiert zunächst, daß durch die Aktion der Integralisten die Partei eine schwere Periode inneren Zwistes überwunden hat. Dann werden als Leitsätze aufgestellt: Notwendigkeit mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen — Generalstreik nur annehmbar in den revolutionären Perioden — Ablehnung des revolutionären Syndikalismus in seiner Theorie und Praxis — Empfehlung für die Arbeiter in öffentlichen Diensten, nur im äußersten Notfalle zu streiken — Eindringen in alle Regierungsorgane, wenn auch ohne Eintritt in ein Ministerium — Autonomie der Wahlkreise, wobei die Unterstützung nichtsozialistischer Kandidaten die Ausnahme zu bilden hat — Reformprogramm für die Wahlen (im wesentlichen dasselbe wiederholt wiedergegebene), Verpflichtung für die Parlamentsfraktion, sich mit dem Parteivorstand in der Konföderation vor jeder wichtigen Entscheidung zu beraten.

Die Teilnahme an der Regierung ist also fallen gelassen worden. Die Wahlbündnisse werden nur als Ausnahmefälle geduldet.

Morgari, der seine Tagesordnung aufrecht erhält, um keine Konfusion aufkommen zu lassen, entwickelt die Leitsätze der Integralisten. Als er von den Syndikalisten spricht, sagt er, er müsse hier eine Parantheſe eröffnen. Er hätte einem Manne, einem Parteigenossen einmal die furchtbarste Beleidigung zugefügt, zufügen müssen, als er Enrico-Leone beschuldigt hätte, die syndikalistische Zeitung „Azione“ mit dem Gelde des Ministeriums zu unterhalten. Die Tatsache sei richtig gewesen, aber Leone habe davon nicht gewußt. Enrico Leone sei ebenso reinen Willens, wie er intelligent sei, aber er sei weltunerfahren wie ein Kind und habe deshalb als Werkzeug in anderen Händen gedient. Morgari wolle ihn hier öffentlich als Ehrenmann kennzeichnen, wie er ihn vor einem Jahre öffentlich gebrandmarkt habe. (Andauernder Beifall.)

Da Morgari sich dann weiter in eine Analyse des Integralismus versenkt, wird der Kongreß unruhig, und es werden Aufforderungen an den Präsidenten laut, Morgari das Wort zu entziehen. Gegenüber dieser Haltung der Reformisten verzichtet Morgari darauf, sein Referat zu beendigen. Er gibt nur noch vor der Abstimmung die folgende Erklärung ab: Wenn die Reformisten zu den Integralisten gekommen sind, so geben sie dadurch praktisch dem Integralismus recht; das sei eine Folge integralistischer Aktion. Trotzdem halte Redner seine Resolution aufrecht, weil er der integralistischen Aktion weiter eine Aufgabe in der Partei zuerkenne, während die mit den Reformisten verschmolzenen Integralisten diese Aufgabe für erfüllt halten. Sowohl die eine als die andere Tagesordnung sei aber integralistisch.

Unter größter Aufmerksamkeit beginnt um ½5 Uhr die namentliche Abstimmung, die bis 7 Uhr dauert. Es wird gleichzeitig über die Tagesordnung der reformistischen Integralisten, über die Morgaris und über die der Intransigenten abgestimmt, zu deren Gunsten Lazzari seine revolutionäre Tagesordnung zurückgezogen hat. Das Resultat, das bei dieser Konzentration der Rechten nicht zweifelhaft sein konnte, ist das folgende:

Auf dem Kongreß vertreten	33 681
Gestimmt haben	29 707
Für Morgari	5 384
Für die intransigente Resolution . . .	5 927
Für die reformistisch-intransigente . .	18 252

In einer um 9 Uhr zusammentretenden Abendsitzung wird der Kongreß den Chefredakteur des „Avanti“ und den Parteivorstand wählen, um dann seine Arbeiten zu beschließen. —

Der Nürnberger Parteitag in der Parteipresse.

IV.

„Volksblatt für Harburg.“

„. . . Unsere führenden Parteiblätter, welche den Ernst der Lage von Anfang an durchschauten und das organisierte Vorgehen der Süddeutschen, den Disziplinbruch, die verschiedenen Pronunziamentos, auf den Urgrund der Dinge zurückführten, haben recht behalten, und alle diejenigen Genossen, welche in diesen ernsten Tagen den Alarmruf ertönen ließen, der Klassenkampfcharakter der Partei ist in Gefahr, haben sich verdient gemacht. Ihnen gebührt Dank. Es war notwendig, das Gewissen der Partei aufzurufen und klar und rücksichtslos auszusprechen, was die Uhr in Nürnberg schlagen sollte. Sie hat nicht geschlagen. Die 258 Delegierten haben durch ihr Votum für die Vorstandsresolution bekundet, daß die Partei ihren alten Traditionen nicht untreu werden kann und darf bei Strafe der Selbstvernichtung und Versündigung an der historischen Mission des Proletariats.

Wir hoffen aber auch, daß jene andere Richtung, die sich Revisionismus nennt, den Willen der übergroßen Mehrheit der Partei nicht gering achtet; sie muß bedenken, daß sie es ist, die es verschuldet, wenn die Partei in Zukunft wieder derartig schweren Erschütterungen ausgesetzt wird.“

„Volksbote“ (Stettin).

„. . . Mit mehr als Zweidrittelmajorität hat der Parteitag den süddeutschen Abgeordneten und denen im Norden, die mit ihnen sympathisieren, durch Annahme der nunmehr wohl unmißverständlichen Resolution gezeigt, daß er keine Löcher ins Prinzip stoßen läßt, durch die dann das schmutzige Wasser aller möglichen Konzessionen eindringen kann. Wohl haben die Zurechtgesetzten mit einer Erklärung geantwortet, die man als Kriegserklärung auffassen kann, — wenn man will. Aber wir wollen das nicht. Mit derselben stoischen Ruhe, mit der der Parteitag die Erklärung anhörte und mit der der Präsident Singer sie ins Protokoll verwies, lassen auch wir sie an uns vorübergehen. Es war eine Rückzugskanonade, und die Genossen überm Main werden kaum daran denken, den Kampf wieder aufzunehmen. Nach zwei Jahren werden sie „aus eigener Entschließung“ dazu kommen, dem Klassenstaat, der auch im Süden sich immer mehr entschleiert, das Budget zu verweigern.

Einer ihrer Redner warf als geflügeltes Wort den Ausspruch von der Berlinischen Gefangenschaft des Parteivorstandes in die Debatte. Nun, — wenn von einer Gefangenschaft des Parteivorstandes die Rede sein könnte, so weniger von einer solchen seitens der Berliner radikalen Genossen, sondern viel eher einer solchen seitens der nichts weniger als radikalen Generalkommission der Gewerkschaften. So viel steht fest, daß der Vorstand sich der Anschauung der letzteren mehrfach in einer Weise genähert hat, die nicht die Billigung der Masse der Genossen im Reiche fand. Es ist ein Zeichen für unser gesundes Parteileben, daß wie die Genossen in ihren Einzelversammlungen auch der Parteitag nicht angestanden hat, seine entgegengesetzte Meinung dem Vorstande gegenüber aufrecht zu erhalten, — der Vereinbarung mit der Generalkommission über die Maifeier ist er nicht beigetreten und auch die gänzliche Vernichtung der Selbständigkeit der Jugendorganisationen hat er nicht gutgeheißen. Wohl hat der Parteitag sich nicht dazu aufschwingen können, den Jugendlichen diejenige Bewegungs- und Betätigungsfreiheit zu geben, die sie in dem angeblich so rückständigen Oesterreich besitzen, — aber wir wollen uns mit dem Erreichten zufrieden geben und die Korrektur, die vielleicht nötig, einer durch mehr praktische Erfahrungen gestützten Zukunft überlassen. . .“

„Königsberger Volkszeitung“:

„. . . Der Versuch der Revisionisten, sich für ihre Bestrebungen unumschränkten Spielraum zu verschaffen, ist gescheitert, gescheitert an dem unbeugsamen Willen der großen Mehrheit des Parteitages. Und es hat wenig für sich, daß von den 119 Delegierten, die gegen die Resolution des Parteivorstandes gestimmt haben, 66 Delegierte aus Bayern, Württemberg und Baden folgende Erklärung abgegeben haben (folgt der Wortlaut). Diese Ansicht kann man den Genossen nicht nehmen; in einer demokratischen Partei, wie der unsrigen, aber haben sie sich den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen, denn ohne Disziplin kann keine Partei auf die Dauer bestehen. Und wir glauben, die Süddeutschen werden sich fügen. Diese revisionistische Spielerei muß endlich einmal aufhören, da wir uns nicht gegenseitig, sondern die Feinde außerhalb unseres Lagers zu bekämpfen haben. . . .“

„Brandenburger Zeitung“:

„Es kann nicht bezweifelt werden, daß die langwierigen Nürnberger Debatten ihr gutes hatten. Trugen sie doch ganz erheblich zur Klärung prinzipieller und nicht bloß taktischer Fragen bei . . .

Gewiß hätte die Annahme der vermittelnden Resolution Frohme einen noch versöhnlicheren Ausklang herbeigeführt; stimmten doch fast sämtliche Gewerkschaftsbeamte und sogar auch der größte Teil der anwesenden Reichstagsfraktion gegen die nur mit Zweidrittelmehrheit angenommene schärfere Resolution des Parteivorstandes. Aber Verletzendes hat auch sie keineswegs an sich und sie macht es mit ihrer größeren, grundsätzlich ausgesprochenen Klarheit niemand unmöglich, sich zu prinzipieller und taktischer Einheitlichkeit mit der Parteimehrheit wieder zusammenzufinden. Eine gewisse persönliche Verbitterung, die schon auf der sonst würdevoll verlaufenen Nürnberger Tagung manchmal zu bedauerlichen Entgleisungen verführte und sich auch noch bei den zum Schluß vorgenommenen Wahlen zum Parteivorstand usw. dokumentierte, dürfte bald wieder verschwinden, so daß unsere süddeutschen Genossen, wenn sie in zwei Jahren vor der nächsten Budgetbewilligung stehen, die Sachlage ungetrübten Blickes vom Standpunkt rein sozialdemokratischer Politik überschauen werden. Zu welchem Resultat sie dann kommen müssen, kann nicht zweifelhaft sein.“

„Volksfreund“ (Braunschweig):

„. . . In Nürnberg hat der Revisionismus endlich einmal Farbe bekennen müssen. Alle Versuche, die Budgetbewilligungsfrage als einen vom Radikalismus heraufbeschworenen Parteikrakeel hinzustellen, sind gescheitert. Immer klarer enthüllte sich die Budgetbewilligung als wohlvorbereiteten stark verschwörungsartigen revisionistischen Vorstoß gegen den Klassenkampfcharakter der Partei. Dieser Vorstoß war im Grunde genommen nur von wenigen inszeniert. Die Masse der süddeutschen Genossen ist ebensowenig revisionistisch wie die der norddeutschen. Kein revisionistischer Gedanke hatte sie mobil gemacht — ein solcher macht überhaupt nichts mobil —, sondern die alte Abneigung des Süddeutschen gegen norddeutsche Wesensart, die trotz ihrer geschichtlichen Begründung nur zu oft in törichter Blindheit sich auf Dinge wirft, wo sie absolut nicht angebracht ist. In eine proletarische Partei paßt sie nun schon gar nicht hinein, aber sie ist nichtsdestoweniger nun einmal vorhanden und alles, was von ihr noch vorhanden war, stackerte in der Budgetbewilligungsfrage auf. Dazu kam die alt eingewurzelte Eifersucht auf die nordische Vorherrschaft, verbunden mit der künstlich gefachten Furcht vor einer möglichen Vergewaltigung. Partikularistischer Atavismus war es, der der revisionistischen Verschwörung die Massenfolie verschaffte.

Hoffentlich ist dieser Rückfall in Nürnberg endgültig überwunden worden. Der Parteitag hat den künftigen Budgetbewilligern einen Riegel vorgeschoben und sie nur dann noch als Ausnahme gestattet, wenn die Ablehnung des Budgets die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge hat. Der Lübecker Resolution ist damit jede Unklarheit genommen. Sophistische Deuteleien sind ausgeschlossen. Eine dem Nürnberger Parteibeschluß trotzende Budgetbewilligung kann nur noch als offener Disziplinbruch auftreten. Und vor einem solchen werden sich die Revisionisten schon hüten.“

„Volksstimme“ (Magdeburg):

„. . . Es ist die Vorstandsresolution angenommen worden, die die grundsätzliche Verweigerung des klassenstaatlichen Budgets fordert, aber wiederum Ausnahmen von der Regel zuläßt. Zwar soll die neue Resolution eine Beschränkung und Verschärfung des Lübecker Beschlusses darstellen, in Wirklichkeit aber wird sie nur die vorhandenen Gegensätze in der Partei verschärfen. Denn so sehr wir wünschen, daß die Erklärung der 66 süddeutschen Delegierten nur ein Vorbehalt gegenüber den Gegnern darstelle, so wahrscheinlich ist es doch, daß sie auch eine andere Deutung erhalten kann und daß die Süddeutschen nach wie vor die Entscheidung über die Budgetbewilligung für sich reservieren und daß infolgedessen die Diskussionen, die wir abgeschlossen glaubten, in Bälde wiederkehren werden. Ist es nun wünschenswert, daß die Partei einen Mehrheitsbeschluß schafft, von dem die betroffene Minderheit von vornherein erklärt, daß es ihr unmöglich sei, sich ihm zu fügen? Soll nicht unsere notwendige Parteidisziplin eine freiwillige und mögliche sein? Und kann man sie als freiwillige bezeichnen, wenn von vornherein betont wird: Ihr müßt euch dem Mehrheitsbeschluß unterwerfen, wenn ihr auch noch so viele materielle und intellektuelle Gründe dagegen ins Feld führt!? Wir glauben, daß man besser getan hätte, einen Ausweg zu suchen, der den Süddeutschen es möglich gemacht hätte, sich freiwillig den Beschlüssen des Parteitages zu unterwerfen. Hätten Parteivorstand und Kontrollkommission, bevor sie ihren Resolutionsentwurf dem Parteitag unterbreiteten, mit den süddeutschen Angeklagten Fühlung genommen, so wäre wahrscheinlich eine Fassung gefunden worden, die den Parteibeschluß zu einem einheitlichen, nicht zum Mehrheitsbeschluß gemacht hätte. Leider ist das verabsäumt worden, und nachträglich ließ sich der Schaden nicht mehr reparieren, trotzdem Bebel so versöhnlich wie nur möglich die Debatte eingeleitet hatte.

Was wird nun weiter geschehen? Wird die Spaltung über kurz oder lang eintreten, von der Genosse Hue vom Standpunkt der deutschen Gewerkschaften so eindringlich gewarnt hatte? Wir hoffen, daß es nicht geschieht. Es könnte die deutsche Sozialdemokratie trotz ihrer Stärke einen solchen Schlag kaum überwinden. Deshalb können wir nur dem dringenden Wunsche Ausdruck geben, daß die Budgetbewilligung sich so lange nicht wiederholt, als nicht in der Partei andere Anschauungen darüber Platz gegriffen haben. . . .“

„Volksblatt“ (Halle):

Th. schreibt in einem „Der Ausweg“ überschriebenen Artikel:

„. . . Was soll geschehen, wenn dem Nürnberger Beschluß zuwidergehandelt worden ist? Nur zwei Wege sind möglich. Entweder werden dann die Bewilliger aus der Partei ausgeschlossen, oder es wird der Nürnberger Beschluß geändert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine kämpfende Partei wie die unsere unter Umständen auch davor nicht zurückschrecken darf, einen Massenausschluß vorzunehmen. Fraglich ist nur, ob die Zustimmung zu einem Budget ein zwingender Grund wäre, eine solche Katastrophe herbeizuführen. Es dürfte nicht allzu viele Parteigenossen geben, die das im Ernstfalle bejahen möchten, und trotz der Zweidrittelmehrheit, die sich in Nürnberg für Annahme der Parteivorstandsresolution entschieden hat, wäre es selbst in Nürnberg sehr fraglich gewesen, ob sich eine Mehrheit für den Ausschluß der Süddeutschen gefunden hätte. Als Segitz seine Erklärung verlas, hatte jeder Anwesende die Empfindung, daß die Erklärung die feste Absicht kundgab, gelegentlich dem soeben gefaßten Beschlusse entgegenzuhandeln. . . . Hätte Singer gefragt, ob damit gemeint sei, die Unterzeichner der Erklärung würden auch in anderen Fällen als in dem einen von der Parteivorstandsresolution vorgesehenen Ausnahmefalle für das Budget stimmen, so wäre ein glattes Ja die zweifellose Antwort gewesen. Die Frage ist nicht gestellt worden, obwohl sie auf allen Lippen schwebte. Jeder scheute eben vor der Verantwortung zurück, die sofortige Katastrophe heraufzubeschwören. Und diese Scheu war doch nur darauf zurückzuführen daß auch dem strengsten Budgetverweigerer innerliche Zweifel aufstiegen, ob denn diese Frage so ungeheuer wichtig sei, daß um ihretwillen die Partei zerrissen werden dürfe.

Ist aber bereits in Nürnberg keine Neigung vorhanden gewesen, die Budgetfrage zum Ausgangspunkte einer Parteispaltung zu machen, so wird das auf späteren Parteitagen noch weniger der Fall sein. Andererseits besteht nicht die mindeste Aussicht, daß die Süddeutschen ihren Standpunkt aufgeben werden. Die Lösung des Konflikts wird deshalb nur auf dem zweiten möglichen Wege eintreten können, also auf dem, daß der Nürnberger Beschluß einmal geändert werden wird. Das kann ohne jede Aufgabe eines Prinzips geschehen. Den schroffen Klassencharakter des Staates leugnet keiner der Budgetbewilliger; jeder derselben will und wird „normalerweise“, wie die Lübecker Resolution besagt, dem Staat das Budget verweigern. Der Zwiespalt beruht nur darin, daß die Süddeutschen mehr Ausnahmefälle, in denen die Zustimmung zum Budget zulässig sein soll, anerkannt wissen wollen.

Im Grunde wird es sich mithin immer wieder darum handeln, ob die Ablehnung des Budgets eine prinzipielle Forderung oder eine taktische Maßnahme ist. Die Parteitagsmehrheit in Nürnberg hat die Budgetfrage als eine prinzipielle aufgefaßt. Da sie jedoch selbst Ausnahmen zuläßt, ein Prinzip dagegen keine Ausnahmen kennen darf, so hat auch Nürnberg bereits unter der Hand anerkannt, daß es sich in letzter Linie bei der Budgetfrage gar nicht um ein feststehendes Prinzip, sondern um eine taktische Maßnahme handelt. Und es bedarf keines großen Seherblickes, um schon heute vorauszusagen, daß die schließliche Beilegung des Konflikts erfolgen wird, indem die Budgetfrage als taktische, nicht als grundsätzliche Frage erörtert und entschieden wird.“

Dem Artikel Th.s ist folgende Erklärung angehängt:

Die unterzeichneten Mitglieder der Redaktion erklären, daß sie im Gegensatz zu Kollegen Thiele in der Frage der Budgetbewilligung ohne jede Einschränkung der Nürnberger Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zustimmen, wie sie bisher völlig auf dem Boden der gleichen Resolutionen der Parteitage von Lübeck und Dresden gestanden haben.

Halle, den 23. September 1908.

Ernst Däumig. Oskar Fröhlich.

Aus der Partei.

Der Parteitag in den Organisationen.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Weimar, die sich mit der Berichterstattung vom Parteitage in Nürnberg beschäftigte, nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie sich mit sämtlichen Beschlüssen des Parteitages, besonders soweit sie die taktische und prinzipielle Haltung der Partei betreffen, einverstanden erklärte. Mit besonderer Genugtuung begrüßte es die stark besuchte Versammlung, daß in der Frage der Budgetbewilligung mit so starker Mehrheit ein Beschluß gefaßt wurde, der der Partei ihren Charakter als Kampfpartei gegenüber dem Klassenstaat und der bürgerlichen Gesellschaft in der Aera der Blockverbrüderung scharf zum Ausdruck gebracht hat. — Gleichzeitig empfiehlt die Versammlung, bei Abänderung des Organisationsstatuts darauf bedacht zu sein, fortgesetzten Disziplinbruch als Grund zum Ausschluß aus der Partei ins Organisationsstatut einzufügen.

In einer stark besuchten Parteiversammlung der Genossen von Leipzig-Stadt und Leipzig-Land referierten die Genossen Schöpflin und Seger. Letzterer, der die Budgetfrage behandelte, nahm schroff gegen die Budgetbewilliger Stellung und tadelte besonders auch, daß Gewerkschaftsführer der Meinung der süddeutschen Parlamentarier, sie könnten sich der Parteivorstandsresolution nicht unterwerfen, das Wort geredet haben. Gewerkschaftsführer, die doch wissen sollten, daß vor allem Einheit in der Bewegung nötig ist, wenn etwas erreicht werden soll. (Wiederholte Pfuirufe.)

Der Redner schloß unter stürmischem Beifall.

In der Diskussion bezeichnete Genosse Grenz die Erklärung der 66 als eine offene Kriegserklärung. (Lebhafte Zustimmung.) **Wenn die „Leipziger Volkszeitung" bisher immer gesagt habe, was ist — und daran habe er stets seine Freude gehabt —, so habe sie es diesmal bei der Segitzschen Erklärung nicht getan.** Seit Dresden hätten die Revisionisten Fortschritte gemacht. Dort hätten sie ihre Anschauung dargelegt und ihre revisionistische Aushöhlungspraxis propagiert. Ihre Theorie von der Aushöhlung wenden sie aber nicht auf die bürgerliche Gesellschaft, sondern auf die Partei an. (Stürmisches Sehr richtig!) Er verstehe nicht, wie man nach der Segitzschen Erklärung diesen noch in die Organisationskommission und Timm in die Kontrollo.-mission wählen konnte. Man könne gewiß tolerant sein, aber wenn man gegen die von links so rücksichtslos vorgehe, so müsse man das um so rücksichtsloser nach rechts tun. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Müller-Stünz moniert, daß Singer als Vorsitzender des Parteitages die Erklärung der 66 nur zur Kenntnis genommen habe. Der Stank werde auf Grund der Erklärung von Segitz nicht aufhören. Vor vierzig Jahren habe in Nürnberg die Arbeiterschaft sich vom Bürgertum getrennt, da hätten sich nun in Nürnberg die Revisionisten von der Sozialdemokratie trennen können. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Lensch sagte unter anderem: „Die Differenz in der Budgetfrage scheine ihm aus der Ueberschätzung des Parlamentarismus hervorzugehen, die in Süddeutschland grassiere. Diese Ueberschätzung sei ein Zeichen dafür, daß die wirklichen Wurzeln unserer Kraft, die Arbeiterorganisationen, noch viel zu schwach seien. Und es sei daher völlig logisch, daß diese Ueberschätzung des Parlamentarismus dort am stärksten sei, wo die Organisationen am schwächsten seien, nämlich in Süddeutschland. Man suche eben das, was den Organisationen noch an Kraft fehle, durch Entgegenkommen in den Parlamenten zu ersetzen. So komme man ganz von selber auf die schiefe Ebene. Diese Ueberschätzung des Parlamentarismus führe notwendigerweise zur Ueberschätzung der Parlamentarier. In Nürnberg kam es ganz offen zum Ausdruck: man kann auf Parteitagsbeschlüsse pfeifen, man kann die Disziplin brechen, man kann alle Grundanschauungen der Partei in den Schmutz treten! Das macht nichts! Spricht man aber mal ein Wort gegen die Personen, gegen die heiligen „Führer", dann dreimal wehe! ... Nun sei ihm zu seiner großen Freude zum erstenmal in seinem Leben der Vorwurf gemacht worden, die Haltung der „Leipziger Volkszeitung" sei zu schlapp. Das sei der Punkt auf das i seiner Ausführungen in Nürnberg, wo man über eine schlappe Haltung der Zeitung nicht gerade Klage geführt habe. (Heiterkeit.) Immerhin müsse er dem Genossen Grenz entgegentreten. Ueber den Sinn der Erklärung Segitz sei man sich in Nürnberg keineswegs so einig gewesen, wie hier sich Grenz darüber einig sei. Es sei noch die Frage, ob sich die organisierten Parteigenossen hinter die 66 Deklaranten stellen würden. Auf einige erregte Worte in einigen süddeutschen Parteiblättern jetzt sofort wieder mit aller Vehemenz vom Leder zu ziehen, nachdem soeben erst der Parteitag den Revisionisten eine neue schwere Niederlage bereitet, halte er für falsch. Erst könne man in Ruhe abwarten, ob diesen Worten auch Taten folgen würden. (Zustimmung.) Dann sei es immer noch Zeit zum Einschreiten. Der Genosse Grenz könne sich darauf verlassen, daß die „Leipziger Volkszeitung" auch in Zukunft aussprechen werde, was ist, wie man es von ihr gewohnt sei, und eine Abschwächung ihrer Haltung nach rechts sei bei ihr am allerwenigsten zu befürchten. Gehen die süddeutschen Genossen von Worten zu Taten über, vollziehen sie den Disziplinbruch, so wird nicht nur die „Leipziger Volkszeitung", so wird auch die übrige Parteipresse, so wird die Gesamtpartei wissen, was sie zu tun hat. (Beifall.)

Die Genossen Geyer und Lipinski sprachen im selben Sinne.

Vom Vorsitzenden, Genossen Scheib, wurde zum Schluß an die Versammlung die Frage gerichtet, ob sie sich mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden erkläre. Das geschah **einstimmig.** Mit einem brausenden Hoch auf die einige deutsche Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Aus den Organisationen.

Die Parteiorganisation in Wandsbeck (8. schleswig-holsteinischer Wahlkreis) hat, wie in der am Dienstag stattgehabten Generalversammlung konstatiert wurde, im vergangenen Geschäftsjahre einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Juli d. J. 1853, die sich inzwischen durch den Uebertritt der Frauen um 257 vermehrt hat, die sämtlich die „Gleichheit" lesen. Das „Hamburger Echo" hat in Wandsbeck 1651 Abonnenten. Der Verein erzielte eine Einnahme von 12838 M., wovon 5281 M. an die Wahlkreiskasse abgeführt wurden, während am Orte ein Kassenbestand von 4000 M. vorhanden ist.

Eine Ente. Das „Herold"-Depeschenbureau teilt uns zu der gestern von uns wiedergegebenen Notiz der „Münchener Post" mit der obigen Spitzmarke mit, daß die darin dementierte Meldung am letzten Montag in mehreren Berliner Morgenblättern gestanden hat und vom „Herold"-Depeschenbureau aus der „Welt am Montag" unter Angabe der Quelle verbreitet worden ist. Es hatte keinen Grund, an der Richtigkeit dieser Nachricht zu zweifeln und hat bei der Weitergabe in gutem Glauben gehandelt. Hätte es vermuten können, daß die Nachricht falsch ist, dann hätte es sie nicht verwendet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Renkiers Rawengel, der bei der Landtagswahl als Wahlvorsteher in einem Stettiner Urwahlbezirk fungierte und sich in dieser Eigenschaft ganz ungehörige Beschimpfungen der Sozialdemokratie erlaubt hatte, wurde am Mittwoch vom Schöffengericht zu Stettin Genosse Mehlich vom „Volksboten" zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte das Verhalten des Herrn einer scharfen Kritik unterzogen.

Aus Industrie und Handel.

Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat.

Der rechnungsmäßige Absatz betrug im August bei 26 (im gleichen Monat des Vorjahres 27) Arbeitstagen 5 825 280 (Vorjahr 6 197 859) Tonnen oder arbeitstäglich 224 049 (Vorjahr 229 550) Tonnen. Von der Beteiligung, die sich im August auf 6 696 245 (Vorjahr 6 856 821) Tonnen beziffert, sind demnach 86,99 Proz. (90,39 Proz.) abgesetzt worden. Der Versand einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Hüttenzechen an die eigenen Hüttenwerke betrug an Kohlen bei 26 (Vorjahr 27) Arbeitstagen 4 992 287 (Vorjahr 4 887 699) Tonnen oder arbeitstäglich 192 011 (Vorjahr 181 026) Tonnen; von Koks bei 31 (Vorjahr 31) Arbeitstagen 1 029 423 (Vorjahr 1 336 541) Tonnen oder arbeitstäglich 33 207 (Vorjahr 43 114) Tonnen; an Briketts bei 26 (Vorjahr 27) Arbeitstagen 271 696 (Vorjahr 268 822) Tonnen oder arbeitstäglich 10 450 (Vorjahr 9956) Tonnen. Hiervon gingen für Rechnung des Syndikats an Kohlen 4 310 382 (Vorjahr 4 228 822) Tonnen oder arbeitstäglich 165 784 (Vorjahr 156 623) Tonnen; an Koks 787 678 (Vorjahr 1 132 015) Tonnen oder arbeitstäglich 25 409 (Vorjahr 36 518) Tonnen; an Briketts 265 391 (Vorjahr 264 263) Tonnen oder arbeitstäglich 10 207 (Vorjahr 9788) Tonnen. Die Förderung stellte sich insgesamt auf 7 058 903 (Vorjahr 7 198 858) Tonnen oder arbeitstäglich auf 271 496 (Vorjahr 266 264) Tonnen.

Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz von 86,99 Proz. der Beteiligung ist gegen den Vormonat um 1,69 Proz. gestiegen, gegen den Monat August vorigen Jahres aber trotz der erheblichen Zunahme des Kohlenverbandes um 2,40 Proz. zurückgegangen. Der Grund dieser Erscheinung liegt in dem erheblichen Ausfall von Koks. Der auf die Koksbeteiligung erreichte Absatz stellt sich auf 66,84 Proz. Durch diesen schwachen Koksversand ist eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der in den Zechen lagernden Bestände eingetreten. Die in früheren Berichten wiederholt erwähnten Schwierigkeiten, welche infolge der eingetretenen Verschiebungen in den von den Zechen dem Kohlensyndikat gelieferten Kohlensorten erwachsen sind, haben sich auch in dem Berichtsmonat geltend gemacht. In Feinkohlen gingen die Lieferungen über den Bedarf hinaus, so daß das Syndikat genötigt war, die überschüssigen Mengen zu lagern.

In der Zechenbesitzerversammlung wurde beschlossen, die Beteiligungsanteile in Kohlen, Koks und Briketts für Oktober d. J. in der bisherigen Höhe bestehen zu lassen, also für Kohlen auf 87,5 Proz. für Briketts auf 96 Proz. und für Koks auf 60 Proz.

Fleischteuerung und Steuerpolitik.

Das letzte Heft des „Reichs-Arbeitsblatts" bringt eine Aufrechnung über Fleischpreise und Fleischverbrauch. Danach ergeben sich folgende vergleichende Uebersichten. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, entfallen auf den Kopf der Bevölkerung:

	I. Vierteljahr				II. Vierteljahr			
	1905	1906	1907	1908	1905	1906	1907	1908
Fleisch von	Kilogramm							
Ochsen . .	0,78	0,82	0,75	0,78	0,79	0,82	0,72	0,78
Bullen . .	0,58	0,53	0,49	0,53	0,64	0,62	0,60	0,60
Kühen . .	1,65	1,69	1,53	1,62	1,62	1,54	1,45	1,49
Jungrindern	0,57	0,64	0,55	0,63	0,66	0,67	0,61	0,69
Kälbern . .	0,75	0,69	0,68	0,74	0,88	0,82	0,77	0,80
Schafen . .	0,17	0,18	0,16	0,16	0,18	0,17	0,15	1,15
Schweinen .	5,55	4,52	5,62	6,01	4,43	4,15	5,10	5,03
Ziegen . .	0,03	0,03	0,03	0,03	0,04	0,04	0,05	0,05
Pferden . .	0,14	0,17	0,14	0,14	0,11	0,11	0,10	0,10
Insgesammt	10,22	9,27	9,95	10,59	9,35	8,92	9,49	9,73

Demnach hätte sich der Gesamtverbrauch etwas gehoben; bei Ochsenfleisch zeigt sich ein Rückgang. Zu bemerken ist, daß hier nur das gewerblich geschlachtete Vieh berücksichtigt ist. Die Preise für Schweine sind im letzten Jahre gestiegen, bei den übrigen Fleischsorten ergeben sich Rückgänge. Bringt man aber die letzten Preise zu denen des Jahres 1904 in Vergleich, dann gewinnt man folgendes Bild. Es kostete im Durchschnitt Januar—Juni ein Doppelzentner (Schlachtgewicht):

	Rindfleisch			Schweinefleisch		
	1904	1908	in 1908 Zunahme	1904	1908	in 1908 Zunahme
In	Mark	Mark	in Proz.	Mark	Mark	in Proz.
Berlin . . .	128,6	137,6	7,0	91,8	108,0	17,6
Hamburg . .	132,3	143,2	8,2	94,3	110,6	17,2
Bremen . . .	131,5	140,7	7,0	96,6	108,9	12,7
Hannover . .	136,8	148,2	8,3	94,7	114,6	21,0
Frankfurt a. M.	131,4	142,9	8,7	103,4	119,6	15,6
Dresden . . .	129,6	147,5	14,6	99,0	117,1	18,2
Mannheim . .	142,2	160,1	12,6	101,6	119,4	17,5
Straßburg . .	137,8	155,6	12,9	106,0	124,1	17,7

Die Preissteigerungen differieren nach den verschiedenen Orten ganz enorm. Berlin steht mit der Erhöhung bei Rindfleisch gleich Bremen am günstigsten, bezüglich der Schweinepreise hat die Reichshauptstadt nur Dresden und Hannover vor sich, wo die Steigerung $^1/_2$ resp. $2^1/_2$ Proz. mehr ausmacht. Eine Familie, die im Jahre 1905 täglich für 60 Pf. Schweinefleisch konsumierte, muß im laufenden Jahre, wenn sie das gleiche Quantum wie damals kaufen will, mindestens 33 M. mehr allein für Fleisch aufwenden. Diese Summe kommt nämlich heraus, wenn man mit einer Verteuerung von nur 15 Proz. rechnet. Und bei einem Tageskonsum von ungefähr $^3/_4$ Pfund Schweinefleisch für vier bis fünf Personen kann doch niemand von luxuriöser Lebenshaltung sprechen. Damit dem Ueppigwerden der Arbeiter aber noch besser vorgebaut werde, sollen sie in der Hauptsache auch noch die zirka 500 Millionen Mark neuer Steuern aufbringen, die erforderlich sind, um den Reichsdalles in etwas aufzuhalten. Die Junker können dann geschont werden, so daß sie, ungestört von der lästigen Steuerpflicht, der Millionenbeute sich erfreuen. Wie lange wird die große Masse es sich noch gefallen lassen, lediglich als Objekt der Plünderfucht der Agrarier und der Steuererpressung der bürgerlichen Parteien zu dienen?

Gegen die Elektrizitätssteuer.

Die Handels- und Gewerbekammer in München hat in der Frage der Elektrizitätsbesteuerung eine Resolution gefaßt, die auch der bayerischen Regierung unterbreitet werden soll, mit dem Ersuchen, dem Standpunkt der Kammer beizutreten. In der Entschließung heißt es:

„Die elektrische Energie eignet sich weder in der Form eines Monopols, noch einer aufzuerlegenden Abgabe als Steuerquelle. Beide müßten Industrie und Gewerbe schwer schädigen, indem die Erzeugung und der Vertrieb von elektrischer Energie — in Form von Licht, Kraft und Wärme — wie auch die Bereitstellung von Rohmaterialien und die Erzeugung von Produkten aller Art mittels Elektrizität erheblich verteuert würden.

Es erscheint daher als dringliche Aufgabe der Staatsregierung, der Einführung eines Elektrizitätsmonopols oder einer Elektrizitätssteuer aufs nachdrücklichste im Bundesrate und den Parlamenten entgegen zu arbeiten."

In der Frage der Besteuerung sind wir mit der Kammer einer Meinung und hoffen, daß die Steuerpläne im Lande energischen Widerstand finden.

Zur Hüttenzechenfrage. Das Reichsgericht hat in dem Prozeß des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats gegen die Phönix A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb wegen des Steinkohlenbergwerks „Nordstern" in der Hüttenzechenfrage gestern das Urteil des Oberlandesgerichts Hamm aufgehoben und die vom Kohlensyndikate gegen das Urteil des Landgerichts Essen eingelegte Berufung zurückgewiesen. Damit ist in letzter Instanz die Klage des Kohlensyndikats, wonach „Nordstern" auch nach dem Uebergange an Phönix seine ganze Förderung an das Syndikat abzugeben habe, abgewiesen worden.

Halbzeugpreise. Der Stahlverband hat die Preise für Formeisen und Halbzeug für das 4. Quartal unverändert gelassen. In den interessierten Kreisen hatte man mit einer Ermäßigung von zirka 5 M. gerechnet.

Aus der Schutzzolldiskussion.

In einem Artikel, der sich mit dem Londoner Freihandelskongreß beschäftigte, schrieb die schutzzöllnerische „Times": Die fremden Delegierten haben nicht sehen müssen, wie der Boden ihres Landes unbebaut geblieben ist infolge des Freihandels; sie haben nicht erfahren, wie ihre Industrie durch feindliche Tarife behindert wurde, sie brauchten nicht zu sehen, wie ihre heimischen Märkte mit den Herkünften der Schutzzolländer überschwemmt wurden, sie sahen im Gegenteil, wie sie zum mindesten teilweise den englischen Waren verschlossen worden sind.

Die in diesen Sätzen enthaltenen Behauptungen unterzieht H. James Robinson in einer Zuschrift an den „Economist" einer kritischen Betrachtung und stellt fest, daß in England das Land unter dem Pflug in 1906, dem ersten Jahre, für das Ziffern vorliegen, 44 081 673 Acres umfaßte, 1906 waren es 47 195 879 Acres, trotzdem daß in der Zwischenzeit beträchtliche Areale aus der landwirtschaftlichen in die industrielle Benutzung übergegangen sind.

Was die Einschränkung des englischen Exports angeht, so knüpft Robinson an die Klagen an, die Chamberlain 1903 über den Rückgang der Ausfuhr vorbrachte, und konstatiert das Wachstum der Ausfuhr in der Zeit von 1902—1907. Sie stieg nach dem Werte:

nach Deutschland	um	81 Proz.
„ den Vereinigten Staaten .	„	30 „
„ Frankreich	„	50 „
„ Argentinien	„	202 „
„ Italien	„	90 „
„ Holland	„	65 „
„ Belgien	„	53 „
„ Japan	„	138 „
„ China	„	60 „
„ Schweden und Norwegen .	„	57 „
„ Rußland	„	20 „
„ Brasilien	„	90 „

Die Zahlen, bemerkt dazu die Korrespondenz des „Handelsvertragsverein", sind auch für die deutschen Protektionisten rechts und links sehr lehrreich.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstmädchen„freude" bei Geheimrats.

Eine vor einiger Zeit vor dem Göttinger Schöffengericht stattgefundene Verhandlung gewährte einen Blick in das Verhältnis zwischen Dienstboten und Geheimrätin. Sie gab zugleich Kenntnis von der Lebensweise, in der sich Dienstmädchen nach Ansicht der Herrschaft wohlfühlen sollen. Zwei Dienstmädchen, die kaum drei Wochen im Dienste eines Göttinger Professors waren, verließen die „verlockende" Brotstelle und erhielten deshalb Strafmandate von je zehn Mark. Die Mädchen erhoben Widerspruch und in der gerichtlichen Verhandlung stellte sich heraus, daß von einem unberechtigten Verlassen des Dienstes keine Rede sein konnte. Behandlung und Essen spotteten aller Beschreibung. Die Mädchen erklärten, daß sie einmal im Essen Würmer gefunden hätten. Ein andermal fanden sie in gekochten Eiern, die zur Mahlzeit dienen sollten, angebrütete Küken. Die bei der Frau Professor und Geheimrätin erhobenen Beschwerden wurden kurzerhand abgewiesen. Nach anstrengender Arbeit erhielten die Mädchen „Pellkartoffeln und Senf". Dazu gab es Püffe und Knüffe. Die gnädige Frau Geheimrätin konnte es mit ihrer „Bildung" vereinbaren, die Dienstmädchen zu schlagen und sie gegen die Küchentür zu werfen. Auch der Herr des Hauses, der Professor, drohte die Mädchen zu „verhauen". Das Gericht hielt die den Mädchen widerfahrene Behandlung nicht für ausreichend, um das sofortige Verlassen des Dienstes als gerechtfertigt anzuerkennen. Ja es ging noch über den Antrag des Anklagevertreters, der es bei der festgesetzten Höhe des Strafmandats bewenden lassen wollte, hinaus und belegte die Mädchen mit einer Geldstrafe von 20 M.

Wir verstehen es wirklich, daß die Junker und andere Dienstbotenausnutzer die Gesindeordnungen als einen herrlichen Teil — ihrer göttlichen Weltordnung verteidigen.

Gehorsam und Handkuß für die prügelnde Freifrau.

Die „Berner Tagwacht" ist in der Lage zwei reizende Briefe aus der Feder einer geadelten Dame zu veröffentlichen. Ein Fräulein in Bern suchte durch Annonce eine Stelle als Kammerjungfer und erhielt darauf folgende Offerte:

Zürich, 27. August 1908.

Tit.!

Auf der Durchreise hier liest die gnädige Frau Ihr Inserat und befahl mir, zu schreiben. Die gnädige Frau sucht eine Kammerzofe, die perfekt im Ankleiden, Frisieren und Manicure usw. ist. Sie hätte die Herrin ganz anzukleiden inklusive Anstreifen der Handschuhe und geschickt dabei zu sein. Die gnädige Frau ist etwas nervös, wenn bei schlechter Laune, kommt es ihr auf einen Backenstreich nicht an und verlangt ehrerbietigen Gehorsam und Handkuß.

Die gnädige Frau befahl mir, dies zu schreiben, daß Sie sich klar sind, ob Sie die Stelle annehmen wollen und auch fähig sind dazu.

Der Lohn beträgt 75 Mark per Monat, das sind 94 Fr. und alles frei (Kleider, Wäsche usw. sind zu Lasten der Herrin). Wenn Sie auf die Stelle reflektieren, schreiben Sie sofort eine ausführliche Offerte (wann Sie kommen können, wo Sie gedient haben, wie alt, wie Sie in früheren Stellungen beschäftigt waren usw.) Richten Sie solche direkt an die gnädige Frau (resp. den gnädigen Herrn), und mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die Gnädige streng auf Ehrerbietung und Unterordnung hält.

Schreiben Sie sofort, da wir bald abreisen.

Mit Gruß

J. K., Gesellschafterin bei Frau von Fouseck.

Adresse: Herr J. v. Fouseck, bahnpostlagernd, Zürich.

Unerhört zu sagen, das stellesuchende Fräulein war unbotmäßig genug, die Stellung auszuschlagen, ja sie wagte es in ihrem Antwortschreiben, der handkußheischenden „Gnädigen" zu erklären, daß eine solche Dame ihr nicht wohlerzogen genug sei. Darauf erhielt die Stellesuchende ein zweites Schreiben:

Zürich, 31. August 1908.

Wer abhängig ist, soll sich nie Frechheiten erlauben; die Strafe bleibt nicht aus. Ich erhalte eben vom dortigen Detektivbureau, das ich beauftragt, zu recherchieren, deine Adresse und werde nächster Tage in Bern sein. Die von dir so geschmähten Backenstreiche wirst du, freches Ding, wo du auch seist, erhalten, und zwar ergiebig. Deine nächste Stelle, das sei versichert, wo es auch sei, wird mir Gelegenheit geben, dir klar zu machen, wie man sich einer Herrin gegenüber benimmt.

Mein Handschuh (beileibe nicht die Hand) und deine Bäckchen werden sich kennen lernen, und dankbar wirst du die Hand mir küssen — weil du mußt.

Sei vorsichtig, wenn du dich in Händen gibst, aber nützen wird es dir nichts. E. v. F.

Das Original dieses edeldämlichen Schreibens liegt auf der Redaktion der „Berner Tagwacht". Wir wissen zwar nicht, welche Nation die Ehre hat, diese Edelste zu ihren „Besten" zu zählen, aber nach dem Briefe zu urteilen könnte die Wiege dieser Dame recht wohl in den Gefilden Ostelbiens gestanden haben.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Jugendabteilung Sonntag, den 27. September, 5½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15: Vortrag. Frau Zepler, „Ibsen". Nachdem geselliges Beisammensein.

Montag, den 5. Oktober: Versammlung im Deutschen Hof, Lackauer Straße 15. Vortrag Frau Wetzl: „Kinderschutz". Gäste willkommen.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft flau. Preise unverändert, für Schweinefleisch anziehend. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, fast über Bedarf, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise schwankend. Fische: Zufuhr reichlicher, Geschäft etwas belebter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft flau. Preise fast unverändert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 25. September.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Siegfried. Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Clavigo. Torgauer Heide.
Deutsches. Ein Sommernachtstraum.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen.
Lessing. Rosmersholm.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Mercadet.
Neues. Wahrheit.
Neues Schauspielhaus. Faust. I. Teil. Anfang 7 Uhr.
Kleines. 2×2=5.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Das Glück der andern.
Hebbel. Der Liebhaber.
Westen. Ein Walzertraum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Julius Cäsar.
Schiller Charlottenburg. Ein Teufelskerl.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Großmama.
Thalia. Das Mitternachtsmädchen.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Lortzing. Zaza.
Luisen. Helga.
Bernhard Rose. Der Theaterteufel.
Apollo. Trilby und Svengali. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Gebrüder Herrnfeld. Das kommt davon. Vorher: Es lebe das Nachtleben.
Passage. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Kasino. Familie August Knoche. Spezialitäten.
Folies-Caprice. Die Brautschau. Die lästige Witwe.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Feine Sache! Ausgezeichnet! Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Montblanc.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.

Wahrheit.
Lustspiel in 4 Akten von Clyde Fitch.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend und folgende Tage: Wahrheit.

Theater des Westens.

Alltäglich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3½ Uhr, zu halben Preisen: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Freitag, 25. September, Anf. 8 Uhr:
Großmama.
Sonnabend: Im weißen Rößl.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der gehörnte Siegfried. Siegfrieds Tod.
Sonntag 8 Uhr: Im weißen Rößl.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Mercadet.
Morgen: **Der Traum ein Leben.**

Hebbel-Theater.

Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Der Liebhaber.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Lortzing-Theater

Belle-Alliancestraße 7/8.
Heute 8 Uhr:
Possenspiel **Hedwig Lange.**
Zaza.
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Madame Bonivard.**

Residenz-Theater.

Direktion: **Richard Alexander.** —
Abends 8 Uhr:
Das Glück der andern.
Lustspiel in 4 Akten von Francis de Croisset. Deutsch v. Franz Schreiber.
Georg Cartier: Richard Alexander.
Morgen und folgende Tage: **Das Glück der andern.**
Sonntag, 27. September, nachm. 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Der Montblanc.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Helga.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Rübezahl. Abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Anna Liese. Abends: Ausgewiesen.
Montag: Flachsmann als Erzieher.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurter Str. 132.
Der Theaterteufel
Berliner Volksstück in vier Akten von Oskar Wagner.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Sonnabend und folgende Tage: Der Theaterteufel.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Aschenbrödel.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Kabale und Liebe.

Metropol-Theater

Zum 25. Male:
Donnerwetter tadellos!
Große Jahresrevue in einem Vorspiel u. 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Richard Schultz. Die Tänze einstudiert v. Ballettmeister Louis Gundlach.
Massary – Perry
Holden – Bender
Giampietro – Kettner
Pfann – Thielscher
Anf. 8 Uhr. — Rauchen gestattet.
Sonntag, 27. September, präz. 3 Uhr nachm.
zu Gunsten der beim Brande von
Donaueschingen
geschädigten Einwohner.
In der Originalbesetzung:
Donnerwetter–tadellos!

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Na endlich!
Pariser Extravagana mit
Paulette van Roy
und das kolossale
Eröffnungsprogramm
14 erstklassige Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bhf. Börse.
Täglich 8 Uhr. Galerie 30 Pf.
Der
glänzende September-Spielplan!!
12 Attraktionen 12. U. a.:
The 5 Rahnes
Les Myosotis
Alcide u. Alberti
Der Seekadett.
Singspiel in 2 Akten.
Familienkarten, wochentags z. halbem Kassenpreis gültig, überall gratis!

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespeare.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Stein unter Steinen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Julius Cäsar.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Historische Komödie in 3 Akten von Bernard Shaw.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Götz von Berlichingen.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Stiftungsfest.

Berliner Eis-Palast

Lutherstr. 22/24. **Permanente Eisbahn.**
(Täglich bis 1. Mai 1909) von morgens 10 Uhr bis nachts 12 Uhr geöffnet. — Täglich von 12 Uhr ab **Großes Konzert.** Allabendlich 9 u. 10 Uhr: Reigen, Quadrillen, Kunstlauf. v. erst. Kunstläufern u. Läuferinnen.

Brauerei Friedrichshain

früher Lipps, am Königstor.
Oekonom: **Ernst Liebing.**
Heute:
Bayerisches Keller-Fest
Fronten-Feuerwerk.
Anfang 6 Uhr. Entree 25 Pf.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:
Das bedeutende Attraktions-Programm. 8¼:
Trilby und Svengali?
Kunst und Mysterium.
9¼: **Vera Violetta.**
10¼:
Paul Spadoni
der König der Kraftjongleure.

Wintergarten

Eröffnungs-Programm.
Von
Publikum u. Presse
glänzend beurteilt.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Sonntag, den 27. September 1908:
Zum 8. Male:
Alt-Heidelberg.
Schauspiel in 5 Akten v. Meyer-Förster.
Anfang 7½ Uhr.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Olll. Brunnenstr. 16.
Die Räuber.
Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig!
Sonnabend Premiere: **Die alte Geschichte,** der Roman einer Choristin.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47-49.
Dir. Adolf Behle u. Hans Reitz-Enf.
Heute Freitag, den 25. September:
„Was ihr wollt."
Lustspiel in 6 Akten v. W. Shakespeare.
Zur Zeit Repertoirstück des Deutschen Theaters in Berlin. 17565
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57
Nur noch bis Mittwoch den 30. September:
Das kommt davon!
mit dem Vorspiel:
Es lebe das Nachtleben!
von A. und D. Herrnfeld.
Donnerstag, 1. Oktober
Premiere der Herrnfeld-Novität
Die beiden Bindelbands.

Zirkus Schumann.

Heute Freitag, 25. September, abends präzise 7½ Uhr:
Das großartige Sportprogramm.
36 Original-Marokkaner.
Nackte Schönheiten.
Das boxende Känguruh.
Clown Armando mit seinen dress. Affen. Rowland-Truppe, 8 Pers. vom Zirkus Ringling Brothers aus Amerika. 9 Luft-Voltigeure. Leopardengruppe d. Miß Valleithas. Sämtliche Spezialitäten.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willy Voigt.
Heute:
Schützenliesl.
Posse mit Gesang in 4 Akten von Leon v. Treptow. Musik v. G. Steffens.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Parodie-Theater

Dresdener Straße 97.
Heute:
Cavalleria-Rusticana und die urkomische Burleske
„Berlin steht Kopp".
Anfang Sonnt. 8, wochent. 8½ Uhr.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Familie
August Knoche.
Berliner Gesangsposse in 3 Akten.
August Knoche: Dir. Hans Berg.
Vorher d. glänzende Eröffnungsprogr.
Sonntag 4 Uhr: **Hotel Klingebusch.**

Folies-Caprice

Durchschlagender Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautschau. — Bunter Teil.
Vorverkauf von 11—2 Uhr a. d. Theaterkasse. Anf. 8 Uhr.

Zu halbem Preise

geben wir ab:
Das Buch der jungen Mutter
Unter ärztlicher Mitwirkung des Herrn Professor Dr. med. W. Benninghoven-Berlin
von Marie Benninghoven und Emilie Ludwig.
Preis statt 3 M., nur 1,50 M.
Wir empfehlen ferner:
Gesundheitslehre für Frauen.
Acht Vorträge
von Dr. Roland Sticher.
Privatdozent und Frauenarzt in Breslau.
Mit 13 Abbildungen im Text.
Preis geb. 1,25 M.
Expedition des „Vorwärts",
Berlin S.W.,
Lindenstr. 69, Laden.

Luisen-Theater.

SO., Reichenberger Straße 34.
Sonntag, den 27. September 1908, abends 8 Uhr:
::: Erinnerungsaufführung zur demnächstigen 30jährigen Wiederkehr des Tages des Sozialistengesetz-Erlasses: :::
„Ausgewiesen."
Soziales Drama aus der Zeit des Sozialistengesetzes
von **Karl Böttcher.**
12 Jahre wegen „Gefährdung der öffentlichen Ordnung" polizeilich verboten gewesen!

Die Leser des „Vorwärts" haben gegen Vorzeigung dieses Inserats an der Theaterkasse auf Plätzen von 1,50 M.: 25 Pf. Vergütung, auf Plätzen von 2,00 M. aufwärts: 50 Pf. Vergütung.

Ausschneiden! (*) Gutschein für 1–3 Personen!

Die größte Sensation und größte Anziehungskraft von Berlin bildet noch immer die **Hagenbeck-Schau.**
Wiederauftreten des Direktors Herrn **Willi Hagenbeck,** welcher von einem Eisbär schwer verletzt wurde
? Java ? und die übrigen Schlager des Programms. Tägl. abends 8 Uhr: **Gr. Vorstellung.**
Jeden Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend: **2 gr. Vorstellungen,** nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 Uhr vorm. bis 12½ Uhr: **Besichtigung u. Fütterung d. Raubtiere.**
Jeden Wochentag ab 10 Uhr vorm. bis 12½ Uhr mittags: Hochinteressante Raubtier-Dressur-Proben.
Besichtigung und Fütterung der Raubtiere gegen ein Entree von 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.

Freitag, den 25. September, abends präzise 7½ Uhr:
Gala-Abend!
Mr. Houdini
mit seinem (ges. gesch.) Kunststück. **Gebr. Saxon!** Mlle. Mariska Recsey. Aerial Smiths, Herr Karl Reinsch, Schulreiter. Ernst Schumann, Neudressuren.
Um 10 Uhr ca.:
Barbarossa!!
Gr. Original-Ausstattungs-Pant. des Zirkus Busch in 6 Bildern.
Vorher: Das gr. Programm.

Sanssouci,

Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Montag, Donnerstag und Sonntag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und Tanzkränzchen.
Einakter, Ensembleszenen.
Aktuelle Vorträge in Wort und Lied usw.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Der große Theatersaal ist noch für einige Mittwoche frei.

Reichshallen-Theater

Täglich:
Stettiner Sänger
Meysel, Britton, Seidel, Horst, Schröter, Eberzberger, Bühligen, Otto Schrader u. R. Schrader.
Anf. wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant: Militär-Konzert.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das neue große September-Programm. — 12 glänzende Spezialitäten.

Gastwirts- und Kochkunst-Ausstellung
veranstaltet vom
Verband der Gast- u. Schankwirte für Berlin u. d. Prov. Brandenburg (E. V.) und dem Zweigverein Berlin des Internationalen Verbandes der Köche in Berlin, Neue Welt, Hasenheide 108-114
Vom 25. Sept. bis 11. Oktober 1908.

Gelegenheitskauf.

Astronomische Abende
Allgem. verständl. Unterhaltungen über Geschichte und Ergebnisse der Himmelserforschung
von Prof. Dr. Hermann J. Klein.
Fünfte, verbesserte und vermehrte Auflage. Mit 6 Tafeln.
Zirka 400 Seiten Umfang, gut gebunden.
Wir haben von diesem interessanten und populär geschriebenen Werke nur eine geringe Anzahl am Lager, die wir zu recht billigem Preise abgeben.
Statt bisher 6,50 M., jetzt nur 3 M.
Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW.
Lindenstr. 69 (Laden).

Hühner, Enten, Tauben,

jg. Gänse empfiehlt reell und billig
Wegner, Berlin SO., Mariannenst. 34.

Vorortparzelle 290 M., Braunhofer, Rollendorfstr. 3, Berlin.

Riesenfänge unserer Dampfer ermöglichen **billigste Preise!** Besonders empfehlenswert:

Schollen (ca. 1–3 Pfd. schwer) **25** Pf. pr. Pfd.
Goldbarsch (Ersatz für Zander) **20** Pf. pr. Pfd.
Schellfisch (ca. 2–3 Pfd. schwer) **28** Pf. pr. Pfd.

Verkaufsstellen:

Prinzenstraße 94, an der Ritterstraße.	Schlesischer Bahnhof, Bogen 8–9, Madaistr., bei der Fruchtstr.	Invalidenstraße 131, vis-a-vis Stettiner Bahnhof.	Gr. Frankfurter Str. 85, bei der Marsiliusstraße.	Potsdamer Str. 112a, bei der Lützowstraße. Tel. A. VI. 719.	Wilsnacker Str. 57, bei der Dreysestraße. Tel. A. II. 2033.	Wilmersdorfer Str. 111, am Stuttgarter Platz. Tel. Charlottenbg. 6718.	Spandau. Breitestr. 54, am Markt. Tel. Spandau 718.	Tegel, Treskowstr. 14, Ecke Schlieperstraße. Tel. Tegel 114.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee", Hauptgeschäft **Bahnhof Börse.**
Größte Hochseefischerei Deutschlands
46 eigene Fischdampfer.
Eig. Kühlwaggons z. Seefischtransport.
Zentral-Fernsprecher Amt III, 8304.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Um **Verwechselungen** mit **ähnlich lautender** Firma zu vermeiden, achten Sie **genau** auf unsere **volle Firma.**

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 24. September, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit einem Nachruf für den heute beerdigten ehemaligen Senior der Versammlung Sanitätsrat Dr. Neumann, der ihr 46 Jahre angehörte. Die Versammlung hat sich bei den Worten des Vorstehers erhoben.

Der Ausschuß zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen hat über die gegen die Richtigkeit der Gemeindewählerliste in diesem Jahre erhobenen **16 Einsprüche** beraten. Nach seinen Anträgen sollen 9 der Einsprüche als berechtigt anerkannt und die Protesterheber nachträglich in die Liste aufgenommen werden. Die anderen 7 sollen zurückgewiesen werden: 4 der betreffenden Reklamanten sind Steuerrestanten, 2 noch nicht ein Jahr in Berlin wohnhaft, einer hat der Aufforderung, den von ihm behaupteten Erwerb der preußischen Staatsangehörigkeit nachzuweisen, nicht entsprochen. Unter den vom Ausschusse berücksichtigten Einsprüchen befinden sich auch drei von solchen Personen, die nicht als Schlafburschen, sondern als Chambregarnisten gemeldet sind. Auf Wunsch des Ausschusses soll jedoch das Wahlbureau veranlaßt werden, künftig in solchen Fällen polizeilicherseits nähere Feststellungen darüber vornehmen zu lassen, ob die Betreffenden auch als Chambregarnisten wohnen.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach den Ausschußanträgen.

Hierauf wird die vor 14 Tagen vertagte Debatte über den **Antrag Augustin u. Gen.** (Soz.):

„Den Magistrat zu ersuchen, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, um der für diesen Winter in erhöhtem Maße drohenden Arbeitslosigkeit in wirkungsvollster Weise entgegentreten zu können."

wieder aufgenommen. Inzwischen ist der Magistrat sich schlüssig geworden, dem Beschluß der Versammlung vom 14. Mai d. J.: wegen Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung für Berlin in gemischter Deputation zu beraten, beizutreten. Diese Deputation soll aus 5 Magistratsmitgliedern und 10 Stadtverordneten bestehen. Ferner hat der Magistrat die damals von der Versammlung gewünschte Mitteilung über die Dauer der täglichen Arbeitszeit in den verschiedenen städtischen Betrieben vorgelegt.

Stadtrat **Fischbeck**: Dem von der Versammlung im Mai gefaßten Beschluß, in gemischter Deputation über das Problem der Arbeitslosenversicherung zu beraten, ist in einer seiner letzten Sitzungen der Magistrat beigetreten. Darüber hinaus ist schon früher von ihm beschlossen worden, daß bei eintretenden Vakanzen in den städtischen Betrieben in erster Linie ortsangehörige Berliner Bürger als Arbeiter eingestellt werden sollen. Es ist ferner, den Wünschen der Versammlung entsprechend, auch in diesem Jahre beschlossen worden, eine Anweisung an die städtischen Verwaltungen ergehen zu lassen: Diejenigen Arbeiten, welche auch im Winter fortgeführt oder in Angriff genommen werden können, möglichst zu beschleunigen; der eingeforderte Bericht wird zur Zeit uns und Sie darüber aufklären, was in dieser Beziehung geschehen kann oder geschehen ist.

Es läuft ein Antrag Hintze (Soz.) ein:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, für die in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter folgende Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen:

a) In allen kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtensystem);

b) in sämtlichen anderen Betrieben auf 9 Stunden;

c) für das Badepersonal auf 10 Stunden täglich (die Mittagspause wird auf 3 Stunden festgesetzt); in jeder Woche wird ein ganzer freier Tag gewährt;

d) für das Pflege- und Küchenpersonal der Pflegeanstalten einschließlich einer einstündigen Mittags- und je einer halbstündigen Frühstücks- und Vesperpause auf 12 Stunden unter gleichzeitiger Aufhebung des Logiszwanges; jede Woche einen freien Tag, jeder zweite davon an einem Sonntag;

e) für die Handwerker und Arbeiter der Bade- und Pflegeanstalten, ausschließlich Pausen, auf 9 Stunden, in den kontinuierlichen Betriebszweigen auf 8 Stunden (Dreischichtensystem).

Stadtv. **Hintze** (Soz.): Die Aufstellung über die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben, die wir jetzt erhalten haben, ergibt, daß in einer ganzen Reihe dieser Betriebe noch eine längere Arbeitszeit als 10 Stunden vorhanden ist. Bei den Badewärtern und Badewärterinnen, wo wir drei Stunden Mittagszeit fordern, ist eine Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 9 Uhr üblich; im Sommer haben diese Leute 12, im Winter 11 Stunden und am Sonnabend je eine Stunde länger zu arbeiten; es ist also hier noch immer eine erhebliche Ueberarbeit vorhanden. Das gleiche finden wir namentlich in den Krankenhäusern und Irrenanstalten; auch dort sind **Arbeitszeiten von 12 bis 15 Stunden** Usus. Daß eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit nach unserem Antrage möglich und durchführbar ist, ist schon vor 14 Tagen hier des näheren nachgewiesen worden. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen, bezw. ihn dem für unseren Hauptantrag einzusetzenden Ausschuß oder der gemischten Deputation mit zu überweisen.

Stadtv. Dr. **Nathan** (soz.-fortschr.): Der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit ist ja nur ein loser, es wird aber nichts übrig bleiben, als auch den eben angekündigten Antrag dem einzusetzenden Ausschuß mit zu überweisen. Erfreulicherweise hat ja jetzt der Magistrat sich damit einverstanden erklärt, über die Frage einer Arbeitslosenversicherung mit uns gemeinsam zu verhandeln. Nicht bloß in Bayern, sondern auch in Baden ist man diesem Problem bereits nähergetreten. In Straßburg i. E. ist diese Versicherung von Stadt wegen bereits durchgeführt. Ich wünsche, daß die gemischte Deputation mit größter Beschleunigung zusammentritt und ebenso, daß der Beginn der Arbeiten nach beiden Seiten hin die tunlichste Beschleunigung erfährt.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.) beantragt im Verein mit den Vorsitzenden aller Fraktionen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß der gemischten Deputation, welche für die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung in Beratung tritt, auch die beiden Anträge Augustin und Hintze zur Beratung mit überwiesen werden.

Stadtv. **Cassel** (A. L.) spricht sich für diesen Antrag aus.

Stadtv. **Nathan** wünscht einen besonderen Ausschuß für den Antrag Augustin.

Stadtv. **Dupont** (Soz.): Wir haben die große Befürchtung, daß, wenn die ganze Materie der gemischten Deputation überwiesen wird, eine Verschleppung eintritt. Wir bitten, nach dem Antrage Nathan in einem Ausschuß besonders zu erwägen, was schleunigst zur Steuerung der Not der Arbeitslosen geschehen kann. Der heutige Antrag Hintze könnte ja von der gemischten Deputation mitberaten werden. Wenn heute vom Magistratstische her betont wurde, daß man die Verwaltungsdeputationen anweisen wird, ihre Maßnahmen schleunigst zu treffen, so haben wir nach den im vorigen Jahre gemachten Erfahrungen dazu kein besonderes Vertrauen; unseren Fraktionsgenossen, die in den betreffenden Deputationen sitzen, ist in dieser Richtung überhaupt nichts Besonderes zu Ohren gekommen. So hatten wir damals gebeten, die Baudeputationsvertreter zu den Beratungen hinzuzuziehen; das ist aber nicht geschehen. Wir wünschen, daß es auf alle Fälle diesmal geschehe. Insbesonder muß ferner geprüft werden, ob nicht mehr als bisher Winterarbeiten in Angriff genommen werden können. Nach Zeitungsnachrichten sind sogar Parkarbeiter entlassen worden; das läßt darauf schließen, daß der Magistrat nicht energisch dahin wirkt, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Das dürfte doch überhaupt nicht vorkommen. Dem Antrag Hintze können und müssen Sie zustimmen, weil feststeht, daß durch eine energisch durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit mehr Arbeitskräfte notwendig werden; aber diese schwierige Materie bleibt eben besser der Deputation vorbehalten. Hoffentlich kommt aus letzterer etwas heraus in dem Sinne, wie es der Regierungsrat Dominikus in Straßburg i. E. ausgeführt hat: „Solange das Reich in dieser Beziehung nichts tut, müssen die Kommunen es für ihre Pflicht erachten".

Oberbürgermeister **Kirschner**: Die Einsetzung einer Deputation **und** eines Ausschusses würde doch nur zu doppelter Beratung und zu vielleicht nicht erwünschten Beschlüssen führen. Ich gebe die Zusicherung, daß die Deputation tunlichst bald zusammentreten wird; sie kann ja zuerst die brennenden Fragen und dann diejenigen erledigen, deren Erledigung längere Zeit erfordert. (Beifall.)

Stadtv. **Nathan** zieht nach dieser Erklärung seinen Widerspruch zurück; ebenso Stadtv. **Dupont** den Antrag auf Ausschußberatung.

Stadtrat **Fischbeck**: Die Deputation für Statistik hat ihre Arbeiten im Sommer gerade wegen der Verhinderung eines Mitgliedes, das sich für die Frage besonders interessierte, des Stadtv. Wurm, nicht beschleunigen können. Die Deputation hat nun inzwischen getagt und die Vorschläge des Professors Silbergleit sehr beachtenswert gefunden. Die Krankenkassenvorstände haben dankenswerter Weise ihre Mitwirkung zugesagt. Die Anträge der statistischen Deputation unterliegen jetzt der Beschlußfassung des Magistrats und werden demnächst auch der Versammlung unterbreitet werden.

Es wird nach dem Antrage Mommsen-Cassel-Borgmann-Rosenow-Deutsch beschlossen.

Damit ist die Angelegenheit für das Plenum einstweilen erledigt.

Auf der Tagesordnung folgt die Beratung des Antrags Stadthagen (Soz.), wegen Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt mit der Staatsregierung in Verhandlung zu treten.

Der Gegenstand wird abermals von der Tagesordnung **abgesetzt**.

Der Platz D Abt. X[3] des Bebauungsplanes an der Antwerpener Straße, der nunmehr **Zeppelinplatz** heißen soll, wird nicht in der Weise verkleinert werden, wie es der Beschluß der Versammlung vom 31. Mai 1906 in Aussicht nahm. Danach sollte der Platz auf 30 Meter breite Gartenstreifen zu beiden Seiten der Straße beschränkt werden, wodurch zirka 9500 Quadratmeter Bauland für die Dreischulenanlage gewonnen worden wären. Der betreffende Entwurf ist aber in der Aufsichtsinstanz nicht genehmigt worden. Der Magistrat hat jetzt einen anderweitigen Entwurf vorgelegt, wonach für den Platz 11 456 Quadratmeter freibleiben, für die Bebauung aber immerhin noch zirka 5000 Quadratmeter gewonnen werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Die beiden Gemeindeschulen 57 und 72 in der Brandenburgstraße 78-79 sollen „infolge Neueinteilung der Einschulungsbezirke" allmählich eingezogen werden. Schon zum bevorstehenden Oktobertermin wird die Bildung der Aufnahmeklassen nicht mehr stattfinden.

Ohne Debatte wird die bezeichnete Magistratsmitteilung von der Versammlung zur Kenntnis genommen.

Nach Erledigung einer Anzahl weiterer Vorlagen von untergeordnetem Interesse schließt die öffentliche Sitzung um ¾7 Uhr.

Soziales.

Gesundheitsverhältnisse auf dem Lande.

In der volkswirtschaftlichen Sektion des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, der dieser Tage in Bonn seine Sitzungen abhielt, redete Dr. Schmittmann-Düsseldorf über die Förderung der Gesundheitspflege auf dem Lande. Der Gesundheitspflege auf dem Lande, so meinte der Redner, sei eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, da das Land den Jungbrunnen für die leibliche und sittliche Volkskraft darstellt. Die Gesundheitsverhältnisse auf dem Lande seien aber ungünstiger als man im allgemeinen annehme. Zum Beweise führt der Redner an: 1. die Säuglings- und Kindersterblichkeit habe auf dem Lande bedeutend weniger abgenommen; 2. die akuten Krankheiten, insbesondere Typhus und Diphtherie weisen auf dem Lande bedeutend höhere Sterblichkeitsziffern auf als in der Stadt; 3. die Tuberkulose ist auf dem Lande mindestens ebenso verbreitet als in der Stadt.

Die Gründe der schlechten Gesundheitsverhältnisse erblickt der Redner in der finanziellen Notlage der ländlichen Bevölkerung, die schuld sei an schlechten Wohnungsverhältnissen, an ungenügender Ernährung, am Mangel an sanitären Einrichtungen, sodann in der geringeren Beteiligung der Landbevölkerung an der Arbeiterversicherung. Als Abhilfsmittel empfahl der Redner die Einführung von ländlichem Fortbildungsunterricht, der sich durch Belehrung und Anwendung mit allen Fragen, die die wirtschaftliche Hebung des Bauernstandes betreffen, befassen müsse, dann die Einführung von Wohlfahrtsvereinen, die sich die Förderung von Sparkassen, Wohnungsgenossenschaften, Arbeitsnachweisen usw., vor allem aber auch der geistigen Kultur widmen durch Veredelung des Vergnügens, der Geselligkeit und der Lektüre sowie durch Pflege der Heimatskunst.

Diese Vorschläge mögen gut gemeint sein, aber wir vermögen nicht einzusehen, inwiefern sie geeignet sein sollen, der Wurzel des Uebels: den schlechten Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen der großen Masse der ländlichen Bevölkerung abzuhelfen. Anstatt daß das Reich den Großgrundbesitzern durch die Zölle Millionen und Milliarden in die Tasche schiebt, sollte es lieber darauf bedacht sein, durch große Mittel für die Hebung der Lage der kleinen Besitzer und der Landarbeiter zu wirken; der Staat sollte durch ein vernünftiges Wahlrecht den kleinen Leuten Gelegenheit geben, im Landtage und im Gemeinderat für ihre Interessen einzutreten, vor allen Dingen sollte man den Landarbeitern und Dienstboten nicht länger das Koalitionsrecht vorenthalten, wodurch es ihnen unmöglich gemacht wird, ihre Lohn- und Lebensverhältnisse wirksam zu verbessern. Neben diesen großen Mitteln bleibt für die kleinen Maßnahmen immer noch Raum, aber diese werden für sich allein an den bestehenden Verhältnissen nichts Merkliches ändern.

Von den Pflichten des Lehrherrn.

§ 131c der Gewerbeordnung schreibt vor, daß die Innung **und der Lehrherr** den Lehrling anhalten sollen, sich nach Ablauf der Lehrzeit der Gesellenprüfung (§ 129 Abs. 1) zu unterziehen. Und nach § 148 der Gewerbeordnung macht sich strafbar, wer die gesetzlichen Pflichten gegenüber dem ihm anvertrauten Lehrling verletzt. Wegen Uebertretung dieser Bestimmungen war der Schlächtermeister Dornow in Jüterbog angeklagt worden, weil er seinen Lehrling nicht zur Ablegung der Gesellenprüfung angehalten habe. Es stand fest, daß der Meister **am letzten Tage der Lehrzeit** des Lehrlings Haier ein Kalb besorgte, damit der junge Mann sein „Gesellenstück" mache. Als er nachmittags mit dem Kalb nach Hause kam, hatte der Lehrling aber bereits den Betrieb verlassen und sich zu seinen Verwandten begeben. Die Staatsanwaltschaft hielt das Verfahren des Meisters **nicht** für ausreichend, die Vorschrift des § 131c zu erfüllen. Es sei **kein** „Anhalten" zur Gesellenprüfung im Sinne dieses Paragraphen, wenn der Meister am letzten Tage der Lehrzeit, ohne daß der Lehrling etwas davon wisse, nach einem Kalb für die Prüfung suche. Zu einem solchen „Anhalten" gehöre eine dauernde Einwirkung auf den Lehrling, daß dieser den für sein Fortkommen erheblichen Zweck erreiche, und eine besondere Unterweisung für die Abschlußprüfung. Eine solche stehe nicht fest. Der Angeklagte wurde jedoch **freigesprochen**, und das **Kammergericht** verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft: Nach dem § 131c sei es **nicht** erforderlich, daß die Gesellenprüfung während der Lehrzeit stattfinde. Sie könne auch **unmittelbar nachher** erfolgen. Das Gesetz verlange auch **kein wiederholtes** Anhalten dazu. Es genüge **irgendeine** Einwirkung des Lehrherrn. Somit habe D. seine **Pflicht erfüllt**, wenn er **am letzten Tage** Vorkehrungen traf, um H. die Prüfung ablegen zu lassen. Wenn der Lehrling nicht bis zum Abend, also nicht bis zum ordnungsmäßigen Ablauf der Lehrzeit verweilte und es so dem Meister unmöglich machte, sein Vorhaben durchzuführen, so könne das dem Meister nicht zur Last fallen.

Im Zeichen der Krise. Eine Verschärfung der Krise konstatiert das statistische Amt der Stadt Düsseldorf. Der Bericht des Monats August weist eine große Arbeitslosigkeit nach. Auf je 100 männliche Arbeitsuchende bei der allgemeinen Arbeitsnachweisstelle entfielen im Berichtsmonat nur 44 offene Stellen gegen 69 im August 1907. Das stark wachsende Angebot der weiblichen Arbeitskräfte deutete auf die große Not in den Arbeiterfamilien hin. Zumeist werden gewünscht Aufwartestellen, um einen Nebenverdienst zu erzielen. Im August 1906 nahmen sämtliche Arbeitsnachweisstellen nur 681 Meldungen weiblicher Arbeitskräfte entgegen. Die Zahl stieg auf 991 im August des Vorjahres, um im Berichtsmonat die Höhe von 1177 zu erreichen.

Um 700 fiel die Zahl der erwerbsfähigen versicherungspflichtigen Mitglieder in den Zwangskrankenkassen im Laufe des Monats. Es waren in der Hauptsache Metallarbeiter, die entlassen wurden.

Daß unter den Umständen das städtische Leihamt sehr in Anspruch genommen wird, ist leicht erklärlich. Die Zahl der Darlehen betrug im August des Vorjahres 64 125, dagegen 69 332 im Berichtsmonat.

Prämien für Krankenkassenbeträger.

Vor der Strafkammer in Breslau hatte sich der Fabrikbesitzer Kupke zu verantworten. Er hatte im Laufe des Jahres 1907 die seinen Arbeitern abgezogenen Krankenkassenbeiträge in Höhe von rund 700 Mark an die Kasse nicht abgeführt. Die bei Kupke vorgenommene Exekution war ergebnislos, zumal derselbe der Kasse insgesamt schon 1049,38 M. schuldet. Nach dem Antrage des Staatsanwalts verurteilte ihn das Gericht zu — 30 Mark Geldstrafe! Wenn Kupke immer so vom Gericht geschont wird, kann er dadurch noch ein reicher Mann werden.

Gerichts-Zeitung.

Ein Kind zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein 14½jähriges Mädchen war in einem großen Juwelen- und Goldwaren-Exportgeschäft angestellt. Zu den Obliegenheiten des Mädchens gehörte es, bestellte Schmucksachen nach Angabe der Kommissionszettel den Vorratsschränken zu entnehmen und zum Versand fertig zu machen. — Von dem hohen Wert der Schmuckgegenstände mochte das Mädchen wohl keine rechte Ahnung haben. Aber der Glanz des Goldes und das Feuer der Brillanten übte seinen Zauber auf das unerfahrene Kind aus. Dieser Eindruck, dem ja das weibliche Geschlecht selten widerstehen kann, sollte dem Kinde gefährlich werden. Zweimal unterlag es der unwiderstehlichen Versuchung und eignete sich in einem Augenblick, wo es allein im Geschäftslokal war, einige Schmucksachen an. — Die ältere Schwester versetzte die Sachen, aber die Diebin selbst erhielt aus dem Erlös nur 3 M., die sie vernaschte.

Der Diebstahl wurde entdeckt. Diebin und Hehlerin wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die jugendliche Diebin legte Berufung ein. Sie bestreitet nicht ihre Schuld, erwartet aber, daß die Strafkammer ihre unbesonnene Tat gelinder beurteilen werde, als es der Jugendgerichtshof in Schöneberg getan hat. Die Angeklagte glaubt auch schon deshalb auf ein milderes Urteil hoffen zu können, als der bestohlene Geschäftsinhaber fast gar nicht geschädigt ist. Er hat die Schmucksachen, die im ganzen einen Wert von 1350 M. repräsentieren, soweit zurückbekommen, daß er nur 30 M. eingebüßt hat. Für ein großes Geschäft eine kaum nennenswerte Belastung.

Aber auch vor der Strafkammer des Landgerichts II fand die jugendliche Diebin keine milderen Richter. Hart und streng wurde ihre Handlung gerichtet. Kein Versuch, den Vorgang psychologisch zu erklären, wurde gemacht. Vergebens berief sich der Verteidiger auf die Unerfahrenheit und seitherige Unbescholtenheit des Kindes. „Sie hat nicht aus Unerfahrenheit gehandelt, sondern wie ein Rabe gestohlen und verdient keine Milde," sagte der Staatsanwalt. — Und die Richter stellten sich auf denselben Standpunkt. Sie verwarfen die Berufung. Es bleibt also dabei, daß ein Kind für einen dummen Streich, durch den ein großes Geschäft nur unbedeutend geschädigt ist, drei Monate ins Gefängnis gesperrt, dadurch für alle Zeit gebrandmarkt und in seinem späteren Fortkommen schwer geschädigt ist.

„Sie stahl wie ein Rabe." Diesen Vergleich, den der Staatsanwalt heranzog, um die Tat als besonders verwerflich zu kennzeichnen, kann mit viel mehr Recht im entgegengesetzten Sinne gebraucht werden. Der Rabe stiehlt nicht aus Gewinnsucht, ihn zieht der glänzende Gegenstand, ob Gold oder Messing, unwiderstehlich an, und so „stiehlt" der Rabe, ohne — um mit den Juristen zu reden — das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlung zu haben. — Wenn man bedenkt, daß das weibliche Geschlecht infolge natürlicher Veranlagung und falscher Erziehung im allgemeinen eine große Vorliebe für Putz und Schmuck hat, wird man verstehen, wie ein 14½jähriges Mädchen, dem täglich Gold und Edelsteine durch die Hände gehen, einem unbewußten Drange folgend, sich leichtsinnigerweise einige dieser glänzenden Dinger aneignet. Unserer Ansicht nach handelt ebenso leichtsinnig wie die Diebin gehandelt hat, jemand, der ein solches Kind — vielleicht weil es billiger zu haben wie Erwachsene — mit einer solchen Stellung betraut, wie sie die Verurteilte bekleidet hat. — Das Kind, welches der Versuchung erlegen ist und in seiner Dummheit gestohlen hat, war nicht in der glücklichen Lage, in der sich die Fürstin Wrede befand, welche sich durch jahrelang fortgesetzte Diebstähle große Kisten voll Silbergeschirr aneignete, dann aber das Gericht überzeugen konnte, daß sie unter dem Einfluß geistiger Erkrankung gestohlen hat.

Erlebnisse eines Gardeleutnants.

Eine sehr aufgeregte Verhandlung beschäftigte am Mittwoch die 4. Strafkammer des Landgerichts II bis zum späten Abend. Unter der Anklage der versuchten Erpressung, der Bedrohung, des Betruges, Hausfriedensbruchs, der

Beleidigung und falschen eidesstattlichen Versicherung hatte sich die 32jährige Else J., die sich seit etwa 9 Monaten in Untersuchungshaft befand, zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Am 6. Februar 1907 lernte die Angeklagte auf der Straße einen jungen Grafen kennen, der als Leutnant bei einem hiesigen Garderegiment dient. Sie wohnte in einem Pensionat in der Potsdamer Straße und dort empfing sie den Besuch des Leutnants. Schon wenige Tage nach dem ersten Besuch vertraute sie ihm ein süßes Geheimnis, welches den jungen Offizier keineswegs erfreute, sondern der ganzen Sachlage nach mit großem Mißtrauen erfüllte. Der Herr Graf glaubte, daß er für die Tat anderer büßen solle und zog sich daher zurück. Sie war aber mit dieser Trennung durchaus nicht einverstanden, sondern bereitete dem Grafen viele unruhige Stunden und Tage, indem sie eine Anzahl Drohbriefe an ihn richtete. Sie trat mit der Behauptung hervor, daß er ihr ein Heiratsversprechen gemacht habe, und daß er der Vater des von ihr zu erwartenden Kindes sei. Sie richtete auch an die Eltern des Offiziers Drohbriefe, in welchen davon die Rede war, daß der Sohn wohl den geliebten Rock werde ausziehen müssen, belästigte den Offizier auf der Straße, wandte sich an den General v. Kessel mit einer Eingabe, die gleichfalls die Behauptung enthielt, daß der junge Graf ihr die Ehe versprochen habe. Von den Eltern des Offiziers, die der ewigen Belästigungen müde waren, wurde ihr schließlich eine Unterstützung von 60 Mark monatlich angeboten, sie wies diese aber mit Entrüstung zurück. In einem Briefe hatte sie dem Grafen angedroht, sie werde das zu erwartende Kind, nachdem es demselben um den Hals eine Karte mit dem Namen des Offiziers gebunden, vor das Kasino des Regiments setzen. Und diese Drohung hat sie auch wahr gemacht. — Die Verhandlung, die sich bis 10 Uhr abends hinzog, gestaltete sich sehr stürmisch, da die Angeklagte außerordentlich erregt war und dabei verblieb, daß der Offizier ihr die Ehe versprochen habe und der Vater ihres Kindes sei. Diese Behauptung wurde durch die ärztlichen Gutachter als mindestens sehr unwahrscheinlich hingestellt und durch die Ergebnisse der weiteren Beweisaufnahme nicht wahrscheinlicher gemacht. Nach dem Gutachten der Medizinalräte Dr. Arthur Leppmann, Dr. Hoffmann und des Prof. Dr. Köppen ist die Angeklagte eine stark hysterische Person, wie auch schon die verschiedenen Wutausbrüche und Weinkrämpfe bewiesen, durch welche sie den Fortgang der Verhandlung mehrfach störte. Eine Anwendung des § 51 war aber nicht gegeben. — Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis, die auf die Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden.

§ 153.

Während des Streiks im Baugewerbe, der sich im vorigen Jahre abspielte, fuhren täglich eine Anzahl Maurer und Bauarbeiter, die zu den von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen arbeiteten, nach dem Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau, um sich von dort nach ihren Arbeitsstätten zu begeben. Eines Tages glaubten sie unter denen, die dem Eisenbahnzuge entstiegen, zwei Streikbrecher zu erkennen. Man fragte sie, ob sie Maurer seien. Die beiden antworteten, sie seien Rohrleger. Das war jedoch eine aus der Furcht des bösen Gewissens entsprungene Unwahrheit, denn einer von den mit Arbeitsberechtigungskarten versehenen Maurern erkannte in den beiden angeblichen Rohrlegern zwei aus seinem schlesischen Heimatsort stammende Maurer, die in Friedenau als Arbeitswillige tätig waren. Diese Entdeckung, in Verbindung mit der unwahren Angabe erregte begreiflicherweise eine gewisse Empörung auf der anderen Seite. Man schimpfte auf die beiden Arbeitswilligen. Dabei sollen auch Ausdrücke gefallen sein, die als Bedrohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung und als Nötigung im Sinne des Strafgesetzes aufgefaßt werden. Derselbe Vorgang wiederholte sich am folgenden Tage: Die beiden Arbeitswilligen, Maurer Kliema und Slavik, haben der Sache wohl keine besondere Bedeutung beigelegt, und die Angelegenheit hätte keine weiteren Folgen gehabt, wenn nicht ein bei Siemens u. Halske beschäftigter Werkmeister Künzling, der zufällig Augenzeuge des Vorganges war, die beiden Arbeitswilligen veranlaßt hätte, den Vorgang bei der Polizei anzuzeigen. Künzling ist es auch, der zwei bestimmte Personen, die Maurer Jurczik und Kotyan, als diejenigen bezeichnete, welche die beiden Arbeitswilligen belästigt hätten. So kamen Jurczik und Kotyan auf die Anklagebank. Das Schöffengericht Schöneberg hat jeden der beiden Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. — In der Berufungsinstanz wurde die Strafe gegen Jurczik auf zwei Monate herabgesetzt, während die Berufung Kotyans keinen Erfolg hatte.

Die vom Rechtsanwalt Wolfgang Heine für Jurczik und von Dr. Heinemann für Kotyan eingelegte Revision erachtete das Kammergericht als begründet und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die 1. Strafkammer des Landgerichts II.

Am Donnerstag fand die erneute Verhandlung statt. Die beiden Angeklagten gaben zu, daß aus der Gruppe von 10 bis 15 Arbeitern Schimpfworte gegen die beiden Arbeitswilligen gerichtet worden sind, bestritten aber, daß sie selbst sich daran beteiligt hätten. Von einer Beteiligung des Angeklagten Jurczik wußten auch die beiden Arbeitswilligen nichts. Dagegen bezeichneten sie Kotyan ganz bestimmt als denjenigen, der sie geschimpft und auch gestoßen habe. Werkmeister Künzling gab an, daß beide Angeklagte die Arbeitswilligen in der bezeichneten Weise belästigt hätten. Weiter wurde festgestellt, daß das den Angeklagten zur Last gelegte Vorgehen für die Arbeitswilligen keine unerwünschten Folgen hatte, denn sie haben noch monatelang nachher auf demselben Bau weitergearbeitet.

Rechtsanwalt Heine verwies darauf, daß sein Klient Jurczik, der von den Klägern selbst nicht belastet werde, durch das Zeugnis Künzlings allein nicht als überführt gelten könne. Rechtsanwalt Heinemann plädierte für Herabsetzung der gegen Kotyan verhängten Strafe.

Das Gericht verurteilte Jurczik zu zwei Wochen und Kotyan zu zwei Monaten Gefängnis, und zwar wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und versuchter Nötigung.

Versammlungen.

Fliesenleger. Am Freitag hielt die Sektion der Fliesenleger im „Gewerkschaftshaus" eine Versammlung ab. Waldheim gab den Bericht vom 10. außerordentlichen Verbandstag. Die Diskussion war sehr lebhaft. Auf dem Verbandstag wurde erklärt, daß die erhobenen Extrabeiträge wegen des Berliner Streiks erforderlich waren. Dies ist aber bei der Ausschreibung nicht gesagt worden, sondern daß sie gebraucht wurden zu den bevorstehenden Kämpfen. Es wurde von Gummert ausgeführt, daß die Extrabeiträge nicht nötig gewesen wären; es seien durch sie eine Menge Mitglieder verloren gegangen. Wenn die geblieben wären und bis jetzt ihre Beiträge bezahlt hätten, wäre mehr Geld eingekommen. Die Maifeier sei nun bald so gut wie abgeschafft. Der Verbandstag traue sich gar nicht mehr darüber einen Beschluß zu fassen. Daß der Sitz des Verbandes nicht nach Berlin verlegt worden sei, wäre auf persönliche Interessen zurückzuführen, denn die Gründe, welche angeführt wurden, seien nicht stichhaltig. Daß ein Verbandshaus gebaut werden soll und zwar in Hamburg, könne man ebenfalls nicht gutheißen. Schulz trat sämtlichen Diskussionsrednern entgegen und versuchte klarzulegen, daß der Verbandstag in allen Punkten seine volle Schuldigkeit getan habe und man vollauf damit zufrieden sein könne.

Danach gab Waldheim den Bericht von den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht. Im Fall Westphal und Genossen gegen die Firma Piek war beschlossen worden, die Sache einem Zivilgerichtshof zu überweisen. Es hat vor diesem schon eine Verhandlung stattgefunden, welche aber wieder vertagt werden mußte, da Herr Piek noch einige Zeugen laden will. Betreffend Laufzeit, Logis und Fahrgeld bei Akkordarbeit wurde die Sache so geregelt, daß die §§ 4 und 5 des Lohntarifs Geltung haben oder ein dementsprechender Zuschlag gezahlt wird. Der Beschluß ist zu den Tarifakten gelegt worden. Da nun der Verbandstag den Fliesenlegern die selbständige Regelung der inneren Verwaltung, die Zuständigkeit im Beruf in Frage der Agitation und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugesprochen hat, ist vom Vorstand der Vorschlag gemacht worden, mit der Vereinigung der Fliesenleger zwecks Verschmelzung in Verhandlung zu treten. Die Gründe, welche diese bisher gegen die Verschmelzung angegeben habe, seien jetzt nicht mehr stichhaltig. Da die Anwesenden der Ueberzeugung waren, daß eine geschlossene Organisation mehr erreichen könne, als mehrere kleine Organisationen, so wurde dem Vorschlage zugestimmt.

Unter Verschiedenem gab Waldheim bekannt, daß sich auf dem Arbeitsmarkt ein Rückschlag bemerkbar mache. Es war ihm in der letzten Zeit nicht mehr möglich, alle Arbeitsuchenden unterzubringen. Die Regelung des Akkordnachschusses bei Westphal und Voß ist in einer Vorstandssitzung geregelt worden. Auf dem Krankenkassenbau in Rixdorf haben vier unorganisierte Kollegen gearbeitet von der Firma Schaffran. Zwei davon haben sich organisiert und die anderen beiden haben aufgehört, da im Vertrag der Bauverwaltung festgelegt ist, daß nur organisierte Leute auf dem Bau beschäftigt werden dürfen.

In der letzten Monatsversammlung der Brauereiarbeiter, Sektion I (Brauer), gab unter Punkt 1 der Vorsitzende Hodapp den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Danach betrugen die Einnahmen der Verbandskasse 4439,70 M., die Ausgaben 3224,01 M. und konnten an die Hauptkasse 1215,69 M. abgeführt werden. Der Mitgliederbestand betrug 904. Die Lokalkasse erzielte einen Mehrertrag von 1243,06 M., so daß das Lokalvermögen am Schlusse des zweiten Quartals 13 175,68 M. beträgt. Vertrauensmännersitzungen wurden 4 und Betriebsversammlungen 22 abgehalten. Verhandlungen mit den Unternehmern wurden 35 gepflogen. Unter Punkt 2 der Tagesordnung nahm die Versammlung gemäß dem rechnerisch erklärten Vorschlage der Vorstands- und der Vertrauensmännersitzung einstimmig an, den Wochenbeitrag ab 1. Oktober inkl. Lokalbeitrag auf 60 Pf. festzusetzen. Das Verhalten der Brauerei Oswald Berliner, welche jetzt wieder einen Brauer ohne Benutzung des Arbeitsnachweises eingestellt hat, wurde scharf verurteilt und verlangen die Versammelten, daß ähnliche Vorkommnisse in anderen Betrieben sofort der Ortsverwaltung gemeldet werden, um gegen solche Rücksichtslosigkeit den arbeitslosen Kollegen gegenüber energisch Front zu machen. Die mangelhafte Beteiligung bei Beerdigungen verstorbener Kollegen von einzelnen Brauereien ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß die Vertrauensleute nicht bei der Betriebsleitung die Beteiligung erwirken.

Vermischtes.

Die Cholera.

Nach den vorliegenden statistischen Feststellungen waren gestern in Petersburg 354 Neuerkrankungen und 172 Todesfälle zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt zurzeit 1705.

In wie unzureichender Weise die Stadtverwaltung dem weiteren Umsichgreifen der Seuche entgegentritt, dokumentiert eine Depesche, die besagt, daß auf den Friedhöfen täglich durchschnittlich ungefähr zweihundert Leichen eintreffen. Auf dem Preobraschenski-Friedhof trafen in den letzten drei Tagen 443 Leichen ein, die nur zum Teil beerdigt werden konnten. Die übrigen Leichen wurden in einer Scheune aufgestapelt. Die 40 Landstreicher, die zum Eingraben der Leichen bestimmt sind, können die Arbeit nicht bewältigen.

Wie konnte es aber auch anders sein? Die ganze Kraft, die den herrschenden russischen Gewalten zur Verfügung steht, wird benutzt, um mit Folter und Galgen die Arbeiterbewegung niederzuknüppeln. Und schließlich leistet ja die Cholera den blutbesudelten Schergen des Zarismus nur Helfersdienste in der Abwürgung immer neuer Volksmassen.

Der blindwütige Haß der Reaktionäre gegen jede Aufklärung verleitet sie zu immer wahnwitzigeren Handlungen. Die neueste Heldentat der Regierung richtet sich gegen die Gesellschaft der Aerzte. Die in völliger Unkenntnis über die Ursachen der Seuche lebenden Volksmassen, die der Meinung sind, daß Aerzte und Studenten die Verursacher der Epidemie sind, überfielen in den verschiedensten Ortschaften Cholerahilfskorps. Um der Unwissenheit der Bauern wenigstens in etwas zu begegnen, hatte die Gesellschaft der Aerzte eine Broschüre über die Cholera auf den Dörfern verteilen lassen. Diese im Interesse der Volkswohlfahrt und Gesundheit betriebene Aufklärung hielt der Moskauer Gouverneur für staatsgefährlich; er ließ im Bureau der Gesellschaft Haussuchung vornehmen, wobei alle vorhandenen Exemplare der Broschüre konfisziert wurden. Der Sekretär der Gesellschaft, der in russischen Aerztekreisen rühmlichst bekannte Arzt Schbenkow, wurde verhaftet. Jetzt ist eine größere Anzahl Polizisten losgelassen worden, um auf den Dörfern die Broschüre aufzufangen. Dabei ist die Broschüre bei ihrem Erscheinen von der Zensur freigegeben!

Wahrlich, ein Kulturbild, das mit grausiger Deutlichkeit das wahnwitzige Gebahren der russischen Machthaber kennzeichnet!

* * *

Nachdem sowohl in dem kaiserlichen Winterpalais als auch in Peterhof und Zarskoje-Selo die Choleraerkrankungen in der Zunahme begriffen sind, wurde die Rückkehr der Zarenfamilie auf unbestimmte Zeit verschoben.

Enthauptet.

Der noch nicht 20 Jahre alte Wirtschaftsgehilfe Martin Böttger aus Tegau, der seine Geliebte, das Dienstmädchen Richter, ermordete, wurde gestern morgen im Hofe des Geraer Gefängnisses enthauptet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 52. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Fall Schücking. — Der Parteitag über die Budgetbewilligung. Von K. Kautsky. — Die Türkei als konstitutionelles Reich. Von M. Beer. — Der italienische Gewerkschaftskongreß. Von Oda Olberg-Rom. — Das Kriegsluftschiff. Von Rudolf Krafft. — Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden im Jahre 1907. Von Otto Hörle-Hall. — Zur katholischen Jugendorganisation. Von A. K. — Literarische Rundschau: F. Bonomi, Le vie nuove del socialismo. Von O. L. F. Lischitz, Zur Kritik der Böhm-Bawerkschen Werttheorie. Von F. Karski.

Feuilleton der „Neuen Zeit" Nr. 9: Naturalismus und Neuromantik. Von F. Mehring. Die Geschichte des Verfalls. Von Hermann Wendel. Die Entwickelung des Weltalls. Von Anton Pannekoek. Medizin und Ueberkultur. Von A. Victorow. — Bücherschau: Klara Müller-Jahnke, Gesammelte Gedichte. Wintersaat. Wach' auf! Otto Ernst, Semper der Jüngling. Karl Ewald, Mein großes Mädel. Hellmut v. Gerlach, Das Parlament. — Lose Blätter: Friedrich Paulsen. Zur Frage der Arbeiterbibliotheken. Aus Charlotts Nachlaß.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jakob"** wird in den nächsten Tagen die 20. Nummer des 25. Jahrganges erscheinen. Sie bringt einen Artikel „Der Nürnberger Arbeitertag", dem eine photographische Wiedergabe des Nürnberger Parteitagslokals beigegeben ist, sowie zwei Bilder „Vor Nürnberg" und „Nach Nürnberg", die den hinter uns liegenden Parteistreit satirisch behandeln. Ferner erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Schwungvolle Phantasie" und „Tröstlich", sowie die weiteren Illustrationen „Vergeltung", „Gegen die Krankenkassen!", „Die neue Aera", „Königs Geburtstag", „Aus Fez", „Die Gefräßigkeit des Reichspleitegeiers" und „Vom technischen Fortschritt". Der textliche Teil bringt die Gedichte „Unser Trost", „Frohe Botschaft", „Dornburglade", „Kartoffelernte" von Ludwig Lessen, „Der Ring des Polykrates" und außer zahlreichen kleineren satirischen Beiträgen noch die Skizze „Der Chef" von Hugo Fründ. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

K. St. 35. Hafenplatz, Ecke Dessauer Straße. — **J. N. 2.** Direktion der königlichen Charité. — **G. W. 38.** In einer Drogenhandlung oder in einem größeren Spiegelglasgeschäft dürften Sie das Angefragte erhalten. — **Versicherung.** Die Weiterversicherung ist zu empfehlen. Bei etwaiger Notwendigkeit eines Aufenthalts in einer Heilanstalt usw. tritt dann die Landesversicherungsanstalt ein. Es genügen zur Aufrechterhaltung der Ansprüche 20 Marken innerhalb je zwei Jahren. — **J. P. 19.** Einer besonderen Anmeldung bei der Steuerbehörde bedarf es nicht. Sie müssen nur Sorge tragen, daß Sie als am 30. September verzogen polizeilich abgemeldet werden. — **Dresden 30.** Vom Anhalter Bahnhof in Berlin nicht. Ab Potsdamer Ringbahnhof, Anhalter Bahnstrecke. — **365.** Mit übergehängtem, aber geladenem Gewehr. — **J. D. 4.** Teilen Sie uns Ihre genaue Adresse mit. — **M. 12.** Ja — **M. O. 70.** 1. Ueber Geschäfte geben wir keine Auskunft. 2. Die Lichtenberger städtische Sparkasse gibt wie jede andere Sparkasse Auskunft an Steuerbehörden nicht. 3. Durch 2. erledigt. — **Schaufenster.** Darüber entscheidet die Bestimmung des Mietsvertrages. Wo solcher nicht geschlossen, hat der Hauswirt die Verpflichtung. — **J. R. 12.** Nur beim Verkauf des Hauses auf gerichtliche Anordnung wird die Dauer des Mietsvertrages beeinträchtigt. Beim privaten Verkauf behält der Mietsvertrag seine Gültigkeit. — **A. R. 73.** Wir können Ihnen den Ankauf von Papieren nicht empfehlen. Die städtische Sparkasse dürfte für Ihre Zwecke geeignet sein. — **E. P. H. 11.** Sie können nur auf dem Wege der Vereinbarung mit Ihrer Wirtin, die an sich im Rechte ist, die Angelegenheit regeln. — **A. M. Cöp.** Wir müssen es ablehnen, Geschäfte zu empfehlen. Eine Fachzeitung dürfte für Sie geeignet sein. — **88. W.** Nein. — **Schulz 1908.** Nicht die Abmachungen mit dem Agenten, sondern das, was Sie unterschrieben haben, ist in der Regel gültig. Legen Sie der Direktion der Versicherung den Sachverhalt dar und versuchen Sie eine gütliche Lösung des Vertrages. — **G. B. 36.** Wollen Sie gefl. bei dem Verband der städtischen Arbeiter (Gemeindearbeiterverband), Alte Jakobstraße, Ihre Angelegenheit vortragen und dort um Wahrnehmung Ihrer Rechte bitten. — **Lernen.** Ersuchen Sie um Uebersendung eines Prospektes vom Unterrichtslokal Gormannstraße. — **Zülsdorf.** Sie müßten Ihre Fragen wiederholen. — **W. W. Schönhauser Straße.** Nein. — **Warnecke.** Die Städtische Handwerkerschule, Andreasstr. 1—4. Anmeldungen beim Direktor. — **W. K. 100.** Das Institut ist uns nicht bekannt, wir können daher auch über Sicherheit desselben nicht urteilen. — **Zwei Streitende.** 1. Ein Privatinstitut mit Unterstützung aus Reichsmitteln. 2. Weil die Reichsbehörden sich ein Mitverwaltungsrecht gesichert haben. 3. Wie jede andere Privatbank. Es ist demnach das Vermögen der Reichsbank nicht Nationaleigentum. — **O. F. 65.** Ohne Angabe des Sachverhalts nicht zu beantworten. Senden Sie sich an unsere juristische Sprechstunde, Lindenstraße 3. — **Paul Ernst.** Sie werden gut tun, sich mit dem Vorsitzenden der Arbeiter-Bildungsschule, dem Genossen Geilhner, Lindenstraße 69, in Verbindung zu setzen. — **W. Sch. 100.** Die Landesversicherung wird sich durch das Gutachten nicht beeinflussen lassen. Sie werden auch sicher nicht abgewiesen werden. — **Bruno und Heinrich.** Uns fehlt die Zeit, eine solche Streitfrage zu entscheiden. — **K.** Auf eine direkte Anfrage wird Ihnen Auskunft und Prospekt zugestellt. — **Stift.** Ihre fünf Fragen wird Ihnen die Verwaltung des Stifts auf Anfrage gern beantworten. — **E. L. 66.** Uns ist Nachteiliges über die Bank nichts bekannt. — **E. R.** Wenn die dort angestellten Aerzte im Militärverhältnis den Rang erlangt haben, ja. — **H. Tr.** Wiederholen Sie bitte Ihre Anfrage. — **R. 40.** Die Bezeichnung auf das Haustier Ziege angewandt, ist uns nicht bekannt. — **F. M. 778.** Wollen Sie gefälligst im Unterrichtslokal in der Gormannstraße um einen Prospekt und die Bedingungen bitten. — **Nr. 100.** Wir können Firmen nicht empfehlen. Wenden Sie sich an die „Deutsche Metallarbeiterzeitung", Stuttgart. — **M. S. 4.** Wollen Sie sich gefälligst an Simanowski, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, wenden; dort werden Sie sicher Auskunft erhalten. — **Nr. 444.** Ihre Frage ist unverständlich. Vielleicht kommen Sie einmal in unsere juristische Sprechstunde. — **E. S. 22.** Uns nicht bekannt. — **Mehrjähriger Abonnent 13.** Eine Verjährung in Ihrem Sinne tritt nicht ein. Doch wird gelegentlich auf Ihren Wunsch der Vorgang nicht erwähnt werden. — **A. R.** Sie müssen einen Sachverständigen, praktischen Zahnarzt, zu Rate ziehen und je nach dem Befund eventuell klagbar werden. — **A. B. 129.** In der Regel nicht. Fischarten, wie der Walfisch, die zur Klasse der Säugetiere gehören und einzelne besondere Arten derselben Klasse, ja. — **Eisbeinkarl.** Der uns bekannte letzte Aufenthalt war auf der Insel Capri. — **Hausmann-Tonderburg.** Deutscher sozialdemokratischer Leseklub, Paris, Restaurant „Palais Royal", Rue de Valois 9. — **Kuhnke, Kopenhagener Straße.** Das ist ein Irrtum, die Partei als solche hat damit nichts zu tun. — **B. E., Rixdorf.** Ohne die italienische Sprache zu kennen, wird Ihnen das auch mit Hilfsmitteln nicht gelingen. — **A. T. 53.** Spanisch. — **R. H.** Wenden Sie sich an Herrn August Hintze, Pankstr. 31b. — **E. S. 979.** Auf solche geschäftliche Empfehlungen können wir uns nicht einlassen. — **M. W., Weißensee.** Ja, das stimmt. — **E. B. 710.** Wenn Sie den Nachweis liefern können (durch Lohnbuch), daß Sie den Verdienst hatten, der für die 6. Klasse maßgebend ist, so beantragen Sie bei der Kasse die Nachzahlung. Im Weigerungsfalle beschweren Sie sich beim Magistrat in Schöneberg. — **O. B. 17.** Wir würden uns mit dem Nachweis strafbar machen. — **Harry B. 13.** Ein Scheidungsgrund kann das uns angegebene nicht sein. Wenden Sie sich doch unter Darlegung Ihrer Verhältnisse an die Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststraße 16. — **O. F. 52.** Das Kreisstatut trifft Entscheidung. — In der Regel haften Käufer und Verkäufer gleichmäßig für die Steuer. Wollen Sie sich auf dem Gemeindebureau Ihres Ortes das Kreisstatut vorlegen lassen. **200. R. L., Rixdorf.** Sie müssen beim Magistrat um Freigabe des Hundes einkommen unter Nachweis, daß der Hund als Wachhund gehalten werden soll. — **F. M. 83.** 1. Sozialist Labour Party. 2. Das erfahren Sie in einem Auswanderungsbureau. — **B. G. 1894.** — **H. R. 36.** Ohne amtlichen Auftrag, nein. — **O. S. 45.** Verträge unterschreibt man nicht, ohne sie gelesen zu haben. Jetzt müssen Sie die Folgen tragen. —

Witterungsübersicht vom 24. September 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0° red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer auf 0° red. mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Swinemde.	763 SO		2	halb bd.	11	Haparanda	767 N		2	wolkenl	4
Hamburg	764 OSO		2	wolkenl	10	Petersburg	764 NW		1	Nebel	8
Berlin	764 SO		3	wolkenl	9	Scilly	762 NNW		4	bedeckt	13
Frankfa M.	760 NO		1	Regen	11	Aberdeen	764 OSO		1	bedeckt	12
München	762 W		2	Nebel	12	Paris	760 SSW		3	bedeckt	14
Wien	761 Still			wolkenl	9						

Wetterprognose für Freitag, den 25. September 1908.

Mild und zunächst meist heiter bei schwachen östlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 23. 9. cm	seit 22. 9. cm¹)	Wasserstand	am 23. 9. cm	seit 22. 9. cm¹)
Memel, Tilsit	195	—4	Saale, Grochlitz	85	—3
Pregel, Insterburg	—7	—1	Havel, Spandau²)	40	—1
Weichsel, Thorn	152	—14	" Rathenow²)	28	0
Oder, Ratibor	132	—5	Spree, Spremberg²)	68	—2
" Krossen	142	—10	" Berskow	67	0
" Frankfurt	153	—8	Weser, Münden	—95	—9
Warthe, Schrimm	82	+4	" Minden	—14	—1
" Landsberg	30	+1	Rhein, Maximiliansau	495	+3
Netze, Nordamm	—3	—2	" Kaub	266	—10
Elbe, Leitmeritz	—40	—3	" Köln	273	—10
" Dresden	154	0	Neckar, Heilbronn	60	+2
" Barby	80	—8	Main, Wertheim	127	—4
" Magdeburg	95	—5	Mosel, Trier	36	—2

²) + bedeutet Wachs. — Fall, — ²) Unterpegel.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Dritter Wahlkreis.

Sonntag, den 27. d. M., abends 6 Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59:

Oeffentliche Versammlung
für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen **Störmer** über: „Arbeiterschaft und Kirche".

Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**

Entree inkl. Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein 213/12

Der Einberufer: August Pohl, Naunynstr. 30.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof I. Amt 3, 1299. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 27. September 1908, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für die

Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

in den **Musiker-Festsälen**, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Wissel**: „Die Entwickelungstendenzen der modernen Technik". — 2. Diskussion. — 3. Branchenangelegenheiten. — 4. Verschiedenes. 122/10

In Anbetracht des sehr lehrreichen und für unsere Branche ganz besonders wichtigen Vortrages erwarten wir recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen. — **Mitgliedsbuch legitimiert.**

Die für Dienstag, den 29. September, angesetzte

Branchen-Versammlung

der

Mechaniker, Uhrmacher und Optiker

findet nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 27. September, mittags 12 Uhr:

General-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Entlastung des Vorstandes. 3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes. 4. Beschlußfassung über Aufnahme des Berliner Konsumvereins. 5. a) Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern. b) Neuwahl des Aufsichtsrates. c) Wahl von fünf Ersatzpersonen für den Aufsichtsrat. 6. Beratung und Beschlußfassung über das neue Statut. 7. Beratung der auf Grund des § 13 des Statuts eingegangenen Anträge. 8. Genehmigung zur Errichtung von Verkaufsstellen. 9. Beschlußfassung über Ausgabe von Hausanteilscheinen zur Errichtung einer Bäckerei.

Die Statutenentwürfe sowie Nr. von Mitte September des Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes sind mitzubringen.

Der Aufsichtsrat. **Karl Bücke,** Vorsitzender. **Der Vorstand.** **R. Junger. Tutzauer.**

Nur Mitgliedsbuch oder Benachrichtigungskarte vom **Amtsgericht legitimiert.**

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, da um 5 Uhr der Saal geräumt werden muß. 127/8

Tischler-Verein E. H. No. 89.

Sonnabend, den 26. September, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung

Vortrag mit Lichtbildern des Herrn **O. Hoffmann**: Ausflug nach Portugal, Neapel, Pompeji usw., eine Besteigung des Vesuvs. Vereinsangelegenheiten. Gäste (Damen und Herren) haben Zutritt. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Wohnung beim Vorstand anzugeben. — Das Stiftungsfest findet am 17. Oktober in „Sanssouci" statt. (199/6) **Der Vorstand.**

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)

Außerordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 27. September 1908, vormittags punkt 10 Uhr bei Herrn **Fritz Wilke**, Brunnenstr. 188.

Tages-Ordnung: 1. Aenderung der §§ 8, 11 und 26 der Kassensatzungen. 2. Innere Kassenangelegenheiten. 38/5*

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.** I. A.: H. Metzke.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Große Bekanntmachung!!!

Unterzeichnete Firmen haben Sonnabend, den 26. und Sonntag, den 27. d. M., der hohen Festtage wegen geschlossen.

Jeder Käufer, der mit seinem Einkauf bis Montag wartet und diese Anzeige vorzeigt, erhält beim Einkauf 5 Proz. Ermäßigung.

W. Sehnurmacher,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 113 und 108
A. Klein,	Schuhwaren	Skalitzerstr. 114
Kleiderprinz Lowicki,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 120
B. Monath,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 122
J. Wiesenfeld,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 126
Nathan Wand,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 129
Jacob Milgrom,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 133
P. Weitz,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 106
Arnold Meißner,	Herrengarderoben,	Skalitzerstr. 101
S. Littmann,	Herrengarderoben,	Oranienstr. 2
S. Goldmann,	Herrengarderoben,	Oranienstr. 4
J. Groß,	Herrengarderoben,	Oranienstr. 190
M. Türkischer,	Herrengarderoben,	Prinzenstr. 79
P. Lowicki,	Herrengarderoben,	Prinzenstr. 6
J. Weingarten,	Herrengarderoben,	Gitschinerstr. 72

Wann haben Sie wieder Waschtag?

Probieren Sie dann ohne Kaufzwang meine Dampf-Schnell-Waschmaschine **„Meteor"**. Prospekt No. 43 grat. u. franko. Tel. VI 7659.

Fritz Knoch, Berlin SW. 48, Puttkamerstraße 19.

Gaskronen

Elektrische Kronen · Fahrikpreise.

R. Zechlin

Berlin C. Alexanderstr. 9a. (Alexanderplatz.)

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich Stettiner Str. 57a am Sonnabend, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, eine 180?5*

Rind- u. Schweineschlächterei

eröffnen werde.

Jeder Käufer erhält am Eröffnungstage eine Zugabe.

August Schmolke.

Billigste Bezugsquelle für

Hygienische Bedarfs-Artikel

Drogerie Zaremba,

Berlin N., Weinbergsweg 1.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.

Den Genossen der Bezirke 461 und 466 für ihre **Gratulation** zu unserer **Vermählung** herzlichsten Dank! 18056

Dubberke und Frau.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"

Mitglied des Arbeiter Radfahrer-Bundes **„Solidarität".**

Sonntag, den 27. September:

Vereins-Tour.

1.—5. Abt., früh 7 Uhr: Mittenwalde. Nachm. 1 Uhr: Eichwalde (Bitte).

6.—10. Abt., nachm. 1 Uhr: Ellenicke bei Hermsdorf a. d. Nordbahn.

Starts an den bekannten Stellen.

Heute abend: 13/9

Fahrwart-Sitzung.

Reste!

Damentuche, schwarz und farbig. **Costumes-Stoffe** (neueste Muster, zu jeder Saison), **Astrachan, Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Seide, Velvet etc.** 4147L*

Confektion

Paletots, Jacketts, Costumes und **Costumesröcke** in großer Auswahl.

C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Grosses Parteilokal

im nördlichen Industrievorort Berlins, direkt am Bahnhof, m. grossem Saal, prachtvollen Garten m. Sommerbühne, Veranda, 2 Sommer- und 2 Winterkegelbahnen, Vereinszimmer u. Stehbierhalle. Jeden Montag und Donnerstag nebenan Markt. Sofort krankheitshalber zu verkaufen. Näh. Auskunft erteilt **A. Wernau,** Pharussäle, Berlin, Müllerstr. 142.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

Köpenicker Viertel.

Bezirk Nr. 197.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt

Paul Feller

Lausitzer Platz 7

am 14. September **gestorben ist.**

Ehre ihrem Andenken!

220/14 **Der Vorstand.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Am 23. September verstarb im Alter von 44 Jahren unser Mitglied 139/11

Anton Pelka

(Adlershof).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Adlershof aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Verbandsleitung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Schriftsetzers

Eduard Müller

sage allen Freunden, Bekannten, Kollegen und Kolleginnen meinen herzlichsten Dank. 18065

Die trauernde Witwe

Gertrud Müller geb. **Tamm** nebst Töchterchen.

Danksagung.

Herzlichen Dank allen Denen, die beim Hinscheiden meines unvergeßlichen Mannes

Karl Henninger

liebend seiner gedachten, besonders auch den Sängern des Vereins „Typographia", zugleich im Namen der Hinterbliebenen 17985

Therese Henninger.

Bolero

ist nach dem

Urteil aller Sachverständigen

die

feinste 2 Pf.-Zigarette.

Garantiert Handarbeit!

Achtung! Zigarrenhändler! Achtung!

Die bestsortierte und billigste **Einkaufsquelle**

in **Zigaretten, Zigarren** und **Tabaken**

sämtlicher eingeführter Fabrikate ist

Max Ziegenhals,

BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, ::: dicht am ::: Alexanderplatz.

Telefon: Amt VII, 3047.

Gustav Behrens-Theater, Coltzstr. 9.

Feine Sache! Ausgezeichnet!

Große Ausstattungsoperette.

Neu! **La belle Rose,** Prima-Ballerina. Neu! **Georg Thierry** gen. **Silvester-Schäfer II.**

10 Spezialitäten 10.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

---

95 Pfennig

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76 WARENHAUS „MOABIT" Turmstraße 76

Woche!

Es sind noch verschiedene sehr vorteilhafte Artikel eingetroffen und einige ausverkaufte Waren wieder ersetzt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Von der Reise zurück
Dr. med. Karl Reinhardt
spezialärztliche Institute für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harnleiden, Schwäche, Potsdamer Str. 117 (½12—2 u. ½8—9 abends), Neanderstraße 12 (nahe Zionskirche, ½10—11 u. ½5—½8). Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren bei frischen und veralteten Fällen. Ausführliche Broschüre über den Wert sämtl. übl. Heilmethoden in verschloss. Kuvert gratis und postfrei. 183/13

Unsere 1ten Prämien!

In der Zeit des lenkbaren Luftschiffes, des Automobils, des Phonographen, der drahtlosen Telegraphie, des rauchlosen Pulvers und all der erstaunlichen Fortschritte, Entdeckungen und Erfindungen der Technik, wo die materielle Kraft fast schrankenlos waltet, bietet es wahrhaft ein erhebendes Schauspiel dar, zu sehen, dass das deutsche Volk immer wieder zu seinem Schiller oder Goethe zurückgreift. Gewiss erachtet es jeder Gebildete heutzutage als eine Anstandspflicht, die Werke der in ihrer Art einzig dastehenden grossen Geister zu besitzen, aber immerhin ist dieser Wunsch bei den weniger Bemittelten nicht immer durchführbar gewesen. Die vorliegenden neuesten und ausserordentlich billigen Ausgaben dürften es jedem ermöglichen, alles das in zwei stattlichen Bänden vereinigt zu sehen, was unsere edelsten Dichter und Denker geschrieben haben. Infolge Massenauflagen ist es uns gelungen

Schillers Illustr. Pracht-Werke
Goethes Illustr. Pracht-Werke

in je 2 reinleinenen eleg. Geschenk-Einbänden gebunden, 2 Bände für **nur Mk. 3,50** anbieten zu können. Beide Werke illustriert nach Gemälden der berühmtest. Illustratoren, Prof. Wilhelm v. Kaulbach, A. v. Kreling, J. A. Ramberg, C. Jäger, A. Müller, W. Lindenschmidt, R. Beyschlag, Ludwig Richter u. a.

Möchten die vorliegenden Schiller- und Goethe-Ausgaben ein Scherflein dazu beitragen, uns unsere Klassiker, an dessen unsterbliche Schöpfungen in vielen Städten Denkmäler aus Erz und Stein erinnern, noch näherzubringen, damit es im Hause keines Deutschen fehle, und nicht nur im Palaste der Reichen, sondern auch in der Hütte der Armen zu finden sei. Überall Licht spendend, die Geister aufklärend und Herz und Gemüt erquickend.

Humboldt-Verlag, G. m. b. H., Berlin W. 57

Prämien-Schein V. 1

Unterzeichneter bestellt hiermit beim Humboldt-Verlag, G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 68
.....Expl. Schillers Werke 2 Bd. z. Prämienpr. f. M. 3,50 } zuzl.
—Expl. Goethes Werke 2 Bd. z. Prämienpr. f. M. 3,50 } Porto
(Alle 4 Bände zusammen M. 7,— franko.)

Name: _____ Stand: _____

Wohnung: _____

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Kenner rauchen nur 153/20*
Zeppelin-Zigarre
Marke: **Luftig-Duftig**
in Originalpackung, gesetzl. geschützt. **Feinste 6, 8 und 10 Pf.-Zigarre.** Milde und aromatisch. Nachahmung wird gerichtlich verfolgt. Vertretung: **Leo Ansbach, Berlin O., Blankenfelde Str. 3.**

Aeltestes Teilzahl.-Geschäft für **Brennabor-Räder!**

Kein Laden! Günstigste Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Wanzen
Schwaben, Russen, Flöhe,
Fliegen, Blattläuse 2c. werden durch meine unfehlbar wirkenden Spezialmittel nebst Brut vollständig vertilgt. In Flaschen reip. Schachteln a 30 Pf., 50 Pf., 1,00 bis 3,75 M. Zahlreiche lobende Anerkennungen.
1000 M. Belohnung
demj., der mir ein. Nichterfolg nachweist.
Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstr. 14.

Ich liefere
auf Kredit
an Jedermann
Möbel
Polsterwaren
Kompl. Wohnungs- u. Küchen-Einrichtungen
Herren- und Damen-Garderobe
Leib- und Bettwäsche
Betten, Steppdecken
Teppiche, Gardinen
Portieren, Bilder, Uhren
Gas- u. Petroleumkronen
eventuell alten Kunden
ohne Anzahlung
bei
kleinster Abzahlung
Möbel- u. Waren-Kredit-Haus
S. Dorn
Alte Schönhauser Straße 3
Am Tor.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt"
Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art
in werktäglich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen 466L und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badezeit.)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 2933R*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Winterpaletots, einzelne Beinkleider, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Andreasstraße 54, zweites Haus von der Markthalle. 12129*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00. Wäsche, Steppdecken, Tischdecken, spottbillig. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1214R*

Gardinen, Portieren, Teppiche, Wanduhren, Taschenuhren, Schmucksachen, verfallene Pfänder verkauft spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 1213R*

Drehrollen (Teilzahlung). Berliner Drehrollen-Fabrik, Waymannstraße neunundzwanzig. 1181R*

Humboldtleihhaus nur Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Großer Pfänderverkauf, spottbilligster Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Gardinenauswahl, Steppdecken, Plüschtischdecken, Teppichauswahl, hochmoderne Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Herbstpaletots, goldene Damenuhren, Herrenuhren, Wanduhren. Riesenauswahl. Spottpreise. Sonntags geöffnet. *

Betten, hochfein, zweischläfrig, Stand 18,00, Damenbetten 30,00 verkauft Neumann, Hornstraße 2. *

Nähmaschinen. Zahle hohe Vergütung. Alle Zeister-Rotzmann-Systeme gegen kleinste Abzahlung. Hruda, Rosenthalerstraße 19. Postkarte genügt. 17696*

Klassiker-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6,— Mark. Eichendorff, Hauff je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger, Kleist, Lenau, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1,75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 75 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Warenverkauf! Im Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Bequemste Fahrverbindung Großberlins! Jedermanns Einkaufsvorteil! Riesenauswahl! Pfänderverkauf! Hochfeine staunendbilligste Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Sommerpaletots! Winterpaletots! Enormbilliger Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Brautgeschenke! Goldene Taschenuhren! Wanduhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Nähmaschinen! „Allererste Billigkeit!" Anerkannt: Hermannplatz 6. „Sonntags geöffnet." †104*

Spezialkarte von Eberswalde, 75 Pf. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Wasch- und Ringmaschinen, billigste Preise, prima Qualität. Bei Abzahlung größtes Entgegenkommen. Bellmann, Gollnowstraße 20. 7968*

Riesenposten Teppiche, Sofa- und Salongröße, 4,35, 6,75, 10, 800 Mark. Eine Partie mit kleinen Webfehlern spottbillig. Teppichhaus Emil Lesbore, Oranienstraße 158. 1155R*

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Ausstteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nass, Mulackstraße 14.

Aepfel. Der Verkauf hat begonnen und befindet sich in diesem Jahre wieder Wilhelmshavenerstraße 1, Ecke Turmstraße. Albert Runze. Eigene Obstanlage. †80

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tülldeckdecken, Uebergardinen spottbillig Fabrikniederlage Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1745*

Schulmappen, Reise-, Hand-, Einholtaschen, gut, billig. Glatz u. Langner, Rixdorf, Bergstraße 57. „Vorwärts"-Lesern 5 Prozent Rabatt.

Installateure und Händler kaufen Bronzegaskronen, Zugampeln, Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner allerbilligst Großhandlung Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 1004R*

Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Uebergardinen mit Stores 17,00, Steppdecken, Säulentrumeau, Betten, Teppiche, Gardinen billig Hoffmann, Raunynstraße 52. 1808S

Landparzellen, Quadratrute von 6 Mark an verkaufen Gerber, Burgsdorffstraße 6, und Groß, Mollendorfstraße 3. †68

Geschäftsverkäufe.

Altes Parterrelokal, 12 Jahre bestehend, ist zu verkaufen. Erfragen bei Mertens, Zigarrengeschäft, Cuvrystraße 34. 1772R*

Konfitürengeschäft verkäuflich Wittstockerstraße 7. †143*

Zigarrengeschäft zu verkaufen Reinickendorferstraße 83. †68

Restaurant, altes gutgehendes Geschäft, 40 Halbe, 600 Mark, Brauereihilfe 3000, sofort wegen Krankheit der Frau zu verkaufen Ackerstraße 28.

Möbel.

Auf Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 1104R*

Billige Möbel aus Versteigerungen Auflösungen, Schränke, Vertikos, Taschensofas 45,—, Büfetts, Schreibtische 35,—, Bücherschränke 58,—, Vierzugtische 68,—, Lederstühle 12,—, Trumeaus 30,—, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55,—, enorm große Auswahl kompletter Wirtschaften jeder Stillart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 1121R*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 158/8*

Möbel, große Auswahl, Gelegenheitskäufe: Kleiderschränke 19,00, Waschtoiletten 11,00, Küchenschränke 18,00, Stubeneinrichtung 61,50, Mahagonimöbel stets am Lager, Büfetts, Schreibtische 32,00, Wohnungseinrichtung 158,00. Kastanien-Allee 96, Möbelspeicher. 1211R*

Möbel staunend billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, bietet sich augenblicklich Gelegenheit, infolge Raummangels, Möbel zu noch nie dagewesenen billigen Preisen zu kaufen, und sollten Brautleute, Pensionate usw. nicht versäumen, ihre Möbel schon jetzt zu kaufen, da auch unter anderem 20 zurückgesetzte und wenige gebrauchte Einrichtungen am Lager stehen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere schon Wirtschaften zu 140,—, 190,—, 250,—, 300,—, 400,— Mark, elegantere bis 10 000 Mark. Nußbaumbüfette 90,—, Pancellsofa mit Säulen 85,—. Muschelbettstelle mit Patentmatratze 65,—, Waschtoilette mit Marmor 23,—, Muschelvertiko, Muschelschränke 27,—, Säulentrumeau 29,—, elegante Schreibtische mit Aufsatz 35,—, Taschendiwan 42,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23,—, große Garderobenschränke 35,—, Ruhebettstellen 21,—, Sofa 32,—, modern gestrichene Küchen 68—. Augenblicklich am Lager befindliche Herrenzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, gebrauchter Ullmahagoni-Empiresalon spottbillig. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. Bitte genau auf Hausnummer 15 achten. 1092R*

Billige Möbel-Gelegenheitskäufe für komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie Ergänzungsmöbel jeder Stilart aus Auflösungen und Vergrößerungen im Möbelspeicher Fritz Doß, Weinbergsweg 17 (nahe Rosenthaler Tor). Schränke, Vertikos, Säulentrumeaus, Schreibtische 35, Bettstellen, Ankleideschränke, Büfetts, Plüschsofas, bunte Küchen 58, moderne Schlafzimmer 250, Teppiche 9, Plüschportieren, Stores 2,50, Gaskronen. Alles billig und gut. Lagerung, Lieferung kostenlos. 1189R

Nußbaum- Wirtschaft, Stube und Küche verkauft Winkelmann, Dresdenerstraße 109, Quergebäude parterre. 1804S

Fahrräder.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 674R*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 977R*

Prachtfahrrad notgedrungen Exerzierstraße 25, Mitschke. †149

Verschiedenes.

Komiker, billig, wohnt Köpenickerstraße 147. Schwartz. 1780S*

Patentanwalt Sessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1003R*

Alte und neue Messingabfälle kauft Kottbuserstraße 8 parterre. †13*

Alte und neue Bleiabfälle kauft Kottbuserstraße 8 parterre. †13*

Aufpolierung. Bettmatratze 4,00. Sofa 5,00, auch außerm Hause, Hoffmann, Neue Königstraße 30.

Küchenmöbel streicht Rönspies, Friedenstraße 97. 1801b*

Wer Stoff hat! Fertige Herren-Anzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. 159/10*

Waschanstalt Heinrich Kobell, Köpenick, Glienickerstraße 21, wäscht chlorfrei Leibwäsche; 3 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Lieferung, Abholung Montags. 1809b

Putzerinnen für Magnesitsteine verlangen Berliner Lapidon-Werke, Friedenau, Hauptstraße 92/93. 1783b*

Handwäscherei Krisall, Köpenick Grünauerstraße 61. Wäsche wird blendend weiß geliefert. Laken, Leibwäsche, 4 Handtücher 0,10. Abholung, Lieferung Montags. 1240R

Vermietungen.

Laden Kantstraße 91 mit Wohnung, und großem Lagerkeller (bisher Bau- und Bildergalerei darin) sofort billigst zu vermieten. Näheres beim Portier. 159/11

Zimmer.

Ledigenheim Charlottenburg, Dankelmannstraße 49. Einzelzimmer mit Frühstück einschließlich Heizung und elektrischem Licht zu 13—15 Mark monatlich. 1187R*

Möbliertes Zimmer vermietet an 1 oder 2 Herren Frau Jacoben, Wiesenstraße 10 II. 1768b*

Sauber möbliertes Zimmer, separat, hell, insektenfrei, 20,00 mit Kaffee Landsbergerstraße 85, 2. Portal III links, Tarlan. †115

Möbliertes Vorderzimmer, Schlafstelle 13,00, Badebenutzung, Urbanstraße 65, rechter Aufgang II links.

Schlafstellen.

Junge Witwe sucht zwei anständige Schlafherren. Waldemarstraße 40, 2. Hof 4 Treppen rechts. †89

Schlafstelle vermietet Witwe Krisch, Kottbuserstraße 41, Quergebäude II. †63

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Habe bei mehreren Tausend Glühbirnen die Fassungen anzubringen. Geübte Arbeiter wollen sich melden unter S. W. Postamt C. 25. 1793S

Marmorschleifer verlangt Braun, Rixdorf, Hermannstraße 8. 1808b

Kautionsfähige Damen zur Uebernahme von Filialen verlangt Hermann Sello, Katzbachstraße 19, Weingroßhandlung. 1802b

Putzerinnen für Magnesitsteine verlangen Berliner Lapidon-Werke, Friedenau, Hauptstraße 92/93. 1783b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Blumen-Färberinnen,
welche selbständig färben können, resp. erste Färberin bei hohem Gehalt sucht 1771b*
Schindelhauer, Alte Jakobstraße 154—57.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am **Dienstag, den 29. September,** finden in den sechs Berliner Kreisen und einer Reihe von Vororten die Generalversammlungen der Wahlvereine statt, welche sich mit der Berichterstattung vom Nürnberger Parteitage usw. beschäftigen.

Wir machen schon heute hierauf aufmerksam und ersuchen etwaige andere Veranstaltungen an diesem Abend zu unterlassen. **Der Aktions-Ausschuß.**

Sechster Wahlkreis. Für die 7. und 8. Abteilung findet ein Lichtbildervortrag nebst Besichtigung des astronomischen Museums und des Riesenfernrohrs in Treptow am Sonntag, den 27. September, statt. Anfang des Vortrages nachmittags 5 Uhr. Nachzügler können auch an dem Vortrage um 7 Uhr teilnehmen.

Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 27. September, morgens 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Kuvertverbreitung anläßlich der am Dienstag, den 29. September, stattfindenden Gemeindevertreter-Ersatzwahl statt.

Die Parteigenossen werden ersucht, pünktlich zur Stelle zu sein.

Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Arbeiter! Parteigenossen! Die Gemeindewahl im Westen findet heute Freitag, den 25. September, von vormittags 11 bis abends 8 Uhr in Borcherts Kasino, Kyllmannstr. 7 (Viktoriaplatz) statt. Alle Wähler, die am 1. April oder auch später aus dem Westbezirke verzogen sind, gleichviel wohin, sind wahlberechtigt und müssen ihr Wahlrecht ausüben.

Da der Wahlkampf voraussichtlich ein äußerst heftiger werden wird, appellieren wir an alle Arbeiter und Parteigenossen, heute ihre Pflicht zu tun.

Es kommt auf jede Stimme an. Da die Wahlzeit bis 8 Uhr abends ausgedehnt ist, hat jeder Wähler genügend Zeit, sein Wahlrecht auszuüben.

Wahlkarte oder sonstige Legitimation ist mitzubringen.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind:

Paul Hecht, Metallarbeiter, Dürerstr. 10.
Adolf Neumann, Vergolder, Steinäckerstr. 24.
Kaspar Wenzel, Zeitungsexpedient, Krummestr. 2.

Vorsigwalde-Wittenau. Sonntag, den 27. September, morgens 8½ Uhr, findet eine Handzettelverbreitung statt. Die Genossen treffen sich in Vorsigwalde bei Reuter, in Wittenau bei A. Schulze. Montag, den 28. September: Oeffentliche Versammlung in den Vorsigwalder Festsälen, Referent: Genosse A. Stern. Anfang 8½ Uhr. Der Vorstand.

Mahlsdorf-Kaulsdorf. Am Sonnabend, den 26. d. M., abends 8½ Uhr, bei Mees, Berliner Chaussee: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Mitteilungen. Vortrag des Schriftstellers Dr. Max Schütte über: „Die Entstehung der Religion". Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 26. September, abends 8½ Uhr, im Lokale von Otto Pactsch statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Mühlendeck. Die am Sonntag, den 27. d. M., fällige Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt wegen der an diesem Tage stattfindenden öffentlichen Gewerkschaftsversammlung aus.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Debatte über den erneuten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich der Arbeitslosenfrage war vor vierzehn Tagen abgebrochen worden, weil erst gewartet werden mußte, auf welche Maßregeln zur Linderung der Arbeitslosigkeit das Magistratskollegium sich einigen würde. Gestern wurde sie fortgesetzt, und sie verlief diesmal ohne Differenzen. Die Mitteilungen, die der Vertreter des Magistrats sogleich zu Beginn der Debatte machte, sind ja zunächst weiter nichts als Versprechungen. Aber es blieb nur übrig, sie hinzunehmen. Warten wir ab, ob man sie in die Tat umsetzen wird. Auch der gestern noch eingebrachte Antrag unserer Genossen auf Verkürzung der Arbeitszeit in den Gemeindebetrieben, von dessen Ausführung gleichfalls ein mildernder Einfluß auf den Umfang der Arbeitslosigkeit erwartet werden darf, fand vorerst keinen nennenswerten Widerspruch. Gegen die Begründung, die von unserem Genossen Hintze kurz und bündig gegeben wurde, ließe sich ernsthaft ja überhaupt nichts einwenden. Nur der „Sozialfortschrittler" Dr. Nathan trug die Ansicht vor, daß der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit eigentlich doch wohl recht lose sei. Die Redner der Mehrheitsfraktionen gingen auf seine Bedenken vorläufig nicht ein. Vielleicht werden sie in der gemischten Deputation, die auch über diesen Antrag zu beraten haben wird, Herrn Nathans Meinung zu der ihrigen machen und froh sein, mit dieser Begründung den Vorschlag einer Verkürzung der Arbeitszeit aufs neue verwerfen zu dürfen. Im weiteren Verlauf der Debatte mahnte Genosse Dupont zu möglichster Beschleunigung der Beratungen teils in einem Ausschuß, teils in der gemischten Deputation. Die gemischte Deputation, an die schließlich beide Anträge mit überwiesen wurden, wird — so versprach es Oberbürgermeister Kirschner — mit ihrer Arbeit bald beginnen und rasch arbeiten. Hoffen wir's!

Zweierlei Sargmaß.

In langsam feierlichem Zuge bewegt sich eine prächtige Leichenkarosse über die Großstadtstraße. So etwas sehen die Berliner, die doch sonst an Prunk und Glanz gewöhnt sind, nicht alle Tage. Schwarze, silberverzierte Säulen, getragen von einem geschnitzten Baldachin, weißseidene Vorhänge hinter den im Sonnenlicht funkelnden Spiegelglasscheiben, und obenauf eine goldschillernde Krone. Ist es die Krone, die den Abschluß eines reichbewegten, erfolgreichen Lebens versinnbildlichen soll? Oder deutet das Prunkstück die unerforschliche, gewaltige Majestät des Todes? Vier Pferde davor, geschmückt mit schwarzem Behang, mit nickenden Federbüschen und schwerfälligen Troddeln, langsam und feierlich einherschreitend, als ob sie den Ernst der Aufgabe instinktmäßig fühlten, geführt von schwarzbetreßten Lakaien mit Trauermasken und Leichenbittermienen. Der Chopinsche Trauermarsch . . .! Er hört ihn nicht mehr, der reiche, arme Mann, der dort in metallenem Paradesarge ruht, den der unerbittliche Tod vielleicht mitten im wirbelnden Lebenstanze abberief, wie er keinen Staubgeborenen verschont. Hinter der Staatskarosse des Todes der Kranzwagen, überladen mit betäubend duftenden Herbstkindern Floras, mit gold- und silberbedruckten kostbaren Schleifen in vielerlei Farben. Riesenkränze und Palmenwedel, die ein kleines Vermögen kosten. Und dann eine leere Equipage, der Fond tiefschwarz ausgeschlagen, selbst die Speichen der Räder und die Peitsche und das Zaumzeug der edlen Tiere bedeckt mit trauerndem Krepp. In langer, schier unübersehbarer Reihe, von einer Straße in die andere reichend, Wagen auf Wagen. Elegante Frauengestalten darinnen und Kavaliere in tadellosem Schwarz. Nur hier und da stiehlt sich in scharfem Gegensatz zum sonstigen Zurschautragen des Reichtums der funkelnde Strahl eines Schmuckstückes durch die Farbe der Trauer. Die letzte Ehre ist's, die man schon aus Schicklichkeit dem reichen Manne erweisen muß, dessen Champagner und Austern man doch nicht verschmähte. Nun hat es vorläufig gute Weile mit den rauschenden Festen im vornehmen Hause, das durch seinen Glanz und seine Gastfreundschaft so gut gelitten war. Wie wird das Leben nun werden im verwaisten Hause? Wird die junge, bildhübsche Witwe, der der Verblichene im Alter um volle drei Jahrzehnte voraus war, die offizielle Trauerzeit abkürzen? Oder wird sie sich trösten mit den zahlreichen „Zigeunern", die liebegirrend nach der Hand und dem Gelde der schönen Wittib trachten? Still „trauernd" ist sie zu Hause geblieben, wo es so stickig duftet nach Blumen und Lichtern und Menschen. Was soll sie auch noch auf dem Kirchhof, am Erbbegräbnis? Und morgen, übermorgen fährt sie zur Zerstreuung an die Riviera. . . . Man sieht's den fragenden Blicken, dem lebhaften Geplauder der Trauergäste in den langsam, feierlich dahingleitenden Kutschen förmlich an, daß solche und ähnliche lieblose Gespräche den Stoff der seichten Unterhaltung abgeben. Der Tote . . . hört's ja nicht mehr. Nur der Lebende hat recht. Und die Tausende, die staunend die glänzende Leichenparade bewundern, — sie haben merkwürdigerweise fast alle denselben Gedanken. Was nützt dir nun all dein Geld, all dein Reichtum, du armer reicher Mann! Die Glocken läuten dir dumpf dein Abschiedslied auf den Weg in jenes unbekannte Land, wo arm und reich gleich in die Wagschale fallen. . . .

•

Ein anderer „Leichenzug", fast kaum beachtet im Gewühl der Großstadt. Gemessen, den Blick tief gesenkt, schreitet dort drüben, hart am Bürgersteig, ein ärmlich gekleideter Mann. Ueber die eine Schulter hängt straff ein schwarzlederner Riemen und an ihm, mit beiden Händen an den Leib gehalten, ein weißbekreppter, winzig kleiner Sarg. Der eigene Vater ist's, der den traurigen Rest der Freude, die ihm versagt wurde, selbst hinausträgt nach dem Kirchhof. Vergebenes Hoffen! Und wer weiß, wozu es gut war. Wer weiß, welches Leid dem Menschlein, das nur wenige Tage ins Licht der Welt blickte, erspart blieb! Aber es war ein Mensch. Und andere Menschen folgen dem ärmlichen Leichenzuge. Die Schwester mit dem Brüderchen an der Hand, ein paar Nachbarn, denen das Schicksal der jammernden Mutter zu Herzen ging. Wo nur das stille, armselige Trauergefolge vorbeikommt, bleiben die Straßengänger neugierig stehen . . . die Armut zieht die Blicke genau so auf sich wie der Prunk und der Reichtum. Wie eine Vision steigt es vor mir auf. Immer mehr Menschen schließen sich an, folgen mit Hunderten von Kränzen dem kleinen, schmucklosen Sarge, geben der Armut, magnetisch angezogen, das letzte Geleit. Ist's nicht wie zauberhafter Glanz, der von dem weißen Kindersarge herüberleuchtet? Steht dort nicht eine hohe, ernste Frauengestalt, wie befreiend die Hände ausgestreckt über das tote Vermächtnis des Armen? Menschen auf Menschen drängen sich an die kleine Gruft, Kränze auf Kränze wölben sich zu hohen Hügeln. Und dann stehe ich einsam wieder neben dem ärmlichen Manne, neben den beiden Kleinen, die ihr totes Brüderchen begruben, starre mit den paar freundlichen Nachbarn auf die letzten weißen Kreppzipfel am erdbedeckten Kindersarg. Und um uns wogt wieder, schwarz flutend, die tosende Welle der Großstadt.

Die Untergrundbahn Leipziger Platz-Spittelmarkt ist soweit fertiggestellt, daß sie am 1. Oktober dem öffentlichen Verkehr übergeben werden kann. Die neue Strecke ist 2,3 Kilometer lang und hat fünf Bahnhöfe: Leipziger Platz, Kaiserhof, Friedrichstraße, Hausvoigteiplatz und Spittelmarkt. Die Seitenwände sind mit hellfarbigen Fliesen bekleidet, auf denen die Stationsnamen in häufiger Wiederholung angegeben sind. Der bequemeren Orientierung wegen haben die Stationsnamen eine für jede Station verschiedene farbige Umrahmung erhalten, mit deren Farben auch der Anstrich der Eisenkonstruktion übereinstimmt. Es sind gewählt für Leipziger Platz grün, für Kaiserhof schwarz, für Friedrichstraße rot, für Hausvoigteiplatz gelb und für Spittelmarkt blau. Besonders luxuriös ist der Bahnhof Kaiserhof ausgestattet, er ist mit Majolikaauskleidung aus den Kaiserlichen Werkstätten Cabinen geziert. Die Fahrt auf der neuen Strecke vom Leipziger Platz bis zum Spittelmarkt dauert 6 Minuten. Da die zwischen dem Osten und dem Westen verkehrenden Züge nicht mehr über den Leipziger Platz geleitet werden, werden in Zukunft drei getrennte Verkehrsrichtungen bestehen: Spittelmarkt-Leipziger Platz-Westen (Wilhelmplatz) und umgekehrt, Spittelmarkt-Leipziger Platz-Osten (Kottbuser Tor bezw. Warschauer Brücke) und umgekehrt, Osten (Warschauer Brücke)-Gleisdreieck-Westen (Zoologischer Garten) und umgekehrt. Auf allen drei Strecken verkehren die Züge in beiden Richtungen in Abständen von je 5 Minuten, mit Ausnahme der ersten Morgen- und der letzten Abendstunden. Auf der neuen Linie nach dem Spittelmarkt wird daher eine Zugfolge von 2½ Minuten bestehen, die aber nach Bedarf auf zwei Minuten verdichtet wird. Obige drei Zugrichtungen sind durch farbige Schilder, die auf den Haltestellen gezogen werden, kenntlich gemacht. Die Bauzeit der neuen Strecke hat zwei Jahre gedauert. Die Bahn soll nach dem Alexander-Platz und nach der Schönhauser Allee weitergeführt werden. Im Jahre 1912 soll die Linie bis Alexander-Platz und 1915 die Linie bis Schönhauser Allee fertiggestellt sein.

Unentgeltlicher Kursus in der Säuglingspflege. In der städtischen Säuglingsfürsorgestelle Nr. IV der Schmidt-Gallisch-stiftung, Raunynstraße 63, beginnt am Dienstag, den 6. Oktober, abends 6 Uhr wieder ein unentgeltlicher Kursus der Säuglingspflege für Frauen und Mädchen. Die Dauer des Kursus beträgt bei wöchentlich zwei Stunden drei Wochen. Vorherige mündliche oder schriftliche Anmeldung von 1 bis 4 Uhr in der Fürsorgestelle erbeten.

In der städtischen Säuglingsfürsorgestelle Nr. V, Pankstraße 15 (am Wedding) beginnt am Dienstag, den 6. Oktober, abends ½7 Uhr ein unentgeltlicher Kursus der Säuglingspflege. Dauer drei Wochen bei zwei Stunden wöchentlich. — Vorherige schriftliche oder persönliche Anmeldung (1—3) erbeten.

Ein gefährlicher Schlafstellenmarder ist durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. Der „Gelegenheitsarbeiter" Fritz Wohte suchte besonders im Norden der Stadt Schlafstellen auf und verschwand bald darauf unter Mitnahme der Habseligkeiten seiner Schlafgenossen. Auch die Wirtsleute bestahl er in vielen Fällen. In der Schulstraße glückte es, den gefährlichen Burschen in dem Augenblick, als er eine Schlafstelle in dem Hause Schulstraße 25 mit Beute beladen verlassen wollte, festzunehmen. W. wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein durchgehendes Gespann der Pferdehändlers Noa, Landsberger Straße, hat gestern abend an der Ecke der Landsberger und Kl. Frankfurter Straße schweres Unheil angerichtet. Das wild gewordene Pferd raste mit dem Wagen die Landsberger Straße entlang, überfuhr vier Kinder und rannte schließlich in das Schaufenster eines Konfektionsgeschäftes hinein. Von den verunglückten Kindern ist eins gestorben, drei wurden schwer verletzt.

Aus einem in voller Fahrt befindlichen D-Zuge sprang der neunzehnjährige Tischlergeselle Rüter zwischen den Stationen Paulinenaue und Friesack. Er hatte die Absicht gehabt, den Personenzug, der mittags 1,25 Uhr vom Lehrter Bahnhof abfährt, zur Fahrt nach Paulinenaue zu benutzen, war jedoch zu spät auf den Bahnhof gekommen und sprang irrtümlicherweise in den Hamburger D-Zug, der 5 Minuten vorher die Station verläßt und ohne Aufenthalt bis Wittenberge durchfährt. Erst als der Train sich in voller Bewegung befand, erkannte R. seinen Irrtum. Um nicht bis Wittenberge mitfahren zu müssen, warf er, als der Zug durch die Station Paulinenaue hindurchfuhr, seinen Koffer hinaus und sprang dann selbst auf die Strecke. Der Tischlergeselle blieb besinnungslos neben den Schienen liegen und wurde dort bald darauf von Streckenbeamten aufgefunden, die ihn nach der nahegelegenen Station Vietznitz brachten, wo sich Rüter soweit erholte, daß er die oben geschilderten Angaben machen konnte. Mit dem nächsten Personenzuge wurde er nach dem Rauener Krankenhause übergeführt. Er hat zwar, wie ärztlich festgestellt wurde, keine lebensgefährlichen Verletzungen erlitten, jedoch ist ihm bei dem Sturz der rechte Backenknochen sowie der Unterkiefer rechtsseitig zerschmettert, so daß der leichtsinnige Springer für Lebenszeit entstellt bleiben wird.

Opfer der Arbeitslosigkeit.

Der 48jährige Bauarbeiter Hermann H. wurde vormittags in dem zu seiner Wohnung gehörigen Keller in einem Hause in der Wilhelmshavener Straße in bewußtlosem Zustande von seinem Sohne aufgefunden und mittels Droschke nach dem Krankenhause Moabit gebracht, wo er bald danach starb. H. hatte sich mit Lysol vergiftet, weil er arbeitslos war.

Keine Cholera.

Amtlich wird berichtet: In betreff des plötzlichen, durch Zeitungsnachrichten bekannt gewordenen Todesfalles der Frau Koszyplaida, bei dem von vornherein die Möglichkeit nicht ganz auszuschließen war, daß es sich um Cholera handeln konnte und daher alle Vorsichtsmaßregeln angeordnet worden waren, hat die bakteriologische Untersuchung der Leichenteile bisher nicht den geringsten Anhalt für das Vorliegen von Cholera ergeben.

Das Befinden der Frau Staatsrat Grigolewski, die als choleraverdächtig in das Virchow-Krankenhaus übergeführt wurde, ist noch immer ein recht ungünstiges. Wie wir bereits mitteilten, hat die Untersuchung unzweideutig Unterleibstyphus ergeben. Leider liegt die Patientin so schwer danieder, daß ihre Genesung noch geraume Zeit erfordern dürfte.

Die Liste der Unglücksfälle in den letzten Tagen ist erschreckend groß. Der Polizeibericht weiß zu melden: Am Mittwochnachmittag nach 6 Uhr wurde auf der Kreuzung der Gaßler- und Hohenlohestraße das am 8. Januar 1907 geborene Töchterchen Käte des Bäckergesellen Arnold Wildfang, das mit seinem achtjährigen Bruder Erwin auf dem Straßendamm spielte, von einem einspännigen Petroleumflaschenwagen aus Lichtenberg überfahren. Die Räder gingen dem Kinde über den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die von dem Knaben herbeigerufene Mutter trug ihr totes Kind nach Hause, wo ein hinzugerufener Arzt als Todesursache Schädelbruch konstatierte. — In der Nacht gegen 2 Uhr wurde der 39 Jahre alte Weichensteller Karl Müller aus Weißensee auf dem Gleise der Nordringbahn, zwischen der Greifswalder Straße und dem Verlorenen Weg, bei Kilometerstein 8,3, überfahren und tot aufgefunden. Müller hatte am Abend vorher bis 10 Uhr Dienst auf dem Güterbahnhof Weißensee getan und ist dann wahrscheinlich, um schneller nach seiner Wohnung zu gelangen, am östlichen Ende des Güterbahnhofs über die Personengleise gegangen, wobei er von einem Personenzuge gefaßt und überfahren worden ist. Die Leiche ist dem Schauhause übergeben worden. — Beim Ueberschreiten der Thusneldaallee wurde vormittags der 6jährige Sohn Fritz des Mühlenbesitzers Otto Treitel aus der Lessingstraße durch einen Geschäftswagen der Firma Kunz u. Sohn überfahren. Ein Rad rollte ihm über den Kopf und fügte ihm einen schweren Schädelbruch zu. In bewußtlosem Zustande transportierte man den Verunglückten nach dem Krankenhause Moabit, wo er gleich nach seiner Einlieferung starb. Nach Bekundungen von Augenzeugen trifft den Kutscher keine Schuld. — Beim Absteigen von dem auf dem Hofe Steglitzer Straße 19 aufgestellten Leitergerüst trat abends der 50 Jahre alte Maler Johannes Kandelka aus Schöneberg fehl und stürzte aus einer Höhe von 1½ Meter auf das Pflaster. Mit einem schweren Bruch des linken Fußknöchels schaffte man ihn, nachdem ihm ein Notverband angelegt worden war, nach dem Elisabeth-Krankenhause, wo er Aufnahme fand.

Eine nicht geringe Empörung rief gestern früh folgender Vorfall bei Passanten der Kaiser-Wilhelm-Straße hervor. Am Portal 4 der Zentralmarkthalle hatte ein dem Geflügelhändler Schulze aus Friedrichsfelde gehöriges Pferd sich einen Beckenbruch zugezogen und lag an der Erde. Obwohl anzunehmen war, daß aus dem schwerverletzten Tiere nichts mehr werden würde, blieb dasselbe von ½6 bis ½9 Uhr, also drei volle Stunden, auf der Stelle liegen, bis es verendete. Es ist unbegreiflich, warum das furchtbare Qualen ausstehende Tier eine solch lange Zeit liegen mußte.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 27. d. M., findet im großen Saale des „Gewerkschaftshaus", Engelufer 15, die erste Herbstveranstaltung unseres Berliner Bildungsinstituts statt. Das interessante Thema (siehe Annoncen vom Donnerstag und Sonntag) verspricht allen Teilnehmern einen lehr- und genußreichen Abend und ist dem veranstaltenden Vereine ein volles Haus zu wünschen.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am Mittwoch, den 30. September, abends 8½ Uhr, in den „Germania-Prachtsälen", Chausseestr. 110, einen Vortragsabend für weibliche Angestellte. Die praktische Aerztin Frl. Dr. Agnes Hacker spricht über: „Die Gefahren der Unwissenheit auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten." Herren ist der Zutritt nicht gestattet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit der Frage der Arbeitslosenfürsorge. Am 17. Juni hatte die Versammlung einen sozialdemokratischen Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über die auf dem Gebiete der städtischen Arbeitslosenfürsorge eventuell zu treffenden Maßnahmen angenommen. Der Magistrat teilte nun mit, daß er dem Beschlusse zwar beigetreten ist, er stellt aber anheim, mit der Zusammensetzung der Deputation zu warten, bis er auf Grund der Arbeiten eines von ihm eingesetzten Ausschusses in der Lage ist, der Versammlung Mitteilung darüber zu machen, ob sich seiner Ansicht nach die Verwendung städtischer Mittel für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung empfiehlt.

Namens der Sozialdemokraten beantragte Stadtverordneter Hirsch die sofortige Wahl der Mitglieder der Deputation. Redner wies darauf hin, daß der Vorschlag des Magistrats eine unnütze Verzögerung zur Folge haben würde. Auch in früheren Fällen habe der Magistrat, gerade wenn es sich um soziale Angelegenheiten handelte, äußerst langsam gearbeitet; so habe er z. B. über eine Reihe sozialdemokratischer Anträge betreffend die Besserstellung der städtischen Arbeiter erst nach mehr als Jahresfrist Beschluß gefaßt, die Frage der Abänderung des Ortsstatuts über die Relikten-versorgung städtischer Arbeiter werde von ihm gleichfalls schon länger als ein Jahr erwogen, ohne daß ein Resultat abzusehen sei, und ähnlich stehe es mit der Frage der Errichtung eines Wohnungsamtes. Angesichts der gewaltigen Krisis sei es notwendig, sofort etwas für die Arbeitslosen zu tun. Der Magistrat möge doch nicht glauben, daß er allein die Weisheit in Erbpacht genommen habe, es sei keineswegs ausgeschlossen, daß auch einmal ein simpler Stadtverordneter einen guten Gedanken habe und daß infolgedessen aus den Beratungen der Deputation etwas Ersprießliches herauskommt.

Namens des Magistrats erklärte Bürgermeister Matting, daß er keineswegs beabsichtige, die Angelegenheit dilatorisch zu behandeln; voraussichtlich werde er schon im Laufe eines Vierteljahres zu den Anträgen des von ihm eingesetzten Ausschusses Stellung nehmen können.

Da auch Stadtv. Wöllmer namens der liberalen Fraktion sich für die sofortige Wahl der Deputationsmitglieder aussprach, beschloß die Versammlung in diesem Sinne. Seitens der Sozialdemokraten gehören die Genossen Dr. Borchardt und Zietsch der Deputation an.

Eine ausgedehnte Debatte knüpfte sich an den Bericht des Ausschusses über die Magistratsvorlage betreffend Fuhrleistungen für die Straßenreinigung und Feuerwehr. Wie erinnerlich, hatte der Magistrat, obwohl die Stadtverordnetenversammlung sich im Jahre 1907 im Prinzip für die Uebernahme des Fuhrwesens in eigene Regie ausgesprochen hatte, in einer neuen Vorlage ersucht, von der eigenen Regie vorläufig bis zum Jahre 1913 Abstand zu nehmen. Der Ausschuß hat sich mit einer Mehrheit von nur einer Stimme für die Magistratsvorlage ausgesprochen.

Als erster Redner kam Genosse Wilk zu Wort, der die gegen die eigene Regie ins Feld geführten Gründe als nicht stichhaltig bezeichnete. Der Magistrat fürchte Schwierigkeiten, er glaube, daß Unzuträglichkeiten zutage treten werden, aber diese Schwierigkeiten seien nicht unüberwindbar. Auch der Einwand, daß die Gebäude nicht rechtzeitig fertiggestellt werden könnten, sei hinfällig. Der Stadtbauinspektor habe im Ausschuß ausdrücklich erklärt, daß die Fertigstellung rechtzeitig erfolgen könne. Seine Freunde ständen nach wie vor auf dem Standpunkt der eigenen Regie und würden deshalb die Magistratsvorlage ablehnen.

Vom Magistrat traten außer den beiden Dezernenten, den Stadträten Boll und Meyer, auch der Bürgermeister und der Oberbürgermeister für ihre Vorlage ein. Interessant war es, daß sämtliche Mitglieder des Magistrats sich in der Theorie als Anhänger des Regieprinzips bekannten, daß sie aber da, wo es sich darum handelte, einen praktischen Versuch zu machen, versagten.

In der liberalen Fraktion traten nicht weniger als drei verschiedene Anschauungen zutage. Ein kleiner Teil war für die eigene Regie, ein anderer Teil erklärte sich aus Prinzip dagegen, während ein dritter Teil unter Führung des Stadtverordneten Dr. Spiegel und des Vorstehers Kaufmann zu vermitteln suchten, indem sie der Magistratsvorlage unter der Bedingung zuzustimmen beantragten, daß in einer Resolution ausgesprochen wird, daß die Einführung der eigenen Regie zum 1. April 1913 in Aussicht genommen wird. Gegen diesen Vermittelungsvorschlag wandte sich Genosse Gebert, der mit Recht darauf hinwies, daß man dann im Jahre 1913 die Stadtverordneten wieder auf zwei weitere Jahre vertrösten würde, weil im Jahre 1915 der Vertrag mit der Müllabfuhr-Gesellschaft abläuft; man werde die Sache immer weiter hinausziehen und schließlich überhaupt nicht zur Einführung der eigenen Regie kommen. Der Magistrat weise auf die Kosten hin, aber die paar Mark, die der eigene Betrieb mehr kostet, ständen in gar keinem Verhältnis zu dem Ruhm, daß die Stadt Charlottenburg dann einen mustergültigen Betrieb geschaffen habe. Die Angelegenheit wurde schließlich an den Ausschuß zurückverwiesen.

Die Magistratsvorlage betr. die Vereinbarung mit dem Verein „Säuglingsheim" gab unserem Genossen Vogel Veranlassung, die Frage der Errichtung von Stillstuben in Fabriken anzuschneiden. Wie aus der Erwiderung des Bürgermeisters Matting hervorgeht, hat der Magistrat diese Frage bereits in Erwägung gezogen. Die Vorlage selbst wurde ohne Ausschußberatung angenommen, ebenso eine Reihe weiterer Vorlagen ohne erhebliches Allgemeininteresse.

Die Meldung „Groß-Feuer" alarmierte gestern vormittag die Charlottenburger Feuerwehr nach der Schillerstr. 84 an der Krummestraße. Bei Ankunft der Löschzüge stand dort der Dachstuhl des rechten Seitenflügels in hellen Flammen. Durch unausgesetztes Wassergeben gelang es schließlich, die Flammen zu ersticken. Der Dachstuhl des Seitenflügels ist vollständig zerstört.

Rixdorf.

Ueber einen Mordversuch wird berichtet: Als die unverehelichte Henriette Lorenz aus der Hermannstraße zu Rixdorf heute Nacht die Wanzlikstraße auf dem Nachhausewege passierte, wurde sie an einer einsamen Stelle von einem ihr unbekannten Manne angesprochen, der sie auf das unbebaute Grundstück Wanzlikstr. 11 schleppte und sich dort an ihr zu vergehen versuchte. Das Mädchen wehrte sich verzweifelt und schrie um Hilfe, worauf ihr der Fremde ein Tuch in den Mund steckte und eine Doppelschlinge um den Hals warf, die er zuzuziehen versuchte. Dem Mädchen gelang es, sich zu befreien und einen gellenden Hilferuf auszustoßen, worauf es erschöpft zusammenbrach. In diesem Augenblick kamen der Arbeiter Weißkopf und ein Schutzmann herbeigeeilt. Sie rissen den Mann von dem Mädchen, um dessen Kopf noch die Doppelschlinge hing, fort und brachten ihn nach dem Rixdorfer Polizeipräsidium, wo er als der vielfach vorbestrafte Metallschleifer Gustav Kritschke aus der Wanzlikstraße 4 zu Rixdorf festgestellt wurde. Der Verhaftete stellte den Mordversuch in Abrede; er wurde in das Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung Im nächsten Jahre geht bekanntlich die hiesige Straßenbahn in den Besitz der Stadt über. Der Magistrat unterbreitete in Konsequenz dessen der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, 104 900 M. zur Beschaffung von 10 neuen Motorwagen und zum Umbau von 11 alten einmotorigen in zweimotorige Straßenbahnwagen zu bewilligen. Die Forderung wurde bewilligt. — In die neu zu bauende Straße A. soll ein stärkeres Gaszuleitungsrohr verlegt werden. Es erwachsen dadurch 4500 M. Mehrkosten, welche die Versammlung bewilligt. — Schon in einer früheren Sitzung war die Vorlage eingebracht worden, das 100jährige Jubiläum der Städteordnung und das 50jährige Jubiläum der städtischen Gasanstalt feierlich zu begehen. Es wurde damals eine gemischte Kommission gewählt, welche die Art der Feiern vorberaten sollte. Die Kommission hat folgende Beschlüsse gefaßt: Zur 100jährigen Gedenkfeier sollen dem Friedrich-Wilhelm-Viktoria-Bürgerhospital 10 000 M. übergeben werden. Im Anschluß an eine abzuhaltende Stadtverordnetenversammlung soll dann ein gemütliches Beisammensein der städtischen Körperschaften abgehalten werden. Zum Jubiläum der Gasanstalt wolle man von einer festlichen Veranstaltung absehen, weil die Gasanstalt vor der Hand infolge des Erweiterungsbaues keine Ueberschüsse abwerfen wird. Dahingegen soll dem in der Gasanstalt beschäftigten Personal ein Extratagelohn gewährt werden, und zwar dem Bureaupersonal, den Meistern und dem beim Erweiterungsbau beschäftigten technischen Personal Summen von 20, 15 und 10 M., den Arbeitern der Anstalt Summen von 5 M. bis herab zu 2,40 M. Die Tatsache, daß städtische Gasanstaltsarbeiter noch den völlig unzureichenden Lohn von 2,40 M. erhalten, muß auch wohl dem Referenten Stadtv. Grätschel (freis.) etwas zu beschämend gewesen sein. Er stellte deshalb den Antrag — nicht etwa die Zuwendung der so schlecht bezahlten Arbeiter zu erhöhen, sondern von allem Abstand zu nehmen, also auch die Extratagelöhne nicht zu zahlen. Die Versammlung genehmigte denn auch, merkwürdigerweise ohne jede Debatte, daß die 10 000 M. an das Hospital gezahlt werden und ein gemütliches Zusammensein der städtischen Körperschaften abgehalten wird, und lehnte für die Feier der Gasanstalt die von der Kommission vorgeschlagene Extratagelohngewährung ab. Es muß ja gespart werden und da wird bekanntlich immer unten angefangen. — Zum dritten Male beschäftigte die Versammlung die Vorlage betreffend Fluchtlinienfestsetzung für das Brettschneidersche und Müllersche Gelände an der Neuendorfer und Triftstraße. Der Magistrat hatte beantragt, daß die Neuendorfer Straße auf 22½ Meter und die Triftstraße auf 15 Meter Breite festgesetzt wird. Die Versammlung hingegen beschloß zweimal und namentlich auf Befürwortung des Stadtverordneten Regierungsbaurat Bender, die Neuendorfer Straße auf 24 Meter und die Triftstraße auf 16½ Meter Breite festzusetzen. Wer aber geglaubt hat, damit sei die Sache erledigt, der irrte sich. Der Magistrat hat nach nochmaliger Verhandlung mit den Eigentümern, denen es aber gar nicht einfiel nachzugeben, die Vorlage richtig zum drittenmal eingebracht. So sehr auch unser Genosse Stadtv. Schmidt I und auch einige bürgerliche Stadtverordnete die Versammlung ersuchten, bei ihrem Beschlusse stehen zu bleiben, da jetzt noch die Möglichkeit vorhanden sei, diese verkehrsreiche Straße zu verbreitern, während es später nur unter großen Kosten möglich sein wird, die Versammlung fiel um. Mit 21 gegen 20 Stimmen wurde die Magistratsvorlage angenommen und den Herren Eigentümern fällt ein Extraprofit zu.

Gelegentlich der Vorlage betr. Errichtung einer neuen Oberlehrerstelle an der Realschule, welcher die Versammlung zustimmt, wurde seitens eines bürgerlichen Stadtverordneten die Frage an den Magistrat gerichtet, ob es denn nicht an der Zeit sei, die Realschule in eine Oberrealschule umzuwandeln. Der Dezernent für Schulsachen, Bürgermeister Wolf, gab dahin Auskunft, daß eine diesbezügliche Vorlage bald zu erwarten sei. Stadtverordneter Genosse Schmidt I wies darauf hin, daß obwohl ein Schüler der gehobenen Schule der Stadt mehr koste als ein Volksschüler, man schon wieder eine weitere Bildungsmöglichkeit für die Bessersituierten schaffen wolle, während man für befähigte Volksschüler noch keine Stellen zum Besuch dieser höheren Schulen geschaffen. Er ersucht den Magistrat, auch hierauf Rücksicht zu nehmen. — In voriger Sitzung hatte die Versammlung auf Antrag der Straßenreinigungsarbeiter beschlossen, denselben vom 1. Juli d. J. statt des bisherigen Monatslohnes Stundenlohn zu gewähren. Der Magistrat beantragt nunmehr, diesen Stundenlohn erst vom 1. Oktober d. J. ab zu gewähren, weil die Rückrechnung Schwierigkeiten mache und es vorkommen könnte, daß einzelne Arbeiter noch Lohn zurückzahlen müßten! Seitens des Stadtverordneten Genossen Schmidt I wird dies bestritten und beantragt, die Magistratsvorlage abzulehnen sowie in den Fällen, wo vielleicht eine Lohnrückzahlung eintreten sollte, diese niederzuschlagen. Der Antrag wird abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen. — Für die Bearbeitung der Rathausbauentwürfe und für die künstlerische Leitung des Baues fordert der Magistrat eine Summe von 50 000 M. Da aber der Rathausbau noch gar nicht beschlossen, auch die Anleihe dafür noch gar nicht genehmigt, so beantragt der Referent nur 5000 M. für die Ausarbeitung des Vorentwurfes zu genehmigen, der demnächst der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Dieser Antrag wurde angenommen. Der frühere sozialdemokratische, jetzt zu keiner Fraktion gehörende Stadtverordnete Duckesch tritt als beredter Anwalt für die Magistratsvorlage ein. Es ist auffällig, daß dieser Herr in letzterer Zeit fast immer nur als eifriger Verfechter der Magistratsvorlagen auftrat. In Stadtverordnetenkreisen hat man der scherzhaften Vermutung Ausdruck gegeben, Duckesch wolle wohl nach Ablauf seiner Wahlzeit, da er wohl kaum Aussicht haben wird, wiedergewählt zu werden, Stadtrat werden. Auch bei der letzten Vorlage betreffend Anstellung von Armenpflegerinnen tritt Duckesch wieder lebhaft für die Magistratsvorlage ein, was ihm einen ironischen Beifall und den Ruf: „Jawohl, Herr Stadtrat!" einbringt. Es handelt sich bei dieser Vorlage, welche die Versammlung auch schon wiederholt beschäftigt hat, um folgendes: Die Versammlung hatte beschlossen, daß nur verheiratete Frauen oder Witwen zu Armenpflegerinnen bestellt würden. Der Magistrat, der auch schon einige unverheiratete Damen dafür in Aussicht genommen hatte, war mit diesem Beschluß nicht einverstanden und brachte die Vorlage wiederholt ein. Die Versammlung blieb aber bei ihrem Beschluß. Der Magistrat forderte schließlich eine Beratung in gemischter Kommission. Man hat sich in der Kommission dahin geeinigt, daß der Magistrat ersucht werden soll, bei der Anstellung von Armenpflegerinnen verheiratete Frauen und Witwen zunächst zu berücksichtigen. Eine diesbezügliche Vorlage war nun vom Magistrat eingebracht worden. Da in dieser Fassung aber der Stadtverordnetenbeschluß illusorisch gemacht wurde, so blieb die Versammlung fest und lehnte die Vorlage ab. Der Magistrat wird wahrscheinlich diese Vorlage nochmals einbringen, und zwar so lange, bis die Versammlung umfällt.

Potsdam.

Ein Raubmord.

Der 56jährige Milchhändler Prenke in Bornstedt bei Potsdam wurde heute morgen ermordet im Bette vorgefunden. Der Täter hat seinem Opfer mit der Dickseite eines Beiles den Schädel eingeschlagen. Man vermutet, daß als Täter ein bisher als Kirschenpflücker beschäftigter Arbeitsbursche Schulz in Betracht kommt.

Der Mörder muß mit den Verhältnissen genau vertraut gewesen sein. Prenke schlief stets im Erdgeschoß in einer kleinen Kammer allein, während seine Frau mit den Enkelkindern in einer Giebelstube übernachtete. Hier ist von irgend einem verdächtigen Geräusch nichts gehört worden. Erst als Frau Prenke heute früh ihren Mann wecken wollte, fand sie ihn zu ihrem Schrecken tot im Bett liegen. Der polizeiliche Befund ergab, daß dem Ermordeten die Schädeldecke eingeschlagen und das Nasenbein zertrümmert war. Wahrscheinlich hat sich der Täter rechtzeitig in das Schlafzimmer im Erdgeschoß eingeschlichen, unter dem Bett versteckt und dann die Bluttat verübt, als sein Opfer im ersten Schlafe lag. Prenke lebte in geordneten Verhältnissen, war aber keineswegs wohlhabend. Nur in der jetzigen Zeit des Obsthandels hatte er größere Geldbeträge in seiner Wohnung, die jedoch von seiner Frau in einem oberen Raum aufbewahrt wurden. Dem Mörder ist daher nur eine geringe Summe der Tageseinnahme in die Hände gefallen. Die zuständige Staatsanwaltschaft weilte heute mittag am Orte der Bluttat und nahm den Tatbestand auf.

Die Obduktion der Leiche soll heute (Freitag) mittag erfolgen. Die polizeilichen Ermittelungen nach dem Täter sind in vollem Gange. Gestern wurden in Bornim durch den Kriminalkommissar Steinhauer aus Potsdam zahlreiche Verhöre vorgenommen. An der Mordstelle selber fand man mehrere blutige Fingerabdrücke, die sofort photographiert wurden. Es konnte festgestellt werden, daß der Mörder den Rückweg aus dem Hause durch ein kleines Fenster genommen hat. Der Weinstock, der sich am Hause emporrankte, war gerade an dieser Stelle abgerissen. Die Fußspuren konnten jedoch nicht weiter verfolgt werden.

Pankow.

Mit der Besetzung der Pankower Zeitungsspedition beschäftigte sich am Dienstag eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Genosse Röber teilte in seinem Bericht der Generalversammlung mit, daß der durch Urabstimmung von den Pankower Genossen für die „Vorwärts"-Spedition gewählte Genosse Riebke von den höheren Instanzen nicht anerkannt werde, da gegen den Gewählten ebenfalls das Ausschlußverfahren schwebe. An die Pankower Genossen werde das Verlangen gestellt, vorläufig dem Genossen Kubig noch weiter die Spedition zu überlassen. Da aber bis zur Erledigung des Ausschlußverfahrens noch geraume Zeit verstreichen könne, so sei dringend um Bestätigung des Genossen Riebke gebeten worden. Da alle nach dieser Richtung unternommenen Schritte keinen Erfolg hatten, empfiehlt er nachstehende Resolution zur Annahme:

Nach Entgegennahme des Berichts, daß der Genosse Kubig laut Kreisbeschluß bis zur Erledigung des Ausschlußverfahrens wider unseren Vorstand den Spediteurposten versehen soll und in Anbetracht dessen, daß das Ausschlußverfahren bei Durchlauf sämtlicher Instanzen erst durch den Parteitag im Herbst 1909 erledigt werden kann, beschließt die Versammlung vom 19. September cr.:

Die Pankower Genossen halten an dem durch Urabstimmung festgelegten Vorschlag des Genossen Riebke fest.

Die Generalversammlung beauftragt, den Genossen Riebke vom 1. Oktober ab bis zur Erledigung des Ausschlußverfahrens provisorisch als Spediteur anzustellen.

Sie beauftragt den Vorstand im Falle einer anderweitigen Besetzung sofort geeignete Schritte zu unternehmen, um dem Willen der Generalversammlung Geltung zu verschaffen.

In der umfangreichen, ziemlich erregten Diskussion sprach sich fast niemand gegen diese Resolution aus. Die meisten Redner befürworteten dieselbe u. a. auch damit, daß, da doch den Ausschlußanträgen weder ein Verstoß gegen die Parteigrundsätze, noch ein ehrenrühriges Vergehen zugrunde liege, die Aufstellung des gewählten Genossen erfolgen könne.

Genosse Denzer vom Kreisvorstand empfahl eindringlich, von dieser Resolution, die nicht zum Frieden führen werde, Abstand zu nehmen und einen beliebigen anderen Genossen, gegen den kein Ausschlußverfahren schwebe, zu wählen. Die Generalversammlung nahm jedoch mit allen gegen drei Stimmen die vorgelegte Resolution an.

Die Genossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der nächste Sonntag der letzte Tag ist, an dem die Eintragung in die Wählerlisten zu den Gewerbegerichtswahlen ermöglicht werden kann. Wer bis dahin seine Eintragung nicht veranlaßt hat, geht des Wahlrechts verlustig. Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat, in Pankow beschäftigt ist oder hier wohnt.

Groß-Lichterfelde.

In dem Berichte über die Mitgliederversammlung des Wahlvereins in Nr. 222 des „Vorwärts" hat sich insofern ein bedauerlicher Irrtum eingeschlichen, als der Genosse Pinks nur während seiner Krankheit gewerkschaftlich nicht organisiert war. Seitdem derselbe seinem Berufe wieder nachgeht, ist er auch wieder gewerkschaftlich organisiert.

K. Wenzel, Wahlvereins-Vorsitzender.

Vorsigwalde-Wittenau.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung verlas der Gemeindevorsteher Witte die von einer Volksversammlung einstimmig angenommene Resolution, welche sich gegen die Zeppelinspende und den in der Gemeindevertretung geübten Umgangston wendet. Zugestimmt wird einem Antrage, bei der Kurmärkischen Ritterschaftskasse eine vierprozentige Anleihe im Betrage von 250 000 M. aufzunehmen. Das Geld soll zum Ankauf des Geländes für die Industriebahn verwandt werden. Eine Summe von 14 400 M. wird für die Einfriedigung der Gasanstalt bewilligt. Der Firma Goodson wird die Anlage des Anschlußrohrnetzes und der Bewässerung des Gasanstaltsgrundstückes für den Preis von 77 110 Mark übertragen. Für die Verbreiterung und Regulierung der Breitenbachstraße sollen von der Wittenauer Terraingesellschaft 137 Quadratmeter Land zum Preise von 10 M. pro Quadratmeter käuflich erworben werden. Dem Grafen Zeppelin wurden 100 M. bewilligt. Für diesen Antrag stimmten 7, dagegen 3 Gemeindevertreter. Ein Antrag unserer Genossen, für die abgebrannten Donaueschinger 100 M. zu bewilligen, fand einstimmige Annahme. Am 1. Oktober geht die Kläranlage der Vorsigwalder Terraingesellschaft lastenfrei in den Besitz der Gemeinde über. Sodann hörte die Gemeindevertretung einen Vortrag des Baumeisters Klinner über die projektierte Kanalisationsanlage Das Projekt soll durch Ingenieur Zeitz in einem öffentlichen Vortrage den Einwohnern der Gemeinde unterbreitet werden. Zum Schluß der Sitzung kam dann noch die ungenügende Straßenbeleuchtung und -Reinigung zur Sprache.

Trebbin (Kreis Teltow).

In der letzten Stadtverordnetensitzung rügte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsteher das unregelmäßige Erscheinen der Mitglieder. — Zunächst wird über den Ankauf der Mitterschen und Frommschen Parzellen in der Schützenstraße verhandelt, welche seinerzeit für den Schulhausneubau in Aussicht genommen waren. Die Vorlage war von der Versammlung abgelehnt worden, weil der Baugrund sich als zu ungünstig erwiesen haben sollte. Der Magistrat hat nun vom Baurat Klein-Charlottenburg ein Gutachten anfertigen lassen, welches sich in jeder Beziehung nur günstig für den Bauplatz ausspricht. Drastisch illustriert wird die Notwendigkeit des Schulbaues durch ein vom Bürgermeister verlesenes Gutachten des Kreisschularztes über die Zustände in der alten Schule. Es wird in dem Gutachten die geradezu ungeheuerliche Tatsache konstatiert, daß die einzelnen Schulstuben eine Höhe von 2,28, 2,75 und 2,95 Meter haben. In einem Zimmer kommt auf jedes Kind ein Luftraum von 1,7 Kubikmeter. Die Kleidungsstücke können nur in den Klassenzimmern aufgehängt werden und die in den Klassen herrschende schlechte Luft wird durch die gänzlich ungenügenden Ventilationseinrichtungen nur wenig verbessert. Es besteht also ständig die Gefahr, daß infolge der miserabelen Schulzustände unter den Kindern Krankheiten ausbrechen. Auch die Treppenaufgänge bilden eine Gefahr für Leib und Leben der Kinder. — Nur einer der Stadtverordneten, Herr Siebcke, verschloß sich dem dringenden Wunsche des Bürgermeisters, der Magistratsvorlage, die 14 200 Mark für den Ankauf des neuen Schulgrundstücks fordert, zuzustimmen. — Der Kreisausschuß will der Stadt einen Krankentransportwagen zur Benutzung überweisen. Bedingung ist Unterhaltungspflicht seitens der Stadt. Reparaturen im Betrage von über 50 M. bezahlt der Kreis. Die Versammlung stimmt einstimmig dem zu. — Für Gründung einer Schulsparkasse wird zur Deckung der ersten Unkosten ein Darlehen von 50 M. bewilligt. — Für die vom Brandunglück in Donaueschingen Betroffenen bewilligt die Versammlung 10 M. Auch ist der Magistrat bereit, von privater Seite Geldspenden für diesen Zweck entgegenzunehmen. Sodann werden noch 92,60 M. beim Kinderfest entstandene Kosten bewilligt.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.